

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Bremen e.V.
Berichte zu zwei Jahren Sozialer Arbeit

Berichtszeitraum: 2004 (2. Halbjahr) bis 2006 (1. Halbjahr)



Berichte zu zwei Jahren sozialer Arbeit

2. Halbjahr 2004 » 2005 » 1. Halbjahr 2006



PARITÄT

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	» 5
1 Mitgliedsorganisationen	» 7
1.1 Jubiläen der Mitgliedsorganisationen	» 7
1.2 Neue Mitgliedsorganisationen	» 8
2 Vorstand	» 23
2.1. Vorstandsmitglieder	» 23
2.2 Aus der Arbeit des Vorstandes	» 24
2.3 Wechsel im Vorstandsvorsitz	» 27
3 Landesverband	» 28
3.1 Wirtschaftliche Situation des Landesverbandes	» 28
3.2 Organigramm Landesverband Bremen	» 29
3.3 Wechsel in der Geschäftsführung	» 30
3.4 Mitgliederbefragung	» 32
3.5 80 Jahre Parität in Bremen	» 34
3.6 Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbandes	» 35
3.7 Netzwerke für Mitgliedsorganisationen	» 37
3.8 Notfonds für Soforthilfen	» 38
4 Gesellschaften	» 39
4.1 Beteiligungen des Landesverbandes an selbständigen Gesellschaften	» 39
4.2 Organigramm Beteiligungen des Landesverbandes an selbständigen Gesellschaften	» 41
4.3 40 Jahre Essen auf Rädern	» 42
4.4 10 Jahre Paritätische Gesellschaften in Bremen	» 43
5 Fachbereiche des Landesverbandes	» 44
5.1 Entgelte und Zuwendungen	» 44
5.2 Kinder- und Jugendhilfe	» 50
5.3 Sozialpsychiatrie und Behindertenhilfe	» 55
5.4 Altenhilfe und Pflege	» 56
5.5 Armut und Sozialhilfe	» 59
5.6 Bürgerengagement und Selbsthilfe	» 62

6 Serviceleistungen des Landesverbandes	» 64
6.1 Beratungsdienste für Mitgliedsorganisationen	» 64
6.2 Qualitätsmanagement	» 68
6.3 EDV und Internet	» 68
6.4 Seminare und Workshops für Mitgliedsorganisationen	» 69
7 Kreisgruppe Bremerhaven	» 70
7.1 Aus der Kreisgruppe	» 70
7.2 Mitgliederarbeit und Gremienvertretung	» 71
7.3 Die Kreisgruppe – Sozialer Treffpunkt in Bremerhaven	» 72

Vorwort

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,**

der Zwei-Jahresbericht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Bremen e.V., liegt vor Ihnen. Als Vorsitzender dieses großen Bremer Wohlfahrtsverbandes möchte ich in an dieser Stelle etwas über meine Erfahrungen und Wahrnehmungen in den ersten zwei Jahren meiner Amtszeit berichten.

Ich bin unglaublich offen und herzlich von den anderen Vorstandsmitgliedern, von der Geschäftsführung, von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesverbandes und der Gesellschaften und den Mitgliedsorganisationen aufgenommen worden. In den vielen Gesprächen mit Mitgliedsorganisationen und auf den Veranstaltungen des DPWV ist mir deutlich geworden, wie vielfältig dieser Verband ist. Wenn Sie sich die Ziele und Aufgaben der fünfzehn neu aufgenommenen Mitgliedsorganisationen ansehen, bekommen Sie einen guten Eindruck von dieser Vielfalt. Ich glaube, dass dies eine unserer großen Stärken ist.

Mir war es in meiner Funktion als Vorsitzender von Anfang an wichtig, dass sich der neue Vorstand nach seiner Wahl im November 2004 recht bald als gemeinsames Team versteht. Denn die Interessen des Landesverbandes und seiner Mitgliedsorganisationen können nur einheitlich vertreten werden, für die Durchsetzung von Partikularinteressen ist im Vorstand kein Raum. Ich glaube, in diesem Prozess, ein gemeinsames Team zu werden, sind wir gut vorangekommen. Dazu haben die normalen Vorstandssitzungen beigetragen, aber vor allem die beiden zweitägigen Klausurtagungen des Vorstandes, die wir im Frühjahr 2005 und 2006 durchgeführt haben.

In den vielen Gesprächen, die ich in diesen zwei Jahren – gemeinsam mit der Geschäftsführung – mit den politisch Verantwortlichen des Landes Bremen geführt habe, ist mir deutlich geworden, dass der DPWV weder in seiner ökonomischen Potenz noch in seiner sozialpolitischen Positionierung richtig wahrgenommen wird. Um hier politisch präsenter zu sein, haben wir im Vorstand bislang zwei Papiere erarbeitet, mit denen

wir jetzt als engagierter Wohlfahrtsverband öffentlich Position beziehen können.

Unser erstes Positionspapier „Wir sind dafür...“ haben wir im Juni 2005 veröffentlicht. Hier geht es um unser Verhältnis zu staatlichen Institutionen, wir fordern sozialstaatliche Garantien für alle Bürgerinnen und Bürger, möchten andererseits aber auch die Bürgergesellschaft und Selbstorganisation voranbringen. Wir machen deutlich, dass die von

unseren Mitgliedsorganisationen erbrachten persönlichen Dienstleistungen nicht nur einseitig als Kosten gesehen werden dürfen. Sie sind vielmehr zukunftsorientierte Investitionen in unsere Gesellschaft. Dabei haben diese Leistungen eine ganz handfeste ökonomische und arbeitsmarktpolitische Bedeutung für das Land Bremen. Schließlich befürworten wir Standardkalkulationen und pauschale Entgelte für gleichartige Leistungen und wir setzen uns als DPWV für mehr Transparenz und Qualität ein.

Im Jahr 2006 haben wir uns intensiv mit dem Problem der Kinderarmut auseinandergesetzt. Bremen ist das Land mit der höchsten Kinderarmut in Deutschland, besonders betroffen ist Bremerhaven, wo mehr als 40 % aller Kinder unter 15 Jahren auf dem Sozialhilfe- bzw. Arbeitslosengeld II-Niveau leben müssen. Arm zu sein ist aber nicht nur ein finanzielles Problem. Kinder aus armen Familien sind benachteiligt bei Bildung, bei gesundheitlicher Versorgung oder bei sportlichen und kulturellen Aktivitäten. Vor allem für Jugendliche braucht es eine klare Perspektive, auf die sie ihre Lebensplanung gründen können. Wir müssen den Mut haben, öffentlich einzugestehen, dass es keine Vollbeschäftigung mehr geben wird und dass es viele tausend Jugendliche geben wird, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine realistischen Chancen haben, Arbeit



zu finden. Umso wichtiger ist es, einen alternativen Lebensentwurf zu entwickeln, der ein erfülltes Leben, eine sinnvolle Beschäftigung und ein Zusammenleben und -arbeiten mit anderen Menschen dennoch ermöglicht.

Für mich hat diese Positionsbestimmung einen hohen Stellenwert. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit klaren sozialpolitischen Positionen eher die Chance haben, in diesen schwierigen Zeiten zu überleben. Die Armut der öffentlichen Haushalte nimmt inzwischen irrationale Formen an. Der Zwang sparen zu müssen scheint jedes sozialpolitische Engagement zu vernichten. Qualität spielt im Vergleich zum Preis nur noch eine untergeordnete Rolle. Unter diesen Rahmenbedingungen waren einige Mitgliedsorganisationen bereits gezwungen, ihre Leistungen ganz oder teilweise einzustellen. Was können wir dem als Wohlfahrtsverband entgegensetzen? Meiner Meinung nach müssen wir darauf bestehen, dass die verfassungsrechtlich abgesicherten Zusagen des Sozialstaats auch in Bremen weiterhin eingelöst werden. Wir setzen uns dafür ein, Armut und Ausgrenzung zu verringern. Wir fordern, die Teilhabe von allen Menschen am Leben in unserer Gemeinschaft zu ermöglichen und zu fördern. Wir ermutigen Menschen, sich aus Abhängigkeiten zu befreien und selbstbestimmt zu leben. Aber wir müssen auch selbst bereit sein, uns zu wandeln, uns mit den ökonomischen Zwängen konstruktiv auseinander zu setzen und dennoch eine qualitativ immer besser werdende Leistung zu erbringen und nachzuweisen. Das gilt für unsere Mitgliedsorganisation, für den Landesverband und seine Gesellschaften.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Dank aussprechen. Am 31. März 2006 ist Jürgen Wäcken aus der aktiven Tätigkeit ausgeschieden und Wolfgang Luz als Nachfolger eingeführt worden. Wir haben für die gelungene Abschieds- und Begrüßungsfeier in den Räumen der Sparkasse sehr viele positive Rückmeldungen erhalten. Jürgen Wäcken möchte ich an dieser Stelle für seine ausgezeichnete Arbeit für den DPWV noch einmal danken. Er hat den Verband auf wirtschaftlich gesunde Füße gestellt und den Verband und seine Mitgliedsorganisationen durch schwierige Jahre gelei-

tet. Wolfgang Luz wurde in einem sorgfältigen Auswahl- und Entscheidungsverfahren vom Vorstand zum neuen Geschäftsführer bestellt. Ich wünsche ihm für seine neue Aufgabe viel Glück und Erfolg. Als neue Referentin möchte ich an dieser Stelle Frau Kirsten Josef begrüßen, die seit Mitte April 2006 als Juristin beim Landesverband tätig ist.

Für die kommenden zwei Jahre habe ich drei Wünsche:

1. möge es uns allen gemeinsam gelingen, dass wieder alle Bürgerinnen und Bürger von Bremen und Bremerhaven eine verlässliche Lebensperspektive entwickeln können.
2. mögen der Bremer Senat und das Sozialressort auch unter den nicht zu verkennenden Haushaltszwängen dennoch rationale Entscheidungen treffen und für die Vertragspartner zuverlässig handeln.
3. mögen die Mitgliedsorganisationen des DPWV weiterhin mit so viel sozialem Engagement und kreativer Phantasie alle ökonomischen Wirrungen überstehen.

Bremen, September 2006

Ihr



Gerd Wenzel, Vorstandsvorsitzender

1 Mitgliedsorganisationen

1.1 Jubiläen der Mitgliedsorganisationen

Folgende Mitgliedsorganisationen feierten ein „rundes“ Jubiläum:

2005

- 50 Jahre SOS-Kinderdorf e.V.
- 50 Jahre Deutscher Kinderschutzbund, Landesverband Bremen e.V.
- 25 Jahre Kulturzentrum Lagerhaus e.V.
- 20 Jahre Pädagogisches Zentrum e.V.
- 20 Jahre WIR Pflege- und Adoptivfamilien Bremen e.V.
- 20 Jahre Kindergarten Murrel
- 15 Jahre Elternverein für psychomotorische Entwicklungsförderung e.V.
- 5 Jahre Zentrum für trauernde Kinder e.V.

2006

- 50 Jahre Waldorf Kindergarten e.V.
- 30 Jahre Gehörlosenfreizeitheim e.V.
- 30 Jahre Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürgerinnen und Bürger (AGAB) e.V.
- 25 Jahre Zentrum für Migranten und interkulturelle Studien e.V.
- 20 Jahre Fraueninitiative quirl e.V.
- 20 Jahre Blaumeier Projekt Kunst und Psychiatrie e.V.
- 5 Jahre Familien im Hilfenetz e.V.

Vorstand und Geschäftsleitung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Bremen e.V. danken für die langjährige solidarische Zusammenarbeit und wünschen Erfolg für die weitere Arbeit.

20 Jahre Kindergruppe Murrel.
Alle Kinder gratulierten.



1.2 Neue Mitgliedsorganisationen

Neuaufnahmen ab 1. Juli 2004

- » Anatolisches Bildungs- und Beratungszentrum e.V.
- » DKV-Residenz in der Contrescarpe gGmbH
- » Es geht los e.V.
- » Freundeskreis Haus der Familie e.V.
- » Hand zu Hand e.V.
- » Hanseatische Schuldnerberatung e.V.
- » Hospiz Horn e.V.
- » Kinderhaus Kodakistan e.V.
- » Kom.fort e.V.
- » Mütterzentrum Huchting e.V.
- » Refugio – Psychosoziales Zentrum für ausländische Flüchtlinge e.V.
- » Reisende Werkschule Scholen e.V.
- » Solidaritätsverein Bremerhaven e.V.
- » Teufelsmoor Gastronomie und Service GmbH
- » Unabhängige Patientenberatung Bremen e.V.

Anzahl der Mitglieder im Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Bremen e.V.: 189

Stand 30. Juni 2006

Anatolisches Bildungs- und Beratungszentrum e.V.

Das Anatolische Bildungs- und Beratungszentrum e.V. will die Integration von Migrantinnen und Migranten in Deutschland fördern. Der Verein berät und betreut Menschen vorwiegend aus dem türkischsprachigen Raum. Die hauptsächlich im Stadtteil Hemelingen stattfindenden Aktivitäten werden von ehrenamtlich Tätigen durchgeführt und sind kostenlos.

Die Mitglieder des Vereins beraten in rechtlichen Angelegenheiten (Ausländer-, Asyl-, Sozialhilferecht). Sie begleiten Migrantinnen und Migranten bei Amtsgängen und unterstützen sie beim Ausfüllen von Anträgen und Formularen. Kinder, Jugendliche und Familien erhalten Informationen über das deutsche Schul- und Ausbildungssystem. Der Verein bietet eine Hausaufgabenhilfe für türkischsprachige Kinder an, hilft Jugendlichen bei der Ausbildungsplatzsuche und informiert alle Ratsuchenden über geeignete Sprach- oder Integrationskurse und die Situation auf dem Arbeitsmarkt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit ist die Durchführung von Veranstaltungen zu politischen, kulturellen und sozialen Themen (z.B. Einbürgerung, Wahlen, Gesundheitsreform, Erziehung). Um interkulturelle Fragen im Stadtteil Hemelingen zu diskutieren, gibt der Verein die deutsch-türkische Info-Zeitschrift „Die Brücke“ heraus. Weiterhin werden regelmäßig Feste, Filmabende oder Ausflüge organisiert.

- » Anatolisches Bildungs- und Beratungszentrum e.V.
Marschstraße 34
28309 Bremen



DKV-Residenz in der Contrescarpe gGmbH

Die **DKV-Residenz in der Contrescarpe gGmbH** ist eine moderne Senioreneinrichtung mitten in der Bremer City. Die insgesamt 138 Mietwohnungen sind altersgerecht ausgestattet und bieten eine hohe Wohnqualität.

Das Wohnangebot der Residenz wird durch eine stationäre Pflegeabteilung mit 29 Pflegeappartements ergänzt. Eingesetzt wird examiniertes Kranken- und Altenpflegepersonal, es wird eine qualitätsgesicherte, pflegeprozessorientierte Grund- und Behandlungspflege garantiert.

Ergänzend zur stationären Pflegeabteilung können die Bewohnerinnen und Bewohner jederzeit auf den DKV-eigenen ambulanten Pflegedienst miCura zurückgreifen. Die miCura Pflegedienste Bremen befinden sich direkt im Haus und bieten eine Vielzahl von Dienstleistungen an, die weit über die häusliche Pflege hinausgehen und damit das tägliche Leben in vielen Bereichen erleichtern.

Ein weiteres Qualitätsmerkmal der DKV-Residenz ist die Einbindung in ein interdisziplinäres Netzwerk von Krankenhäusern, niedergelassenen Fachärzten und Krankengymnasten, die eine umfassende individuelle Behandlung und Pflege, auch bei schwerkranken Menschen, ermöglicht.

Neben einem eigenen Geschäft für Lebensmittel, einem Friseur und einer Physiotherapie-Praxis befinden sich in der Residenz auch ein öffentliches Café und eine Arztpraxis. Die rund um die Uhr besetzte Rezeption hilft bei der Organisation des Alltags. Der große Wellnessbereich der Residenz bietet mit einer Sauna, dem Bewegungsbad, einem Fitness- und einem Gymnastikraum eine Vielzahl von Möglichkeiten, um sich gesund und beweglich zu halten.

Ein monatlich wechselndes Veranstaltungsprogramm sorgt in der Residenz für ein abwechslungsreiches Kultur- und Gesundheitsangebot. Vom klassischen Konzert bis zu Kunstausstellungen, medizinischen Fachvorträgen oder einem Qigong Kurs wird für jeden etwas geboten.

- » DKV-Residenz in der Contrescarpe gGmbH
Am Wandrahm 40–43
28195 Bremen

Es geht los e.V.

Es geht los e.V. ist ein Freizeit- und Theaterangebot für behinderte Kinder und Jugendliche. Behinderte Kinder und Jugendliche können „normale“ Freizeitangebote oft nicht wahrnehmen, da sie einen erhöhten Betreuungsbedarf haben und viele Freizeiteinrichtungen nicht behindertengerecht sind. Deshalb besteht die Gefahr, dass behinderte Kinder und Jugendliche in ihrer Freizeit sozial isoliert leben.

Ziel der Arbeit des Vereins ist es, den behinderten Kindern und Jugendlichen ein Freizeitangebot zu machen, das auf ihre Bedürfnisse eingeht und das sie unabhängig von ihren Eltern nutzen können. Der Vereinsarbeit wird von engagierten Müttern der behinderten Kinder geleistet.

Spaß, Theaterspielen, Singen, Tanzen und Klönen stehen im Vordergrund und bieten den Jugendlichen vielfältige Möglichkeiten, miteinander in Kontakt zu kommen. Die Gruppe, die von zwei Behindertenpädagoginnen geleitet wird, trifft sich regelmäßig im Jugendfreizeitheim Friesenstraße im Bremer Steintorviertel. Neben der Theaterarbeit werden Discoabende für die Jugendlichen organisiert. Zusätzlich engagiert sich der Verein in der Elternarbeit.

» Es geht los e.V.
Heymelstraße 47
28359 Bremen





Freundeskreis Haus der Familie e.V.

Der **Freundeskreis Haus der Familie e.V.** unterstützt und fördert die Arbeit der Häuser der Familie in Bremen und ergänzt durch eigene Maßnahmen deren Arbeit. Die ehrenamtlichen Mitglieder des Freundeskreises arbeiten eng mit den hauptberuflichen Mitarbeiterinnen in den Häusern der Familie zusammen.

Ziel der Arbeit ist es, besonders belastete Familien präventiv zu unterstützen. Die Häuser der Familie befinden sich deshalb vor allem in Wohngebieten mit einer überdurchschnittlichen Anzahl von Familien in schwierigen Lebenslagen.

Vorwiegend werden „Sozialpädagogische Spielkreise“ unterstützt. In diesen Kindergruppen werden Kinder unter drei Jahren durch sozialpädagogische Angebote und durch soziale Erfahrungen in Gruppen gezielt gefördert. Zum Teil werden Eltern in die Gruppenaktivitäten einbezogen. Zurzeit werden sieben Sozialpädagogische Spielkreise an folgenden Standorten gefördert: Lüssum, Huchting, Kattenturm, Osterholz-Tenever, Steintor.

„Selbsthilfe-Spielkreise“ mit Kleinkindern, bei denen die Mütter bzw. Väter möglichst in das Geschehen integriert werden, gibt es in Lüssum, in der Vahr und in Osterholz-Tenever. Die Gruppen werden jeweils durch eine Fachkraft betreut. In den Spielkreisen werden Kontakte zwischen den Eltern und den Kindern geknüpft.

In Osterholz-Tenever gibt es auch eine „Eltern-Kind-Gruppe“, in der täglich Kinder ab drei Jahren betreut werden. „Soziale Gruppenarbeit mit Kindern und Jugendlichen“ wird in drei Gruppen angeboten und es werden ein muslimischer sowie ein russischer Gesprächskreis betreut. In Zusammenarbeit mit dem Kindertagesheim „Bei den drei Pfählen“ wird eine „Offene Hortgruppe“ betreut.

Der Freundeskreis ist Träger für Projekte in besonders benachteiligten Stadtteilen, die über das Programm WIN (Wohnen in Nachbarschaften) und LOS (Lokales Kapital für Soziale Zwecke) von den Häusern der Familie durchgeführt werden. In Obervieland werden die Projekte „Wa(a)gemut“, eine Schulung für übergewichtige Kinder und deren Eltern, und ein Wiedereingliederungsprogramm „Alleinerziehende auf dem Weg in den Beruf“ gefördert.

Im Haus der Familie in Hemelingen werden ebenfalls zwei WIN-Projekte gefördert: Die „Nachbarschaftsbörse“ als gegenseitiges Hilfs- und Unterstützungsangebot und „Kuddelmuddel“, eine flexible Kinderbetreuung für arbeitslose Sozialhilfeempfänger auf der Suche nach einer Arbeitsmöglichkeit.

- » Freundeskreis Haus der Familie e.V.
Hamburger Straße 61
28205 Bremen

Hand zu Hand e.V.

Viele Gehörlose kennen das Gefühl „verstanden zu werden“ nicht, denn zu wenige Menschen können in ihrer Sprache – der Gebärdensprache – kommunizieren. Auch finden gehörlose oder hörgeschädigte Menschen aufgrund der Verständigungsprobleme nur schwer Zugang zu bestehenden Beratungsstellen. In Bremen und Nordniedersachsen gibt es zum Beispiel keine gebärdensprachkompetenten ÄrztInnen oder PsychotherapeutInnen.

Im Juli 2006 hat der Verein **Hand zu Hand e.V.** deshalb eine psychosoziale Beratungsstelle für gehörlose und hörgeschädigte Menschen eröffnet. Schwerpunkt der Beratung ist die Unterstützung von gehörlosen Menschen beispielsweise bei Erziehungs- oder Partnerschaftsproblemen, in Lebenskrisen oder bei Suchtproblemen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit wird die Beratung von Familien sein. Die meisten gehörlosen Elternpaare haben hörende Kinder und viele gehörlose Kinder wachsen bei hörenden Eltern auf. In beiden Familienkonstellationen geben befragte Eltern an, die Sprache ihrer Kinder nur zum Teil oder gar nicht zu verstehen. Diese sehr speziellen Probleme und Herausforderungen erfordern oft professionelle Beratung.

Hand zu Hand e.V. wurde im Oktober 2004 gegründet. Die Arbeit des Vereins wird durch Spenden finanziert. Die Aktion Mensch unterstützte mit einer Starthilfeförderung die Gründung der Beratungsstelle.

Die Beratungsstelle ist offen für gehörlose und hörgeschädigte Einzelpersonen, gehörlose und gehörlos/hörend gemischte Familien sowie hörende Angehörige von erwachsenen Gehörlosen. Einzel-, Paar- und Gruppenberatungen in akuten und chronischen Krisen- und Konfliktsituationen können nach Terminabsprache kostenfrei in Anspruch genommen werden. Die hörenden Beraterinnen beherrschen die Gebärdensprache.

» Hand zu Hand e.V.
Schwarzburger Straße 34
28215 Bremen



Hanseatische Schuldnerberatung e.V.

Die **Hanseatische Schuldnerberatung e.V.** ist eine Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle. Sie bietet den ratsuchenden Menschen Hilfe zur Selbsthilfe, indem sie gemeinsam mit ihnen nach dem richtigen Weg aus der Verschuldung sucht. Die Leistungen der Beratungsstelle stehen allen Hilfesuchenden zur Verfügung. Die Beratung richtet sich aber insbesondere an einkommensschwache Personen, die durch ihre Verschuldung zusätzliche Probleme haben (z. B. Arbeitslosigkeit). Die Beratungsleistungen umfassen Schuldnerberatung, Insolvenzberatung, Prävention, Informationsarbeit.

Die Hanseatische Schuldnerberatung will das Beratungsangebot im Lande Bremen für überschuldete Haushalte erweitern und die allgemeine Beratungssituation verbessern. Durch Öffentlichkeitsarbeit und Informationsveranstaltungen soll den Ratsuchenden die Angst genommen werden, geeignete Beratungsstellen zur Hilfeleistung aufzusuchen. Eine häufige Folge der Überschuldung ist nämlich ein „Sich Zurückziehen“ der Betroffenen, da „Schulden-Haben“ häufig tabuisiert wird. Die konkrete Aufklärungsarbeit soll helfen, betroffene Personen zum Handeln zu motivieren und bestehende Kontakthemmnisse abzubauen.

Als geeignete Stelle im Sinne der Insolvenzordnung berät und unterstützt die Hanseatische Schuldnerberatung die Ratsuchenden bei der Durchführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens. Hier wird im Einzelfall geprüft, ob das gerichtliche Verbraucherinsolvenzverfahren ein geeignetes Mittel zur Entschuldung ist.

Die Beratungsstelle ist Mitglied im Förderverein Schuldenberatung im Lande Bremen e.V.

» Hanseatische Schuldnerberatung e.V.
Rembertstraße 28
28203 Bremen



Hospiz Horn e.V.

Das **Hospiz Horn e.V.** ist ein ambulanter Hospizdienst, der sterbenskranke und sterbende Menschen sowie deren Angehörige begleitet: im privaten Zuhause, in Altenwohn- und Pflegeheimen, im Krankenhaus, auf der Palliativstation und im stationären Hospiz Brücke. Der Verein ist im gesamten Bremer Stadtgebiet aktiv.

Die ambulante Begleitung für sterbende Menschen und deren Angehörige wird ergänzt durch Beratung über Möglichkeiten der Schmerztherapie und Pflege sowie Gesprächs- und Trauerkreise für Angehörige.

Ambulante Hospizarbeit ist vorwiegend ehrenamtliche Arbeit. Drei hauptamtliche Mitarbeiterinnen und 56 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen zurzeit für diese Arbeit zur Verfügung und begleiten sterbende Menschen unabhängig von Religion, Nationalität, Weltanschauung oder Art der Erkrankung. Das Angebot ist zusätzlich und ergänzt die Angebote von pflegerischen, medizinischen und sozialen Einrichtungen.

Durch regelmäßige Supervision und Fortbildungen werden die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützt. Der Verein bietet Ausbildungskurse für die ehrenamtliche Hospizarbeit an sowie Fortbildungen für Pflegekräfte zum Umgang mit sterbenden Menschen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit ist das Thema „Kinder, Tod und Trauer“. Hier werden Projekte durchgeführt, es gibt Beratungen und Fortbildungen für Eltern und pädagogische Fachkräfte.

» Hospiz Horn e.V.
Riekestraße 2
28359 Bremen

Kinderhaus Kodakistan e.V.

Das **Kinderhaus Kodakistan e.V. – Verein zur Förderung der multikulturellen Erziehung** ist eine von einem Elternverein getragene Kindertageseinrichtung. Der Name Kodakistan kommt aus dem Iran und bedeutet „Kindergarten“ oder auch „Ein Ort an dem sich viele Kinder aufhalten“.

Insgesamt werden zurzeit 46 Kinder im Alter von einem bis zehn Jahren in vier verschiedenen Gruppen ganztätig betreut. Die Kinder kommen aus Familien mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen. In jeder Gruppe sind zwei bis drei ErzieherInnen und andere MitarbeiterInnen tätig.

Pädagogischer Schwerpunkt des Kinderhauses ist die Interkulturelle Pädagogik.

Ziel der Arbeit ist die Förderung integrativer Erziehung von nichtdeutschen, binationalen und deutschen Kindern, wobei ein gleichberechtigtes, demokratisches Zusammenleben mit gegenseitiger Achtung selbstverständlich werden soll.

Der Kodakistan-Leitsatz lautet: „Wir sind nicht alle gleich – aber gleich viel wert“. Das bedeutet, so die eigenen Worte der Einrichtung:

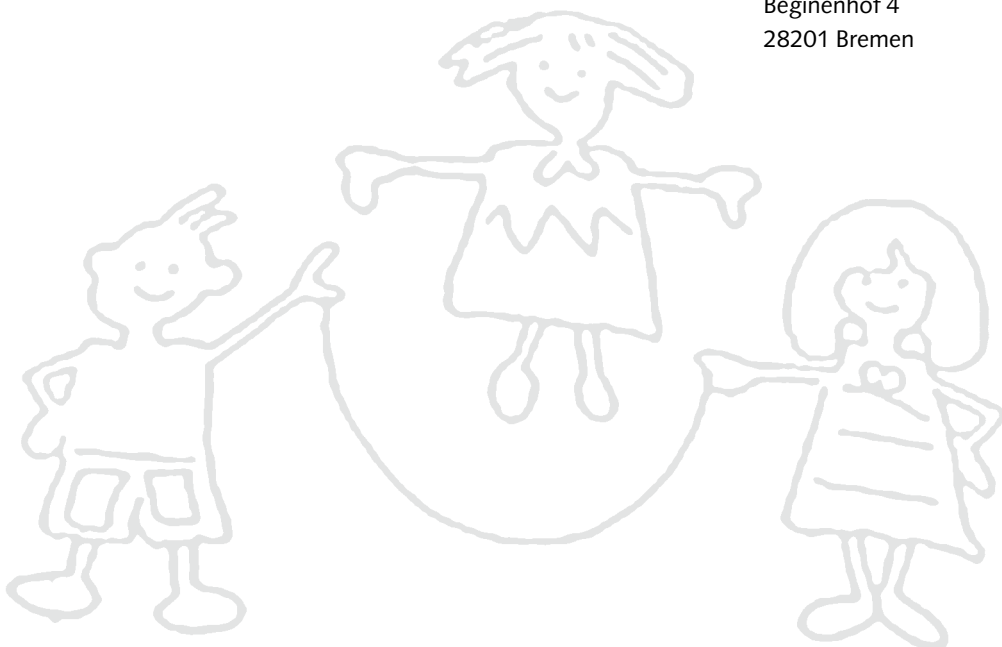
„Wir legen Wert darauf, den Menschen als ein Individuum zu sehen, mit seiner ganz persönlichen Geschichte, seinen Talenten, Anlagen, Eigenarten und Fähigkeiten. Unabhängig von seiner Kultur, Tradition und Religion. Wir wollen uns bewusst mit den unterschiedlichen Kulturen, Sprachen und Wertesystemen auseinandersetzen und Menschen nicht in „Schubladen“ stecken. Das gilt nicht nur im Umgang mit den Familien und ihren Kindern, sondern auch für uns Mitarbeiter, die zum Teil ebenfalls einen anderen kulturellen Hintergrund mitbringen. Akzeptanz und Toleranz sind wichtige Eckpfeiler unserer Erziehung.“

Das Kinderhaus umfasst drei Gruppenräume, zwei Mehrzweckräume, eine Spielhalle, Küche, Abstellräume, sanitäre Anlagen, Personalraum und Büro auf insgesamt 400 qm Fläche. Ein Spielplatz ist vorhanden.

Die Öffnungszeiten sind montags bis freitags von 7.30 Uhr bis 17.00 Uhr. Der Spielkreis findet an drei Vormittagen in der Woche von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr statt.

» Kinderhaus Kodakistan e.V.
Beginenhof 4
28201 Bremen

16



Kom.fort e.V.

Kom.fort e.V. ist eine Beratungsstelle, die ältere und behinderte Menschen, Familien mit behinderten Kindern, aber auch Bauträger, Architekten, Kommunen oder Pflegeeinrichtungen in allen Fragen des barrierefreien Bauens und Wohnens berät. 2003 als Projekt von Sozialsenator und Architektenkammer initiiert, ist Kom.fort seit 2005 ein selbständiger gemeinnütziger Verein.

Der Verein zeigt in seiner Geschäftsstelle eine Ausstellung mit einer barrierefreien Musterwohnung. Anhand von konkreten Wohnsituationen (Schlafen, Wohnen, Küche, Bad) werden Möbel und Produkte ausgestellt. Insbesondere ältere und behinderte Menschen können technische Neuerungen testen, Einrichtungsobjekte anschauen und Alltagsprodukte ausprobieren. Technische und bauliche Lösungen werden gezeigt, die Menschen jeden Alters, mit oder ohne Handicap, eine selbständige und unabhängige Lebensführung ermöglichen und die die Bewältigung des Alltags erleichtern.

Die Ausstellung wird auch häufig von Gruppen besucht. Schulklassen aus Altenpflegeschulen nutzen sie zur Information ebenso wie Gruppen von älteren Menschen aus Begegnungsstätten oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von sozialen Einrichtungen oder Pflegediensten.

» Kom.fort e.V.
Landwehrstraße 44
28217 Bremen

Mütterzentrum Huchting e.V.

Das **Mütterzentrum Huchting e.V.** ist ein offener Treffpunkt im Bremer Stadtteil Huchting mit kreativen und weiterbildenden Angeboten für Familien und Einzelpersonen jeden Alters.

Ziel des Mütterzentrums ist es, insbesondere Müttern die Möglichkeit zu bieten, aus der Hausfrauenisolation herauszukommen und ihnen Gelegenheit zu bieten, ihre Fähigkeiten zu entfalten und weiterzuentwickeln. Das Mütterzentrum versteht sich als Ort, wo Kinder ganz selbstverständlich dabei sind und nicht „wegorganisiert“ werden müssen.

Angebote des Mütterzentrums sind die Betreuung von Kindern zwischen 0 und 14 Jahren in drei sozialpädagogischen Spielkreisen, einem naturorientierten Kindergarten und in Hortgruppen.

Das Mütterzentrum bietet Kreativ-, Entspannungs- und Sportkurse an, Gesprächskreise, Sozial- und Erziehungsberatung, einen Second-Hand-Laden sowie einen Mittagstisch und ein Café. Das Zentrum unterstützt Frauen bei der Berufsfindung nach der Familienphase. In der Küche, in den Kindergruppen und im Second-Hand-Laden beschäftigt der Verein etliche Ein-Euro-Jobber. Die Beschäftigten werden beruflich qualifiziert und individuell fortgebildet. Zudem haben neun Frauen in den verschiedenen Arbeitsbereichen des Mütterzentrums eine feste Beschäftigung gefunden.

Das Mütterzentrum wird unterstützt vom Europäischen Sozialfonds (ESF).

» Mütterzentrum Huchting e.V.
Amersfoorter Straße 8
28259 Bremen

Mütter Zentrum

Huchting e.V.

Refugio Bremen e.V.

Refugio – Psychosoziales Zentrum für ausländische Flüchtlinge e.V. ist ein Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer. Das Angebot umfasst Beratung und therapeutische Behandlung für traumatisierte Flüchtlinge, Beratung und Fortbildung für MultiplikatorInnen im Gesundheits- und Flüchtlingsbereich sowie Öffentlichkeitsarbeit zu Themen wie Folter, Trauma und Menschenrechte.

Es gibt zahlreiche Beratungsstellen für Flüchtlinge, aber nur wenige psychosoziale Behandlungszentren, die sich um die seelischen Wunden der Flüchtlinge kümmern. Refugio Bremen ist die einzige Anlaufstelle dieser Art in Nordwestdeutschland.

Jährlich werden bei Refugio etwa 240 Flüchtlinge und Folteropfer aus über 30 Ländern behandelt. Viele von ihnen sind durch Kriegserlebnisse, Folter und Flucht stark traumatisiert.

Das Angebot für Einzelpersonen, Kinder, Jugendliche sowie Familien umfasst:

- » Psychosoziale Beratung und Weitervermittlung
- » Psychotherapie
- » Orientierungsgespräche in Krisensituationen
- » Physiotherapie und Kunsttherapie
- » Gruppenangebote
- » Organisation medizinischer Diagnostik und Behandlung
- » Vermittlung sozialer und juristischer Hilfen
- » Dolmetschervermittlung zur Überwindung von Sprachbarrieren
- » Fortbildungs- und Beratungsangebot für Fachleute und MultiplikatorInnen
- » Öffentlichkeitsarbeit

Bei diesen Aufgaben orientiert sich Refugio an den Bedürfnissen der Flüchtlinge und Folterüberlebenden. Das bedeutet, dass die Hilfe zur Selbsthilfe gestärkt wird und an vorhandene Ressourcen der Betroffenen angeknüpft wird.

Das Erarbeiten eines inneren Gleichgewichts steht im Mittelpunkt der Therapie und Beratung. Den Klientinnen und Klienten soll das Gefühl und die Fähigkeit vermittelt werden – innerhalb der Möglichkeiten des restriktiven deutschen Ausländer- und Asylrechts – ihren Lebensweg selbstbestimmt gehen zu können.

- » Refugio Bremen e.V.
Parkstraße 2 – 4
28209 Bremen



Reisende Werkschule Scholen e.V.

Die **Reisende Werkschule Scholen e.V.** bietet ambulante und stationäre Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe an. Der Verein ist in Niedersachsen ansässig. Mitglied im Landesverband Bremen ist die Bremer Zweigstelle.

In Scholen (bei Diepholz) betreibt die Reisende Werkschule ein vollstationäres Angebot für Schulverweigerer. Die Maßnahme dauert zwei Jahre, beinhaltet einen zweimonatigen Arbeitsaufenthalt in Afrika und endet bei erfolgreicher Teilnahme mit dem Hauptschul- oder Realschulabschluss.

Zusätzlich wird im Landkreis Diepholz eine Jugendwohngemeinschaft für 5 Jugendliche ab 16 Jahren sowie ambulante Dienstleistungen für Kinder und ihre Familien und für Jugendliche angeboten.

In Bremen macht der Verein folgende Angebote:

- » Jugendwohngemeinschaft für 5 Jugendliche ab 16 Jahren, mit betreutem Außenplatz und Schwerpunktsetzung auf die berufliche Integration der Jugendlichen
- » Betreutes Jugendwohnen für Jugendliche ab 16 Jahren
- » Intensive Sozialpädagogische Einzelmaßnahmen (ISE)
- » Projekt Familienwerkstatt. In diesem Projekt werden sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehungsbeistandschaften, sozialpädagogische Einzelmaßnahmen, begleiteter Umgang, Gruppen für Kindern aus Trennungs- und Scheidungsfamilien, Elterntraining und Elternberatung im Rahmen der befristeten Vollzeitpflege und heilpädagogische Einzelmaßnahmen und Gruppenaktivitäten angeboten.

Zu seinem Selbstverständnis sagt der Verein:

„Unsere Grundhaltung basiert auf einer dem Gleichheitsprinzip des humanistischen Menschenbildes verpflichteten Philosophie. Hierfür ist es völlig unerheblich, welcher Nationalität, Religion oder Kulturkreis ein Mensch zugehörig ist, noch spielen Geschlecht, Behinderung oder Bildungsstand eine Rolle.

Sie ist geprägt von Wertschätzung und Respekt gegenüber den jungen Menschen, den Familien und ihren Mitgliedern und von der Annahme, dass jeder Mensch, jede Familie und jedes Familienmitglied über eigene Ressourcen und Stärken verfügt, die für die Bewältigung ihrer Lebenssituation genutzt werden können. Ihre Ressourcen und ihre Ziele stehen dabei im Mittelpunkt.

Unsere Verpflichtung sehen wir darin, junge Menschen, Familien und ihren Mitgliedern entsprechend ihrer individuellen Lebenssituation, Bedürfnisse und Ziele, in der Entwicklung von Lösungsstrategien und Handlungskompetenzen zu begleiten, unterstützen und zu fördern, so dass eine eigenverantwortliche Bewältigung des Lebensalltags (wieder) möglich wird.“

- » Reisende Werkschule Scholen e.V.
Blücherstraße 6 d
28203 Bremen

Solidaritätsverein Bremerhaven e.V.

Der **Solidaritätsverein Bremerhaven e.V.** berät und betreut Migrantinnen und Migranten und setzt sich für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller in Deutschland lebenden Menschen ein. Der Verein bietet Beratung und Information zu allen sozialen Fragen (z.B. Aufenthaltsrecht, Partnerschaft, Familie, Arbeit, Wohnen, Einbürgerung). Er unterstützt Migrantinnen und Migranten im Umgang mit Behörden und bei der Vermittlung von Rechtshilfe. Die Beratungen finden im Dienstleistungszentrum Grünhöfe statt. Der Verein kooperiert mit weiteren sozialen Dienstleistern vor Ort.

Zu seinem Selbstverständnis sagt der Verein:

„Von besonderer Bedeutung ist es, dass sich der Solidaritätsverein in seiner gesamten Tätigkeit sowohl an Nichtdeutsche als auch an Deutsche wendet bzw. für sie offen ist. Mit der Förderung des gegenseitigen Verständnisses, das u. a. über das Erlernen der Sprache des Anderen gefördert wird, leistet er nicht nur einen Beitrag zum zwischenmenschlichen Umgang. Gerade in einer Zeit, in der auf der politischen Ebene das Eintreten für Toleranz und gegen Ausländerfeindlichkeit gefordert wird, setzt eine problemorientierte soziale und kulturelle Arbeit, die nicht nach Herkunft bevorzugt, Zeichen für ein verstärktes Miteinander.“

Der Verein bietet einen umfangreichen Katalog von integrativen Seminaren und Veranstaltungen an. Dazu gehören Sprachkurse (Deutsch, Türkisch, Russisch, Polnisch, Spanisch, Englisch) und Alphabetisierungskurse, PC-Kurse, Sport und Folklore, Frauen- und Seniorengruppen. Weiterhin werden mehrmals jährlich Veranstaltungen mit zweisprachigem kulturellem Programm organisiert.

Der Solidaritätsverein betreut in Kooperation mit dem Seniorentreff Grünhöfe eine Gruppe von deutschen und nichtdeutschen SeniorInnen. Darüber hinaus wird seit Januar 2005 das Projekt „Junge ZuwanderInnen für ein selbstbewusstes Leben“ gemeinsam mit dem Pädagogischen Zentrum Bremerhaven durchgeführt. Dieses Projekt beschäftigt sich unter anderem mit der Präventionsarbeit im Drogenbereich.

Im Jahre 2004 wurden ca. 570 Veranstaltungen mit ca. 11.400 Besuchern durchgeführt.

- » Solidaritätsverein Bremerhaven e.V.
Auf der Bult 5
27574 Bremerhaven



Unabhängige Patientenberatung Bremen e.V.

Die **Unabhängige Patientenberatung Bremen e.V.** bietet kostenlose Beratung für Jedermann in allen Fragen rund um Krankheit und Gesundheit an. Die Beratungsstelle arbeitet seit 1998 in Bremen und seit 2001 in Bremerhaven. Sowohl Patientinnen und Patienten als auch professionell Tätige im Gesundheitssystem können das Beratungsangebot nutzen.

Neben den Themen der somatischen Medizin werden auch Fragen zur Zahnmedizin, zur Psychotherapie/ Psychiatrie und zur Pflege bearbeitet. Dabei handelt es sich zumeist um Fragen zum Schwerpunkt eines Arztes, zu Medikamenten, zu Zuzahlungen und Befreiungsmöglichkeiten, Fragen zur Organisation und Finanzierung von Pflege, Fragen über Möglichkeiten des Patienten, wenn ein Fehler in der Behandlung vermutet wird, Fragen zu Heil- und Kostenplänen vor einer Zahnsanierung, rechtliche Regelungen zum Umgang mit Patientenunterlagen, Gebührenordnungsfragen oder Fragen zu einer Patientenverfügung

Häufig verbergen sich hinter den Fragen Kommunikationsprobleme mit den Professionellen im Gesundheitssystem. Hier fungiert die Unabhängige Patientenberatung als Mittler zwischen den Parteien. Entweder wird – mit Zustimmung des Patienten – der Arzt direkt angesprochen oder es werden häufiger auftretende Probleme an die entsprechenden Behörden, Krankenkassen, Krankenhäuser etc. weitergeleitet.

Im Jahr 2005 wurden von dem multiprofessionellen Team über 5.000 Anfragen bearbeitet. Die Beratung erfolgt telefonisch, schriftlich, per Mail oder in einem persönlichen Gespräch in den Beratungsstellen in Bremen oder Bremerhaven.

Der Verein wird von den Trägern des Gesundheitssystems finanziert, d. h. vom Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, dem Magistrat Bremerhaven, den Krankenkassen, Krankenhäusern, der Ärztekammer, Zahnärztekammer, Psychotherapeutenkammer und einzelnen Mitgliedern.

» Unabhängige Patientenberatung Bremen e.V.
Richard-Wagner-Straße 1a
28209 Bremen



2 Vorstand

2.1 Vorstandsmitglieder



Der neugewählte Vorstand (v.l.n.r.) Helmut Landberg, Tina Macholdt, Wolfgang Faulbaum-Decke, Heinz Bonkowski, Marie Rösler, Hanna Staud-Hupke, Johannes Frandsen, Gerd Wenzel, Jens Schröter, Thomas Beninde, Heidi Eikermann, Selim Öztürk (es fehlen Alexander Künzel und Regine Geraedts)

Thomas Beninde, Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürgerinnen und Bürger e.V.

Heinz Bonkowski, Sozialwerk der Freien Christengemeinde e.V.

Heidi Eikermann, Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.

Wolfgang Faulbaum-Decke, Gesellschaft für ambulante psychiatrische Dienste

Johannes Frandsen, Elbe-Weser-Werkstätten gGmbH, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Regine Geraedts, Fraueninitiative quirl e.V.

Alexander Künzel, Bremer Heimstiftung

Helmut Landberg, AfJ e.V. Kinder- und Jugendhilfe Bremen

Tina Macholdt, Bremer Werkgemeinschaft e.V., geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Selim Öztürk

Marie Rösler, Bremer Krebsgesellschaft e.V.

Jens Schröter, Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürgerinnen und Bürger e.V.

Hanna Staud-Hupke, Pro Familia, Landesverband Bremen e.V.

Gerd Wenzel, Einzelmitglied, Vorstandsvorsitzender



Der neue geschäftsführende Vorstand (v.l.n.r.) Gerd Wenzel, Johannes Frandsen, Tina Macholdt

2.2 Aus der Arbeit des Vorstandes

Im November 2004 wählte die Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand. Von den vierzehn Vorstandsmitgliedern wurden zehn neu gewählt. Im Anschluss an die Mitgliederversammlung wählte der Vorstand Gerd Wenzel zum Vorsitzenden sowie Tina Macholdt und Johannes Frandsen zu geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern.

Gerd Wenzel löste den langjährigen Vorsitzenden Prof. Dr. Jürgen Blandow ab, der sich nach 17-jähriger ehrenamtlicher Tätigkeit für den Verband neuen Aufgaben widmen wollte.

Der neugewählte Vorstand gab sich zunächst die Aufgabe, Akzente gegen Kürzungen im sozialen Bereich zu setzen.

Für den neu zusammengesetzten Vorstand war es wichtig, zu einheitlichen Positionen zu finden. Dazu dienten die Vorstandssitzungen, aber vor allem die beiden zweitägigen Klausursitzungen im Frühjahr 2005 und 2006.

Erstes Ergebnis dieser Debatte war das Positionspapier **Wir sind dafür – Positionen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Bremen, zu sozial- und verbandspolitischen Themen**, das im Juni 2005 veröffentlicht wurde. Der Vorstand des DPWV beschreibt darin, wie künftig soziale Dienstleistungen organisiert werden sollen, damit sie bezahlbar und fachlich verantwortbar bleiben. In elf Thesen werden Aussagen zum Verhältnis von Freien Trägern zu staatlichen Institutionen gemacht und es wird die Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege als Wirtschaftsfaktor beschrieben. Die von Mitgliedsorganisationen erbrachten persönlichen Dienstleistungen – so das Papier – dürfen nicht nur einseitig als Kosten gesehen werden. Vielmehr sind sie zukunftsorientierte Investitionen in die Gesellschaft; denn die Sozialwirtschaft ist ein wachsender Markt. In den Mitgliedsorganisationen des DPWV sind derzeit ca. 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Das Positionspapier beschreibt auch das Verhältnis von Bürgergesellschaft und Selbstorganisation und es fordert, dass allen Bürgerinnen und Bürgern die not-

„Kürzungen per Gesetz verhindern“ Gerd Wenzel ist neuer Vorstandsvorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Bremen

Von unserem Mitarbeiter
Hans Falk

Der Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Bremen e.V. (DPWV), hat Gerd Wenzel zum neuen ehrenamtlichen Vorstandsvorsitzenden gewählt. Der Hauptgeschäftsführer der Ärztekammer Bremen tritt die Nachfolge von Jürgen Blandow an, der zuvor 13 Jahre lang als Vorsitzender fungierte. Zusätzlich wurden Christine Machold und Johannes Frandsen in den geschäftsführenden Vorstand des nun 80-jährigen Dachverbandes für 184 soziale Organisationen berufen.

Jurist Wenzel möchte seine rechtlichen Kompetenzen nutzen, „um finanziellen Kürzungen im sozialen Bereich mit dem Gesetz entgegen zu wirken“.

Dies ist das hauptsächliche Problem, mit dem sich der neue Vorsitzende in den kommenden Jahren auseinander setzen muss. Schon Vorgänger Blandow war dieser Problematik tagtäglich ausgesetzt. Blandow schaffte es, den eigenen Verband „wirtschaftlich erfolgreich“ zu führen.

Nach insgesamt 17 Jahren als Vorstandsmitglied „war's dann aber genug“. Der bei der Arbeit im DPWV nach eigener Aussage „eher nach innen gerichtete“ Blandow zieht einen positiven Schlussstrich unter seine Amtszeit, äußert aber auch Bedenken hinsichtlich der „Rahmenbedingungen“ für soziale Einrichtungen, die durch die „sozialpolitische Wende“ eingengt würden.

Blandow erhofft sich von seinem Nachfolger, dass dieser mehr auf die Politiker zu gehen.

Der „Neue“ braucht hiervon nicht überzeugt zu werden. Wenzel: „Die Politik entfernt sich von realen Lebensverhältnissen. Es muss den Entscheidungsträgern bewusst werden, was sie tun und was dies konkret für Auswirkungen hat.“

Wie Wenzel fordern auch die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands Johannes Frandsen und Christine Machold, „bürgerschaftliches Engagement“ mehr zu fördern. Dabei warnt Machold aber auch davor, Freiwilligenarbeit als kostenfreie Ersatzstellen auszunutzen.

Bei allen Problemen, mit denen sich der neue Vorstand befassen muss, gibt es dennoch Grund zur Hoffnung. Denn, so Wenzel, „ist Bremen im Vergleich zu Berlin noch harmlos. In Berlin weiß keiner vom anderen.“

„Wir sind die Jobmaschine“

Während das Sozialressort für Pflegeeinrichtungen ab 2006 schmerzhaft Einschnitte plant, appellieren Vertreter der Sozialverbände auf die Kehrtwende der Gedanken: Soziale Dienstleistung sei nicht nur ein Kostenfaktor

BREMEN taz ■ „Wir sind die Jobmaschine“, sagt Wolfgang Luz vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV). Kein Zweifel: Bremens Sozialträger sind es leid, als ewiger Kostenfaktor im Sozialwesen gebrandmarkt zu werden – ohne dass ihre umfassende Leistung gewürdigt wird. Und wenn sie „Leistung“ sagen, dann meinen Männer wie Luz durchaus den harten Euro – die „regionalwirtschaftliche Wirkung“ sozialer Dienstleistung in Form von Arbeitsplätzen und Umsatz.

„Wir werden nicht in der Form beachtet, wie wir es verdienen“, mahnte gestern vor der Presse auch der DPWV-Vorstandsvorsitzende Gerd Wenzel. Allein im Bremer DPWV-Landesverband

organisieren sich derzeit rund 190 Mitgliedsorganisationen mit 7.429 Beschäftigten. Insgesamt verbucht der „Paritätische“ 21.000 Arbeitsplätze auf seine Angebote unter anderem in der Behinderten- und Altenpflege oder der Jugendhilfe. Doch sehen viele seiner Mitglieder in den geplanten Kürzungen im Sozialbereich eine Drohung – die sowohl die Existenz, aber auch die Qualität der Leistung betreffe, warnt Wenzel. „Die Haushaltsnotlage darf nicht auf dem Rücken Pflegebedürftiger ausgetragen werden.“ Auch sei der DPWV dem Sozialressort ein Vertragspartner „und kein Befehlsempfänger“. DPWV-Geschäftsführer Jürgen Wäcken ergänzt: „Seit 13 Jahren nehmen wir Nullrunden

und Einbußen hin.“

Als „Schlag ins Kontor“ bewertet der DPWV die geplante 15-prozentige Kürzung (7 Millionen Euro), die im kommenden Jahr die Träger des stationären Wohnens für Geistig- und Mehrfachbehinderte betreffen soll. Einen „Frontalangriff“ nennt dies die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Es gehe um 300.000 Betreuungsstunden für Behinderte. „Natürlich geht eine Kürzung zu deren Lasten.“ Ähnliches gelte für alle Bereiche, die ab 2006 von Kürzungen betroffen sein sollen. „Denn 80 Prozent unserer Kosten sind Personalkosten.“

„Wir haben nichts gegen effektives Wirtschaften“, sprechen sich die Verbandsvertreter dabei

durchaus für straffe Leistung aus. Allerdings müssten die Lasten gerechter verteilt werden. „Der öffentliche Dienst darf nicht länger unantastbar sein, während bei uns die Quetschschraube angezogen wird“, forderte DPWV-Geschäftsführer Wäcken. Die Bertelsmann-Stiftung habe den bremischen öffentlichen Dienst in ihrer jüngsten Länderanalyse als „opulent“ bezeichnet. Vor allem aber müsse Bremen den wirtschaftlichen Beitrag sozialer Dienste höher bewerten.

„Investitionen in den Bau von Altersheimen sind auch Investitionen in Arbeitsplätze“, mahnen die Funktionsträger beispielhaft. Immerhin finanzierten knapp 80 Prozent der Heimbewohner

ihren Aufenthalt aus Rente oder Versicherung selbst. Nur elf Prozent des Umsatzes der Heimstiftung, des größten Bremer Trägers von Altenheimen, sei staatliches Geld. Wer Einwohnerwerter, Konsum und Arbeitsplätze berücksichtige, müsse dies als förderungswürdigen Wirtschaftszweig erkennen. Schon habe der Finanzsenator zugesagt, eine „Musteransiedlung durchzurechnen“.

Das Wirtschaftsressort reagiert dagegen verhalten. „Sozialwirtschaft fällt in den Bereich des Sozialressorts“, heißt es dort. Über Änderungen müsse sich der Senat entsprechend verständigen. **EDE**

TAZ vom 26.07.2005

wendigen Hilfeleistungen garantiert werden.

Das Positionspapier fand in der Presse und in verschiedenen politischen Gesprächen große Resonanz.

Im Frühjahr 2006 hat sich der Vorstand mit dem Problem der **Kinderarmut** beschäftigt. Bremen ist eines der Bundesländer mit dem höchsten Anteil armer Kinder. Besonders betroffen ist Bremerhaven, wo mehr als 40 % aller Kinder unter 15 Jahren auf dem Sozialhilfe- bzw. Arbeitslosengeld II-Niveau leben müssen. Arm zu sein ist aber nicht nur ein finanzielles Problem. Kinder aus armen Familien sind in der Regel benachteiligt bei Bildung, bei gesundheitlicher Versorgung oder bei sportlichen und kulturellen Aktivitäten. Der Vorstand hat ein Positionspapier erarbeitet, das er ab Herbst 2006 mit öffentlichen Debatten und Aktionen vorstellen will.

Der neue Vorstand hat viele Gelegenheiten genutzt, mit den Mitgliedsorganisationen persönlich ins Gespräch zu kommen: bei Besuchen des Vorsitzenden bei Mitgliedern oder bei Veranstaltungen und Jubiläen der Mitglieder. Auch drei **Paritätische Abende** dienten der Kommunikation mit den Mitgliedern. Die gastgebenden Mitgliedsorganisationen, die Jugendherberge, die Blaue Karawane und die Fraueninitiative quirl präsentierten ihre Arbeit, es blieb aber auch Zeit für inhaltliche Themen und den geselligen Austausch.

Auch der Kontakt des Vorstandes und der Geschäftsführung mit Politikern aller Parteien wurde intensiviert, ein Kontakt zum Beispiel mit der Handelskammer wurde aufgebaut. Immerhin sind viele gemeinnützige Gesellschaften inzwischen Mitglied der Handelskammer. Perspektivisch will sich der Verband für eine eigene Fachgruppe bei der Handelskammer einsetzen. Auch ein Gespräch mit der Landesgleichstellungsbeauftragten fand statt.

Die vorgezogene Bundestagswahl am 18. September 2005 war Anlass für eine sozialpolitische Veranstaltung. „**Wie weiter mit dem Sozialstaat**“ wurden die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Parteien (CDU, SPD, FDP, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen) gefragt. Thematische Grundlage waren die Wahlprüfsteine des Gesamtverbandes. Jeweils zwei Sachverständige aus Vorstand und Mitgliedsorganisationen vertraten insgesamt vier Themenbereiche:

- » Wie weiter mit der Gesundheit?
- » Wie weiter mit Hartz IV?
- » Wie weiter mit der Pflege?
- » Wie weiter mit der Betreuung und Integration behinderter Menschen?



Einladung zur Wahlveranstaltung

Wie weiter mit dem Sozialstaat?

Rund 100 Zuschauer verfolgten die Talkrunde. Neben der engagierten inhaltlichen Diskussion ist es auf dieser Veranstaltung gelungen, auch einen persönlichen Bezug zu den Menschen zu bekommen, die Bremen jetzt im Bundestag vertreten.

Weitere Themen und Aktivitäten des Vorstandes waren:

- » Die Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der im März 2005 durchgeführten Mitgliederbefragung. Die Leistungen des Verbandes wurden gewürdigt und Verbesserungsmöglichkeiten wurden diskutiert.
- » Finanzierungsprobleme für die Einrichtungen der Behindertenhilfe und Diskussion rund um den Landesrahmenvertrag nach § 79 SGB XII für das Wohnen von geistig-mehrfachbehinderten und psychisch kranken Menschen
- » Diskussionen um die Verbesserung der Arbeit der Fachbereiche unter Beibehaltung der Struktur der Fachbereichssprecher. Diese Diskussion fand vorwiegend mit dem Fachbereich Kinder- und Jugendhilfe statt.

Der Vorsitzende hat den Bremer Landesverband in den Gremien des Gesamtverbandes in Berlin vertreten. Die Gremien des Gesamtverbandes sind die Landesvorsitzendenkonferenz und der Verbandsrat.

Der Vorstand des Landesverbandes wirkte nicht nur nach außen, sondern erledigte auch die notwendige Routinearbeit wie die Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen oder die Beratung und den Beschluss des Haushaltsplanes sowie der Jahresabschlüsse des Landesverbandes und der Gesellschaften. Die Überwachung der finanziellen Situation des Landesverbandes hat eine zentrale Bedeutung, weil sie die Basis für alle verbands- und sozialpolitischen Aktivitäten ist.

Sehr intensiv hat sich der Vorstand mit dem **Wechsel in der Geschäftsführung** befasst. Am 31. März 2006 schied Jürgen Wäcken aus der aktiven Tätigkeit aus

und Wolfgang Luz als Nachfolger wurde eingeführt. Wolfgang Luz wurde in einem sorgfältigen Auswahl- und Entscheidungsverfahren vom Vorstand zum neuen Geschäftsführer bestellt. Als neue Referentin wurde Kirsten Josef eingestellt, die seit Mitte April 2006 als Juristin beim Landesverband tätig ist.

Folgende Vorstandsmitglieder haben Aufgaben in den Aufsichtsräten der Tochtergesellschaften des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes wahrgenommen:

- » Heidi Eikermann: Bremer Gesellschaft für Verwaltungsdienste mbH
- » Johannes Frandsen, Wolfgang Faulbaum-Decke: Paritätische Dienste Bremen gGmbH
- » Helmut Landberg: Hanse Service GmbH
- » Tina Macholdt, Alexander Künzel: Paritätische Gesellschaft für soziale Dienste mbH
- » Johannes Frandsen, Selim Öztürk: Paritätische Dienste Seestadt Bremerhaven GmbH
- » Marie Rösler: Paritätische Pflegedienste Bremen gGmbH
- » Jens Schröter: Findorffer Pflegedienst gGmbH

Im Berichtszeitraum hat sich der Vorstand intensiv mit der **Änderung der Satzung** beschäftigt. Wichtigste vorgeschlagene Änderung: Ein hauptamtlicher Vorstand soll künftig den Verband führen, überwacht von einem ehrenamtlich tätigen Verbandsrat und einem Präsidium. Grund für den Vorschlag ist, dass die Aktivitäten des Landesverbandes und der ihm angeschlossenen gemeinnützigen Paritätischen Gesellschaften inzwischen einen inhaltlichen und vor allem finanziellen Umfang angenommen haben, der nicht mehr von ehrenamtlich tätigen Menschen verantwortet werden kann. Zukünftig soll ein hauptamtlich angestellter Vorstand für die Geschäftsführung haften. Die ehrenamtlich tätigen Mitglieder des künftigen Verbandsrates werden dann die Rolle eines Aufsichtsrats wahrnehmen und für die Kontrolle des Vorstands und für die sozialpolitische Positionierung des DPWV verantwortlich sein. Der Beschluss über die Satzungsänderung soll auf der nächsten Mitgliederversammlung im November 2006 getroffen werden.

2.3 Wechsel im Vorstandsvorsitz

Nach 17-jähriger Vorstandstätigkeit und 13-jähriger Amtszeit als Vorsitzender wurde Professor Dr. Jürgen Blandow auf der Mitgliederversammlung des Landesverbandes Bremen am 3. November 2004 feierlich verabschiedet. Barbara Stolterfoht, Vorsitzende des Gesamtverbandes, dankte Jürgen Blandow für seine langjährige, ehrenamtliche Tätigkeit und überreichte ihm die goldene Ehrenplakette des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Johannes Frandsen, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Landesverbandes Bremen, würdigte Jürgen Blandows Leistungen. Im Vorstand seit 1987, Vorstandsvorsitzender seit 1991, habe Jürgen Blandow den Verband entscheidend geprägt: als Repräsentant bei Jubiläen, Einweihungen und Feiern, als Teilnehmer, Hauptredner, Moderator und inhaltlicher Planer von zahlreichen Veranstaltungen. Auch die kritischen Zeiten des Wechsels der Geschäftsleitungen und der Sanierung des Verbandes habe Jürgen Blandow intensiv mitgestaltet. Profitiert habe der Verband vor allem von Jürgen Blandow als Wissenschaftler und Vordenker, zum Beispiel bei der Leitbildentwicklung. Auch die umfangreiche Broschüre anlässlich des 75-jährigen Jubiläums des Landesverbandes stamme aus seiner Feder.

Jürgen Blandow dankte und versprach, dem Verband auch in Zukunft als Ratgeber und Gesprächspartner zur Verfügung zu stehen.

Nachfolger von Jürgen Blandow wurde Gerd Wenzel. Der neue Vorstandsvorsitzende ist Jurist und Sozialwissenschaftler und war viele Jahre Abteilungsleiter in der Sozialbehörde und Hauptgeschäftsführer der Ärztekammer Bremen.



Barbara Stolterfoht,
Vorsitzende des Gesamtverbandes,
verabschiedet Prof. Dr. Jürgen Blandow

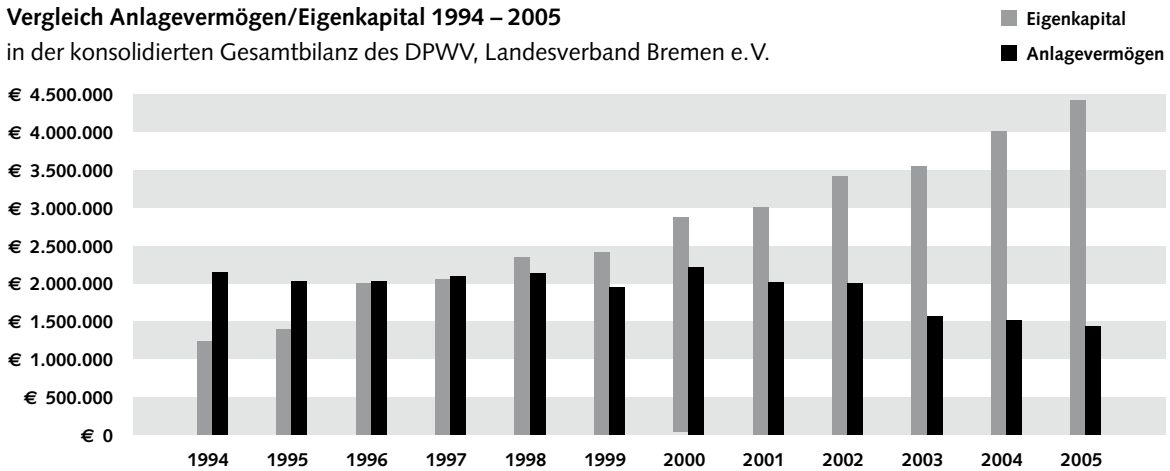
3 Landesverband

3.1 Wirtschaftliche Situation des Landesverbandes

Der Landesverband Bremen kann auch für die Jahre 2004 und 2005 auf eine positive **wirtschaftliche Entwicklung** zurückblicken. Die konsolidierte Gesamtbilanz unter Einbeziehung der wichtigsten Beteiligungen an Gesellschaften weist eine weitere Verbesserung der Eigenkapitalquote des Landesverbandes aus. Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung:

Vergleich Anlagevermögen/Eigenkapital 1994 – 2005

in der konsolidierten Gesamtbilanz des DPWV, Landesverband Bremen e.V.



Zum Bilanzstichtag 31.12.2005 steht dem Anlagevermögen in Höhe von 1.426.257 Euro ein Eigenkapital in Höhe von 4.376.731 Euro gegenüber, so dass Landesverband und seine angeschlossenen Gesellschaften eine gesunde Eigenkapitalquote aufweisen.

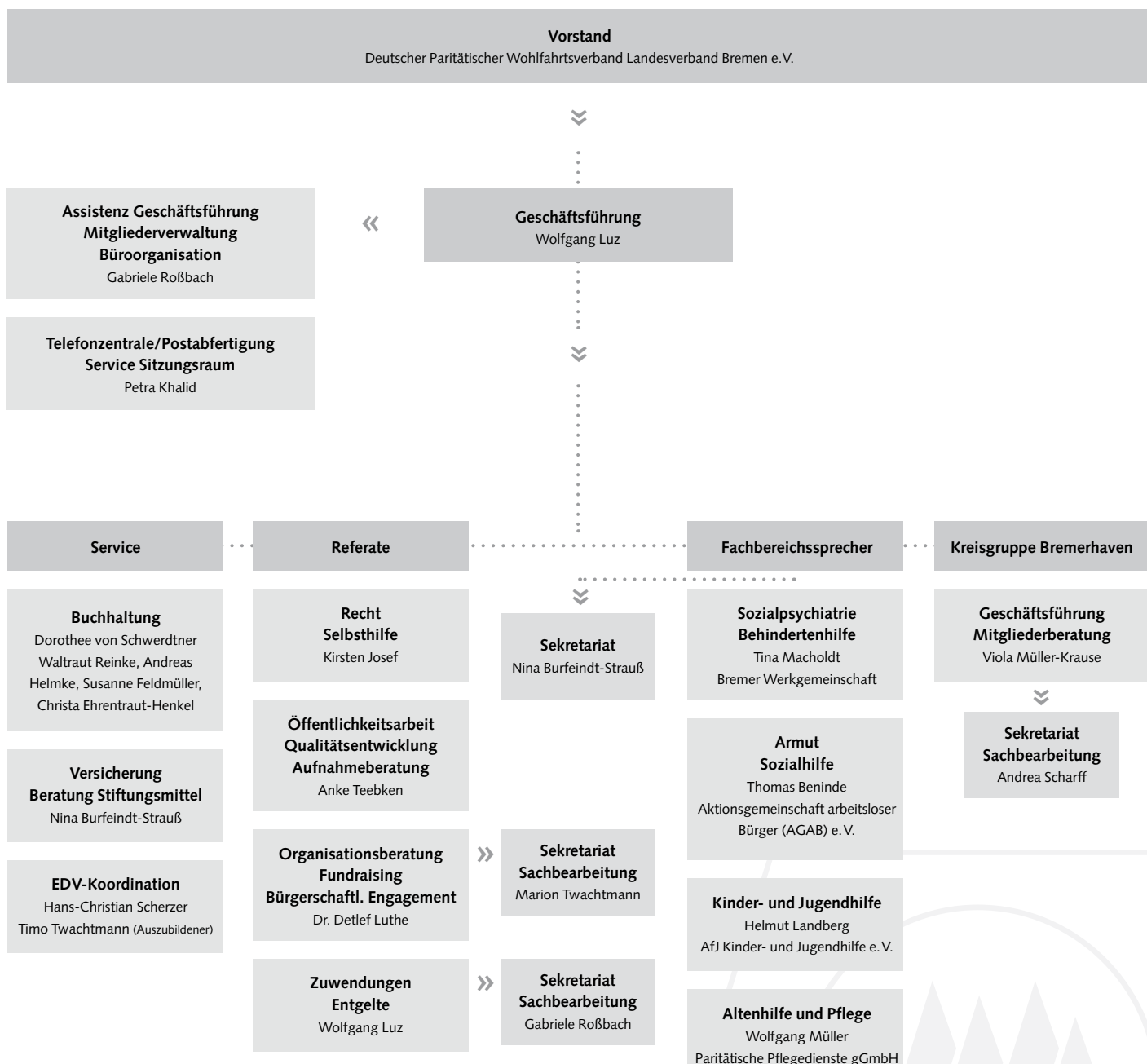
Für den Landesverband ohne seine Beteiligungen ist die wirtschaftliche Situation gut. Zum Bilanzstichtag 31.12.2005 steht dem Anlagevermögen einschließlich Finanzanlagen in Höhe von 976.186 Euro ein Eigenkapital in Höhe von 2.724.651 Euro gegenüber, so dass lediglich ein geringer Teil des Umlaufvermögens durch Kredite finanziert werden muss. Laufende Aufwendungen sind ausfinanziert.

Der Landesverband hält in seinem Anlagevermögen im Jahr 2006 noch drei Immobilien. Für verbandliche Zwecke genutzt wird die Geschäftsstelle der Kreisgruppe

in Bremerhaven. Ein Gebäude in Huchting wurde bis Sommer für den Betrieb des Dienstleistungszentrums genutzt. Nach Umzug des Dienstleistungszentrums in das Stadtteilhaus Huchting stehen die Räume für eine neue Verwendung zur Verfügung. Das Objekt soll entweder vermietet oder verkauft werden. In naher Zukunft soll das Verbandsvermögen wieder in ein Verbandshaus in Bremen angelegt werden. Der Vorstand hat dafür eine zweckbestimmte Rücklage in Höhe von 800.000 Euro gebildet.

Die **Finanzierungsstruktur** der Ausgaben des Landesverbandes ist weiterhin fast unverändert. Ca. 40 % der Aufwendungen des Landesverbandes wurden aus den Beiträgen der Mitglieder, ca. 40 % aus Lotteriemitteln und anderen Zuwendungen und weitere 20 % aus Eigenmitteln finanziert.

3.2 Organigramm Landesverband Bremen



3.3 Wechsel in der Geschäftsführung

Am 1. April 2006 wurde **Wolfgang Luz** neuer **Geschäftsführer** des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Bremen e.V. Er löste Jürgen Wäcken als Geschäftsführer ab, der nach zwölfjähriger Tätigkeit für den Verband in Ruhestand ging. Wolfgang Luz war stellvertretender Geschäftsführer des Verbandes, Geschäftsführer der Paritätischen Gesellschaft für soziale Dienste (PGSD) und ist weiterhin Referent für Entgelte und Zuwendungen. Der gelernte Diplom-Pädagoge ist seit 1992 für den Verband tätig und verfügt über umfangreiche Berufserfahrung in der Leitung von sozialen Einrichtungen.

angenähert hätten. So sei die LAG seinerzeit Verein und Verhandlungspartner für die Pflegekassen geworden. Zudem habe Jürgen Wäcken innerhalb der LAG integrierend gewirkt. Auch auf seine Initiative hin haben Wohlfahrtsverbände mittlerweile gemeinsame Gesellschaften gegründet. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des DPWV-Gesamtverbandes in Berlin, hob Wäckens Sinn für das Pragmatische hervor. „Wenn wir im Kreise der Landesgeschäftsführer abhoben, um die Welt zu retten, fragte er stets, ob es sich denn auch rechne“, so Schneider launig.

Vorstandsvorsitzender Gerd Wenzel erinnerte an Jürgen Wäckens Verdienste für den Verband. So habe er zu Beginn seiner Tätigkeit vor 12 Jahren den Verband mit den richtigen strategischen Entscheidungen aus einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befreit. Mit der Gründung der Paritätischen Gesellschaften konnte der Landesverband ambulante Hilfen für ältere und behinderte Menschen aufbauen. Statt damals 150 seien heute über 450 Mitarbeiter in den Paritätischen Gesellschaften beschäftigt. Wichtig für den DPWV waren auch Wäckens juristische Kenntnisse, von denen insbesondere die Mitglieder profitiert haben. Auch der ehemalige Vorstandsvorsitzende Prof. Dr. Jürgen Blandow erinnerte an seine mehr als zehnjährige Zusammenarbeit mit Jürgen Wäcken.

Jürgen Wäcken dankte für die vielen lobenden Worte, Grüße und Geschenke zu seinem Abschied. Wolfgang Luz wies abschließend auf künftige Aufgaben hin. „Dass in unserem Bundesland beinahe jedes dritte Kind von Sozialgeld leben muss, ist ein Skandal. Wir müssen dringend dafür sorgen, dass auch arme Kinder faire Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten bekommen“, so Luz.



DPWV-Geschäftsführer Jürgen Wäcken verabschiedet

An 31. März 2006 wurde der langjährige DPWV-Geschäftsführer in der Ruhestand verabschiedet und sein Nachfolger Wolfgang Luz offiziell eingeführt. Rund 200 Gäste aus Politik, Behörden, Verbänden und Mitgliedsorganisationen nahmen an der Feier im Konferenzraum der Sparkasse teil und lauschten mit großen Vergnügen den durchweg kurzweiligen Reden. Für gute Stimmung sorgte auch Moderator Pago Balke.

„Genießen Sie den Ruhestand genauso wie ich“, gab Ex-Bürgermeister Henning Scherf Jürgen Wäcken mit auf den Weg. Sozialsenatorin Karin Röpke lobte Jürgen Wäcken als konstruktiven und kompetenten Verhandlungspartner, mit dem sie oft nicht einer Meinung war, dessen Fachwissen, aber auch dessen Humor und Menschlichkeit, sie immer sehr geschätzt habe. „Jürgen Wäcken sprach sich immer für einen starken Staat aus, wenn es zum Beispiel darum geht, Kinder zu schützen. Soziale Angebote dagegen gehören nach seiner Auffassung immer in die Hand von Freien Trägern“, beschrieb Karin Röpke eine Kontroverse. LAG-Vorsitzender Burkhard Schiller erinnerte daran, dass sich die Wohlfahrtsverbände unter dem LAG-Vorsitz von Jürgen Wäcken sehr

Rund 200 Gäste verabschiedeten sich von Jürgen Wäcken



Wohlfahrt will mehr wirtschaftlich denken

Wolfgang Luz übernimmt am 1. April die Geschäftsführung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Von unserem Mitarbeiter
Thomas Andre

BREMEN. Wechsel in der Geschäftsführung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV): Ab April leitet Wolfgang Luz den Bremer Landesverband und löst damit Jürgen Wäcken nach zwölf Jahren an der Spitze des Dachverbands über fast 200 sozialen Organisationen in Bremen und Bremerhaven ab. Der gebürtige Schwabe war bislang stellvertretender Geschäftsführer sowie Geschäftsführer der Paritätischen Gesellschaft für Soziale Dienste. Seine Ziele: Wäckens Arbeit erfolgreich fortführen und das Augenmerk stärker auf die wirtschaftliche Positionierung des DPWV lenken.

„Wir begreifen uns zunehmend als Verband, der in wirtschaftlichen Dimensionen denkt“, erklärt Luz und fordert mehr Investitionen in das soziale Gemeinwesen. Beispiel Altenheime. Luz: „Sie schaffen Arbeitsplätze und lenken Geld aus dem Umland nach Bremen.“ Nämlich dann, wenn die Bewohner aus Lilienthal oder Syke kommen. Luz betont unisono die steuerlichen und regionalwirtschaftlichen Effekte: „Ein Altenheimplatz in Bremen wird nur zu elf Prozent



Der scheidende und der neue Geschäftsführer: Jürgen Wäcken (l.) und Wolfgang Luz

von der öffentlichen Hand finanziert.“ Der Rest käme aus Privatvermögen, Sozialversicherungskassen und öffentlichen Haushalten außerhalb Bremens.

Die Gesundheitswirtschaft sei ein Wachstumsbereich, der in Zukunft noch größer werde, prophezeit der DPWV, dessen Mitgliedsorganisationen knapp 7500 Mitarbeiter beschäftigen. Der scheidende Geschäftsführer Wäcken stolz: „Wir haben die Zahl unserer Mitarbeiter seit 1994 verdreifachen können.“

Neu-Geschäftsführer Luz schreibt sich zudem die Senkung des „dramatisch wachsenden“ Anteils von in Armut lebenden Kindern auf die Agenda. Nur in Berlin gebe es mehr Jungen und Mädchen, die unter der Armutsgrenze leben würden. Auf kommunaler Ebene werde Bremerhaven – „38 Prozent der Kinder sind hier betroffen“ – nur von Görlitz in den Schatten gestellt. Luz: „Die Politik ist in der Pflicht.“

Er hoffe, dass er die Standards im Wohlfahrtsbereich sichern könne, gibt Wäcken seinem Nachfolger Luz angesichts noch größer werdender finanzieller Zwänge mit auf den Weg. Wäcken: „Ich hoffe, dies selbst einigermaßen gut hinbekommen zu haben.“ Jürgen Wäcken wird am Freitag offiziell von Gerd Wenzel, dem Vorstandsvorsitzenden des Landesverbandes Bremen im Paritätischen Wohlfahrtsverband, verabschiedet.

3.4 Mitgliederbefragung

Wie zufrieden sind die Mitglieder des Landesverbandes Bremen mit den Leistungen ihres Dachverbandes? Welche Leistungen sollten verbessert, welche Dienstleistungen sollten künftig angeboten werden? Bereits zum zweiten Mal befragte der Landesverband Bremen im März 2005 seine Mitgliedsorganisationen. Die Ergebnisse freuten sowohl den Vorstand als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verbandes. Im Vergleich zur Untersuchung vom Dezember 2001 stieg nämlich die Zufriedenheit der Mitglieder in nahezu allen Bereichen.

Durchgeführt wurde die Befragung vom Wiesbadener Marktforschungsinstitut Konzept & Markt. 92 Organisationen, 52 % der Befragten, antworteten. Gefragt wurden die Organisationen, wie sie die verschiedenen Beratungs-, Service- und Kommunikationsangebote sowie die Interessenvertretung und die Arbeit der Fachbereiche des Landesverbandes beurteilen und wie zufrieden sie mit diesen Angeboten sind. Die Antworten konnten innerhalb einer Skala von 1 (trifft überhaupt nicht zu) bis 10 (trifft voll und ganz zu) abgegeben werden. In der Auswertung wurden die einzelnen Fragen zu Leistungsfaktoren gebündelt und es wurde der Zusammenhang zwischen der Wichtigkeit einer Leistung und der Zufriedenheit mit der Leistung ermittelt.

Die **Ergebnisse der Mitgliederbefragung** zeigten dem Landesverband Bremen, auf welche Leistungen die Mitglieder besonderen Wert legen und welche Leistungen sie weniger wichtig finden, welche Stärken und Schwächen sie in der Arbeit des Landesverbandes sehen. Zufrieden waren die Mitglieder vor allem mit den Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesverbandes und den Beratungsangeboten, wie zum Beispiel der Organisationsberatung. Positiv wurden auch die Arbeitskreise bewertet, besonders die Arbeitskreise Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie sowie Entgelte/Pflegesätze. Immerhin arbeiten 41 % der befragten Mitglieder mindestens in einem Arbeitskreis mit. Verbesserungen wünschten sich die

Mitglieder bei der Interessenvertretung und der internen Kommunikation. Gefragt waren mehr Informationen aus den Gremien, in denen der Landesverband vertreten ist.

Mit Hilfe der Ergebnisse der Kundenbefragung konnte der Landesverband Bremen gezielt an Verbesserungen seiner Angebotspalette arbeiten. Intensiviert wurden die Öffentlichkeitsarbeit sowie die interne Kommunikation mit den Mitgliedern durch intensivere Nutzung des Intranets, z. B. im Fachbereich Jugendhilfe, und durch die Umstellung des Rundbriefes auf einen digitalen Newsletter.



Darstellung einzelner Ergebnisse

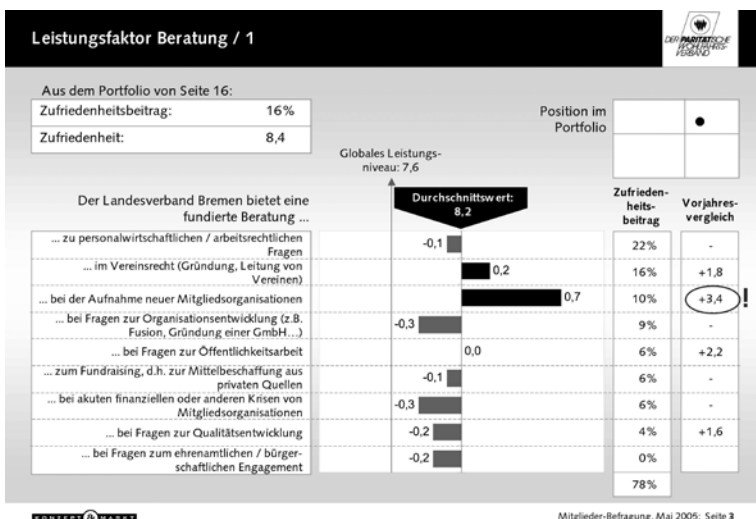
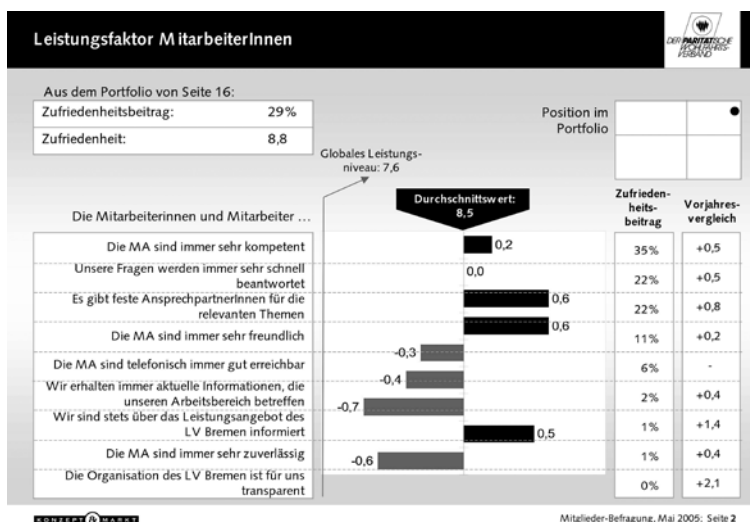
Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung werden in einem so genannten Leistungsfaktoren-Portfolio dargestellt. Es zeigt sehr anschaulich, mit welchen Leistungen die Mitglieder zufrieden sind (vertikale Achse) und wie wichtig diese Leistungen für ihre Zufriedenheit mit dem Verband sind (Prozentwert auf der horizontalen Achse).

Danach sind die Mitglieder besonders zufrieden mit den Leistungen der Beschäftigten des Landesverbandes und mit den Beratungsleistungen. Verbesserungen wünschen sich die Mitglieder im Bereich der Interessensvertretung.

Die Position im Portfolio allein genügt aber nicht, um zielgerichtet an Verbesserungen zu arbeiten. Dazu sind detaillierte Informationen notwendig. Diese liefert die Stärken- und Schwächenanalyse der Studie:

Beispiel Leistungsfaktor MitarbeiterInnen und Mitarbeiter

Ausgehend von der Durchschnittsnote aller Leistungen der MitarbeiterInnen und Mitarbeiter (8,5) zeigt die Stärken- und Schwächenanalyse positive und negative Abweichungen (rote und blaue Balken). Der Zufriedenheitsbeitrag zeigt, auf welche Leistung der Beschäftigten die Mitglieder besonderen Wert legen. So ist den Befragten z.B. die „Kompetenz“ der MitarbeiterInnen und Mitarbeiter besonders wichtig.



Beispiel Leistungsfaktor Beratung

Besondere gute Leistungen werden bei der „Aufnahmeberatung“ attestiert, hier wird auch die größte Leistungssteigerung gesehen. Auch Leistungen wie „Personalwirtschaftliche Beratung“, „Organisationsentwicklung“ oder „Beratung bei akuten finanziellen Krisen“ werden hoch geschätzt. Weiteres Ergebnis der Befragung: Jedes Mitglied nutzt im Durchschnitt 5,4 Beratungsangebote pro Jahr.

3.5 80 Jahre Parität in Bremen

Tradition und Aufbruch: Das 80-jährige Jubiläum des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Bremen e.V. war nicht nur ein Anlass für Rückschau. Themen der Jubiläumsveranstaltung, die sich an die Mitgliederversammlung im November 2004 anschloss, waren zukünftige Entwicklungen des Sozialstaates und sozialer Organisationen, vor allem die Rolle des Bürgerengagements im Sozialstaat. Der Vortrag von Prof. Dr. Heiner Keupp von der Uni München interessierte rund 100 Gäste aus Mitgliedsorganisationen Politik, Verbänden und Behörden.

Prof. Dr. Heiner Keupp wies in seinem Vortrag auf die besondere Rolle des bürgerschaftlichen Engagements bei der Bewältigung von sozialstaatlichen Problemen hin. Eine gerade durchgeführte Befragung zeige, dass etwa ein Drittel der Bevölkerung (36 %) sich engagiere und nochmals 32 % sich für eine ehrenamtliche Tätigkeit interessiere. Problematisch sei, dass diese Potenziale für Engagement häufig brachlägen, da das Interesse am traditionellen Ehrenamt sinke und neue Betätigungsfelder noch nicht ausreichend zur Ver-

fügung stünden. Das „frei flottierende Potenzial an Gemeinsinn“ gälte es in neue Strukturen zu binden. Als Beispiel nannte Keupp Selbsthilfegruppen, Mütterzentren oder organisierte Nachbarschaftshilfe. Bürgerengagement sei aber nicht als ‚Notstromaggregat‘ für einen finanzschwachen Staat zu verstehen, Projekte bürgerlichen Engagements dürften von Politik, Verwaltung und Verbänden nicht instrumentalisiert werden. Wichtig sei es künftig, die Idee des Empowerments, des Entdeckens und Förderns gemeinsamer Kräfte, noch stärker zu unterstützen. Professionell Tätige in sozialen Organisationen müssten dies als ihre Aufgabe begreifen.

Zu seinem Jubiläum gab der DPWV Bremen eine Broschüre heraus: **80 Jahre – 8 Meinungen - Visionen für den Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Bremen**. Der Verband befragte acht ausgewählte Persönlichkeiten aus Politik, Verbänden und Universitäten zu ihren Ideen und Vorstellungen zur Zukunft des Landesverbandes.



Die Broschüre
80 Jahre – 8 Meinungen

3.6 Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbandes Bremen verfolgt verschiedene Ziele. Die wichtigsten Ziele sind, die Kommunikation mit den verschiedenen Zielgruppen zu gewährleisten und zu verbessern und die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme zu intensivieren. Das bedeutet, Positionen zu entwickeln, sie in der Öffentlichkeit zu vertreten und zu versuchen, damit Meinungen zu beeinflussen. Zu den Zielgruppen des Verbandes gehören die Mitgliedsorganisationen, aber auch die Fachöffentlichkeit aus anderen Verbänden, aus Politik und Verwaltung sowie die allgemeine Öffentlichkeit. Je nach Thema präsentiert sich der Verband in seinen drei Funktionen: als ein Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege, als ein Dachverband für seine Mitgliedsorganisationen oder als ein gemeinnütziger Unternehmensverband, der auch selber soziale Dienstleistungen anbietet.



Ziele für die Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbandes Bremen

- » Die Öffentlichkeitsarbeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes kommuniziert alle Themen der sozialen Arbeit auf der Grundlage des Profils des Verbandes.
- » Die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes verfolgt das Ziel, den Paritätischen Wohlfahrtsverband als „Verband mit Lösungsvorschlägen“ und konkreten Leistungsangeboten zu kommunizieren.
- » Öffentlichkeitsarbeit begleitet Sozialpolitik im Lande Bremen kritisch.
- » Öffentlichkeitsarbeit fördert die Vernetzung und Kommunikation zwischen den Mitgliedern durch Information und durch gemeinsame Aktivitäten und Projekte.

- » Öffentlichkeitsarbeit legt einen Schwerpunkt auf Probleme von benachteiligten Bevölkerungsgruppen und auf die Darstellung der Aktivitäten des Verbandes und seiner Mitglieder im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements.
- » Öffentlichkeitsarbeit profiliert den Verband und seine Mitgliedsorganisationen als sozialwirtschaftliche Unternehmen.
- » Öffentlichkeitsarbeit kommuniziert die fachkompetente Arbeit des Verbandes, insbesondere auch seine Beratungsdienstleistungen.
- » Öffentlichkeitsarbeit kommuniziert die Qualität der Arbeit im Unternehmensverband und in Paritätischen Netzwerken.

(Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Bremen, Mai 2006)

Um die Kommunikation des Verbandes nach innen und außen zu gewährleisten, bedient sich der Verband einer Fülle von unterschiedlichen **Kommunikationsmedien**. Dazu gehören Publikationen wie die Mitgliederzeitschrift Nachrichten Parität, Broschüren und Berichte, Veranstaltungen, Fortbildungen und Aktionen, Pressearbeit und zunehmend die Nutzung von elektronischen Medien für die interne Kommunikation mit den Mitgliedsorganisationen. So versenden die Fachbereiche ihre speziellen Informationen fast nur noch digital und die Mitglieder nutzen das verbands-eigene Intranet zur verbandlichen Kommunikation. Der Verband informiert regelmäßig aus den Deputationen für Soziales und aus den Jugendhilfeausschüssen.

Anfang 2006 stellte der DPWV seinen Rundbrief auf digitalen Versand um. Wie in der bisherigen Papierversion bietet der Rundbrief aktuelle Informationen aus dem DPWV und seinen Mitgliedsorganisationen,



Verbandszeitschrift **Nachrichten Parität** mit Informationen aus Sozialpolitik, dem Gesamtverband und dem Landesverband Bremen

Infos aus Sozialrecht, Sozialpolitik und Sozialwirtschaft sowie ausgewählte Veranstaltungshinweise. Neu ist die Aufbereitung der Informationen. Nach einem einführnden Kurzinfo entscheiden die Mitglieder, ob sie mehr wissen wollen und klicken den entsprechenden Link an. Da mittlerweile fast 85 % aller Mitglieder über einen Internetzugang verfügen, war diese Umstellung möglich. Die Mitgliedsorganisationen ohne Internetzugang erhalten weiterhin eine Papierversion.

Nach der grundlegenden Überarbeitung des Erscheinungsbildes und der WebSite im Herbst 2002 soll im Herbst 2006 eine weitere Überarbeitung der WebSite mit dem Ziel der Verbesserung der Aktualität und Transparenz der Informationen und der Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit erfolgen. Eine Grundlage der Überarbeitung ist eine Befragung ausgewählter Nutzer der WebSite des Verbandes, die im Frühjahr 2006 durchgeführt wurde.

Die Pressearbeit des Landesverbandes wurde im Berichtszeitraum intensiviert. Rund 30 Pressemitteilungen wurden geschrieben, sieben Pressegespräche wurden durchgeführt. Inhalte waren verbandliche Themen wie Vorstandswechsel oder Vorstellung von Positionspapieren des Vorstandes, sozialpolitische Themen wie Kinderarmut oder Unterkunftskosten für SGB II-Empfänger oder fachpolitische Themen wie die Betreuung von Kindern unter drei Jahren.

Der Landesverband Bremen beteiligte sich an öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bremen (LAG) zu Kürzungen im Sozialbereich (siehe Seite 46/47) und führte eine eigene Veranstaltung zur Bundestagswahl durch (siehe Seite 26).



Viel Interesse am paritätischen Austausch „Frauen in Führungspositionen“

3.7 Netzwerke für Mitgliedsorganisationen

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Landesverbandes ist es, Kontakte zwischen Mitgliedsorganisationen und Externen zu knüpfen, um den fachlichen Austausch zu intensivieren und um gemeinsame Aktivitäten zu ermöglichen. Dazu dienen die Paritätischen Abende und weitere Veranstaltungen.

So wurde zum Beispiel im Herbst 2005 das **Forum Frauen und Gesundheit Bremerhaven** gegründet. Das Forum ist ein Gremium für Fachfrauen aus verschiedenen Institutionen, die sich über frauenspezifische Gesundheitsthemen informieren wollen. Die Kreisgruppe Bremerhaven übernahm die Trägerschaft. Viele Mitgliedsorganisationen sind an den Themen des Forums interessiert, weil sie selbst in der Schwangerschaftskonfliktberatung, der Suchtkrankenhilfe oder in der Behinderten- und Pflegearbeit tätig sind. Geplant sind ab dem Jahr 2006 jährlich vier Veranstaltungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten sowie begleitende Vorträge und Arbeitsgruppen.

Großes Interesse bestand auch an dem Austausch **Frauen in Führung**. Rund 17 Geschäftsführerinnen von Mitgliedsorganisationen trafen sich im März 2006, um auszutauschen, welche Unterstützung Frauen brauchen, die in sozialen Organisationen Führungsverantwortung tragen. Interesse wurde geäußert an einem kollegialen Austausch über Themen wie Belastung durch Personalverantwortung oder Umgang mit Kooperation und Konkurrenz.

Von den etwa 80 Organisationen im Verband, die hauptamtlich geleitet werden, werden derzeit etwa 20 Organisationen von Frauen geführt. Im 14-köpfigen Vorstand des DPWV sind mittlerweile fünf Frauen vertreten.

Netzwerke In-Jobs: Ein-Euro-Jobs, In-Jobs, Arbeitsgelegenheiten oder Integrationsjobs – viele Namen für ein neues Arbeitsmarktinstrument, das mit dem SGB II eingeführt wurde. Arbeitslosen Menschen soll die Integration in Arbeit oder doch zumindest eine sinnvolle Beschäftigung und Qualifizierung ermöglicht werden.

Die ersten In-Jobber begannen 2004, in den Jahren 2005 und 2006 wurde das Instrument ausgebaut. Anfang 2006 standen in Bremen knapp 4.200 In-Job-Plätze zur Verfügung.

Auch Mitgliedsorganisationen im DPWV sind aktiv. Als sog. Netzwerkknoten sind rund 10 Mitgliedsorganisationen für die Vermittlung und Qualifizierung der arbeitslosen Menschen zuständig. Rund 40 Mitglieder beschäftigen In-Jobber. Die In-Jobber übernehmen Hilfstätigkeiten in der Verwaltung, sie unterstützen Senioren oder übernehmen die Hausaufgabenbetreuung für Kinder in Horten. Die Qualifizierungsanteile werden individuell auf den Bedarf der Teilnehmerinnen und Teilnehmer abgestimmt.

Für ihre Tätigkeit erhalten die In-Jobber zusätzlich zu ihrem Arbeitslosengeld II einen Euro pro geleistete Arbeitsstunde, Fahrtkosten und eine Prämie von 50 Euro, wenn sie regelmäßig am Arbeitsplatz erscheinen.

Quartiernetz: Der Landesverband hat sich das Ziel gesetzt, die Kooperation und Vernetzung von Mitgliedern in den Stadtteilen zu unterstützen. Um dieses Ziel zu verfolgen, wurde im Frühjahr 2006 die Programmierung einer Datenbank fertig gestellt, mit der soziale Hilfen und Dienstleistungen paritätischer Mitgliedsorganisationen präsentiert werden können. Im Internet unter der Adresse www.quartiernetz.de sollen zunächst Profis und in weiteren Ausbaustufen dann auch Bürgerinnen und Bürger Informationen finden können über die paritätischen Angebote in ihrem Quartier bzw. in ihrem Stadtteil oder Ortsteil. Bisher werden solche Informationen systematisch nur stadtweit erhoben, entweder themenspezifisch (beispielsweise für Eltern www.elternnetz-bremen.de) oder für einzelne Zielgruppen (beispielsweise für Seniorinnen und Senioren unter dem Stichwort Seniorenlotse auf www.bremen.de). Zusammen mit Mitgliedsorganisationen wird der Aufbau von quartierbezogenen Informationen mit Hilfe der Quartiernetz-Datenbank im Jahr 2007 erfolgen.

3.8 Notfonds für Soforthilfen

Die Mitgliederversammlung des DPWV beschloss im Oktober 1985 die Einrichtung eines **Notfonds für Soforthilfen** als akut notwendige Hilfsmaßnahme zur Linderung der Armut in Bremen. Der DPWV wurde beauftragt, sich auf allen Ebenen für die Verbesserung der Lebenssituation von armen Menschen einzusetzen. Deshalb nahm parallel zum Notfonds der Arbeitskreis Armut und Sozialhilfe seine Arbeit auf.

Der Notfonds speist sich aus Spenden. Im Berichtszeitraum wurden Aktivitäten des Vereins AGAB und des Vereins Hoppenbank finanziert.

Im Verein AGAB wurde der aus dem Selbsthilfebereich heraus entwickelte Montagsnachmittags-Treff „Café und Cultur“ unterstützt. Die Gruppe wird von einem erwerbslosen Sozialarbeiter begleitet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer tauschen sich über aktuelle sozialpolitische Themen und über eigene Probleme aus, besuchen gemeinsam kulturelle Veranstaltungen und beteiligen sich auch an Aktionen gegen Sozialabbau.

Der Verein Hoppenbank bietet in seiner Teestube Bremerinnen und Bremern, die arbeitslos sind, aus der Haft entlassen sind oder Schulden haben, ein Mittagessen zum Selbstkostenpreis an. Etwa 120 Personen besuchen täglich die Teestube, bekommen ein gesundes Mittagessen, können Kontakte knüpfen oder das Beratungsangebot des Vereins in Anspruch nehmen. Der Notfonds unterstützte die Anschaffung einer neuen Küchenausstattung.



Das Café im Verein Hoppenbank.
Der Notfonds half bei der Ausstattung der neuen Küche.

4 Gesellschaften

4.1 Beteiligungen des Landesverbandes an selbständigen Gesellschaften

Als gemeinnütziger Unternehmensverbund ist der DPWV auch selbst Anbieter von Sozialen Hilfe- und Dienstleistungen in Bremen. Diese sind in rechtlich selbständigen gemeinnützigen Gesellschaften organisiert, an denen der Verband als Gesellschafter beteiligt ist. Darüber hinaus ist er auch an gewerblichen Dienstleistungsgesellschaften beteiligt, um seinen Mitgliedsorganisationen spezielle Leistungen zu günstigen Konditionen anzubieten.

Der Landesverband Bremen ist derzeit an 13 selbständigen Gesellschaften beteiligt. Im Berichtszeitraum wurde eine Gesellschaft (Findorffer Pflegedienst gGmbH) liquidiert, der Name einer Gesellschaft wurde verändert (Paritätische Dienste Bremen gGmbH) und es wurden Anteile an einer Gesellschaft an die Arbeiterwohlfahrt (Hanse Service GmbH) verkauft. Grundlage dieser Veränderungen waren jeweils konzeptionelle Entscheidungen.

Gemeinnützige Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung des Landesverbandes

Die Paritätische Gesellschaft für Sozialwirtschaft Bremen mbH (PGSW) wurde Ende 2005 mit Handelsregistereintrag in **Paritätische Dienste Bremen GmbH (PDB)** umbenannt und trägt nun den vorher schon für Marketingzwecke verwendeten Namen auch offiziell. Die PDB Bremen bieten Dienstleistungen wie Persönliche Assistenz für schwerbehinderte Menschen an und betreiben in vier Bremer Stadtteilen einen ambulanten Pflegedienst für ältere, kranke und behinderte Menschen. An diesen Standorten wird auch das Akzent-Modell realisiert. Akzent-Wohnen bedeutet, dass behinderte Menschen selbständig in einer eigenen Wohnung leben und je nach Bedarf Pflege und Hilfestellung abrufen. Neben den 40 Akzent-Wohnungen stehen 60 Wohnungen im Rahmen des Betreuten Wohnens älteren und kranken Menschen zur Verfügung.

In der **Paritätischen Gesellschaft für soziale Dienste mbH (PGSD)** sind alle Dienstleistungen zusammengefasst, die über Zuwendungen finanziert werden. Das sind eine Begegnungsstätte für ältere Menschen, Tagesbetreuungsangebote für altersverwirrte Menschen, die Beratungsstelle für Kindertageseinrichtungen der Elternvereine, aber im Wesentlichen sind es die Dienstleistungszentren, die seit über 30 Jahren niedrigschwellige Hilfen anbieten. Sie sind Anlaufstellen direkt im Stadtteil, die ältere und behinderte Menschen beraten und Hilfsangebote vermitteln. Zuwendungsfinanzierte Dienstleistungen sind von der öffentlichen Förderung und damit von der Situation des bremischen Haushaltes abhängig. Die Zuwendungsverträge für die Dienstleistungszentren und die Begegnungsstätte liefen Ende 2005 aus und wurden neu verhandelt. Die Vertragsentwürfe befanden sich im Sommer 2006 noch in der Abstimmung zwischen Sozial- und Finanzressort. Für die Begegnungsstätte soll ein treuhänderischer Vertrag zwischen der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und dem Sozialressort abgeschlossen werden.

Die **Paritätischen Dienste Seestadt Bremerhaven GmbH (PDSB)** sind ein ambulanter Pflegedienst. Die 22 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PDSB bieten häusliche Pflege und Hilfe im Haushalt für ältere und behinderte Menschen an. Rund 80 Menschen werden im gesamten Bremerhavener Stadtgebiet und in anliegenden Gemeinden versorgt.

Die **Findorffer Pflegedienst GmbH** versorgte bis Ende des Jahres 2005 kranke, pflegebedürftige und behinderte Menschen im Stadtteil Findorff. Das Stammkapital wurde bis dahin paritätisch gehalten vom Landesverband Bremen und der Gesellschaft für Wohnen im Alter e.V. Der Landesverband hat im Einvernehmen mit der Gesellschaft für Wohnen im Alter e.V. deren Stammkapitalanteil übernommen, so dass der Landesverband Alleingesellschafter wurde. Aus konzeptionellen und wirtschaftlichen Gründen wurden das Angebot des Findorffer Pflegedienstes und seine

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die PDB integriert. Die Findorffer Pflegedienst GmbH befindet sich zurzeit in Liquidation.

Gemeinnützige Gesellschaften mit Minderheitsbeteiligung des Landesverbandes

Die **Hanse Service GmbH** wird seit März 2006 von drei Wohlfahrtsverbänden betrieben. Der Landesverband hält ebenso wie der Kreisverband Bremen des Deutschen Roten Kreuzes und der Kreisverband Bremen der Arbeiterwohlfahrt 33,3 % an dieser Gesellschaft, die unter dem Namen „Bremer Essen auf Rädern“ ältere, kranke und behinderte Menschen in Bremerhaven und Bremen mit heißen Mahlzeiten und weiteren Angeboten beliefert.

Die **Paritätischen Pflegedienste gGmbH (PPD)** bieten Pflege und Betreuung vorwiegend für ältere Menschen an. In fünf Einsatzstellen arbeitet die PPD eng mit den Dienstleistungszentren der PGSD zusammen. Zwei weitere Einsatzstellen befinden sich in den Häusern der Bremer Heimstiftung. Seit Juli 2005 bietet die PPD auch Pflege in einem Haus des Sozialwerks der Freien Christengemeinde an. Getreu dem Grundsatz, dass zu einer guten Pflege Angebote zur Rehabilitation und Pflegevermeidung gehören, engagiert sich die PPD in den Bereichen Prävention, Gesundheitsförderung und Sturzprophylaxe.

Die **Paritätischen Sozialdienste mbH Kiel** betreiben gemeinsam mit anderen Landesverbänden und dem Paritätischen Bildungswerk in Kiel eine Zivildienstschule.

Die **Paritätische Gesellschaft zur Qualifizierung in der Altenhilfe mbH (Erwin-Stauss-Institut)** richtet Fort- und Weiterbildungsangebote für die stationäre, teilstationäre und ambulante Altenhilfe aus und betreibt die Bildungsstätte Diedrichshof in Worpswede.

Der **Seniorenwohnpark an der Lesum GmbH** betreibt ein Altenwohn- und Pflegeheim mit Servicewohnungen in Bremen-Nord.

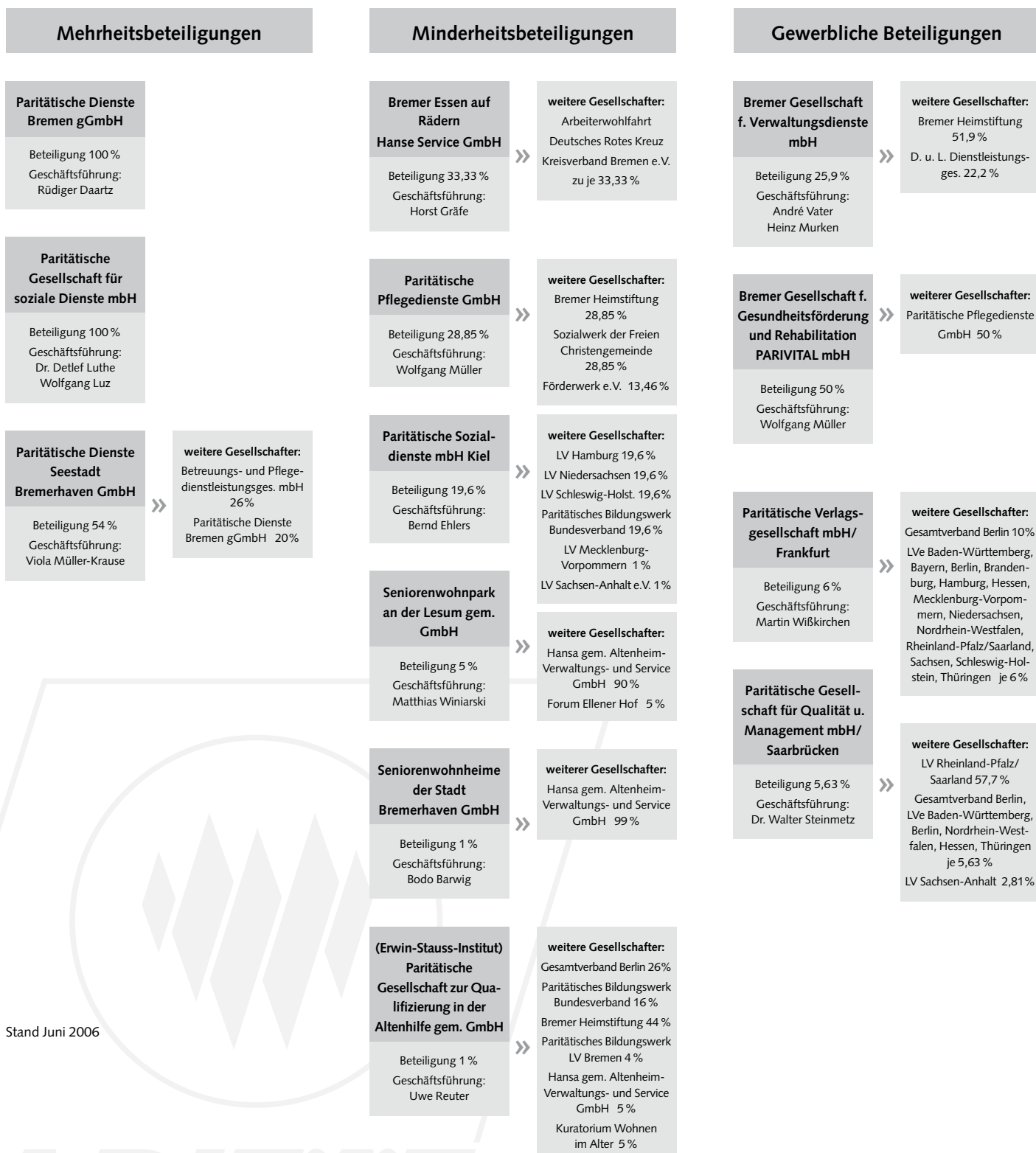
Die **Seniorenwohnheime der Stadt Bremerhaven GmbH** betreuen ältere Menschen in eigenen Einrichtungen.

Beteiligung an gewerblichen Gesellschaften

Die **Bremer Gesellschaft für Verwaltungsdienste mbH (BGV)** bietet einen umfassenden Service von der Personalabrechnung bis zur Personalberatung an. Da die BGV vorwiegend Kunden aus dem gemeinnützigen Bereich betreut, verfügt sie über spezifische Erfahrungen, die auch der Mitgliederberatung zugute kommen.

Der Landesverband Bremen ist gemeinsam mit dem Paritätischen Gesamtverband und weiteren Landesverbänden an der **Paritätischen Verlagsgesellschaft mbH Frankfurt** und an der **PQ GmbH – Paritätische Gesellschaft für Qualität und Management** in Saarbrücken beteiligt. Die Paritätische Verlagsgesellschaft publiziert Zeitschriften und Fachveröffentlichungen für den Paritätischen Wohlfahrtsverband, die PQ GmbH entwickelt Konzepte zur Einführung von Qualitätsmanagement-Systemen bei Mitgliedsorganisationen und führt Schulungen für Qualitätsfachkräfte durch.

4.2 Organigramm der Beteiligungen des Landesverbandes an selbständigen Gesellschaften



Stand Juni 2006

4.3 40 Jahre Essen auf Rädern

Im Oktober 2004 feierte der Menüservice „Essen auf Rädern“ sein 40-jähriges Jubiläum. Kundinnen und Kunden konnten das Menü „Rinderbraten mit Schnittbohnen und Salzkartoffeln“ zum Jubiläumspreis von 2,70 Euro bestellen. Mit diesem Menüangebot fuhr Essen auf Rädern am 5. Oktober 1964 seine erste Mahlzeit aus.

Die Initiative für dieses Angebot kam damals vom Landesverband des DPWV. Im kalten Winter 1963/64 zeigte sich die Not der älteren Menschen besonders, vor allen bei denen, die sich selbst keine heiße Mahlzeit mehr zubereiten konnten. Dr. Katharina Kähler, damalige Landesgeschäftsführerin des DPWV, organisierte „Essen auf Rädern“. Nach nur kurzer Vorlaufzeit erhielten 60 Bremer Seniorinnen und Senioren zu Hause ihr heißes Mittagessen. Die Menüs wurden in der „städtischen Krankenanstalt“ gekocht, dort in „Henkelmänner“ umgefüllt und mit nur einem Auto an alle Essensgäste ausgefahren.

Essen auf Rädern wurde bis 1995 vom Landesverband Bremen betrieben, dann ging es in die Trägerschaft der Paritätischen Dienste über. Seit dem Jahr 2000 wird Essen auf Rädern von der Hanse Service GmbH vertrieben, einer Gesellschaft des Landesverbandes und des Roten Kreuzes. Seit März 2006 ist die Arbeiterwohlfahrt weiterer Mitgesellschafter und man firmiert unter dem Namen „Bremer Essen auf Rädern“.

Neben den Menüs – jeden Tag 12 zur Auswahl – hat sich mittlerweile die Produktpalette erheblich erweitert. Saisonangebote, Getränkeservice, aber auch Weihnachtsbäume oder bepflanzte Blumenkästen „auf Rädern“ werden angeboten. Etwa 1000 Kunden werden jeden Tag beliefert, auch an Sonn- und Feiertagen.



Zum 40. Geburtstag von Essen auf Rädern wurde nicht nur gefeiert, sondern auch Gutes getan. 5000 Euro wurden mit dem Erlös des Verkaufs von Kaffee und Kuchen sowie einer Spende des beteiligten Weserparks erzielt. Das Geld ist für die Jugendarbeit des Sozialwerkes der freien Christengemeinde und für das Jugendrotkreuz bestimmt.

Bremens Bürgermeister Dr. Henning Scherf und Sozialsenatorin Karin Röpke schnitten Bremens größten Geburtstagskuchen im Beisein von mehreren hundert Gästen, Beteiligten und Besuchern des Weserparks an. Der Kirschstreuselkuchen nahm eine Fläche von zehn mal zehn Metern ein. Rund 1.000 Eier, 140 kg Mehl und 100 kg Zucker wurden neben anderen leckeren Zutaten verbakken, acht Stunden waren die fleißigen Bäcker des Sozialwerkes beschäftigt. Dank des großen Andranges waren die 4000 Kuchenstücke innerhalb von drei Stunden verkauft.



Verkauften den Geburtstagskuchen:
Bremens damaliger Bürgermeister Dr. Henning Scherf und Sozialsenatorin Karin Röpke

4.4 10 Jahre Paritätische Gesellschaften in Bremen

Die Paritätischen Pflegedienste (PPD), die Paritätische Gesellschaft für soziale Dienste mbH (PGSD), die Paritätischen Dienste gGmbH und die Hanse Service GmbH feierten im November 2004 ihr 10-jähriges Jubiläum. Die Paritätischen Gesellschaften wurden 1994 gegründet, um die Dienstleistungsangebote des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für ältere und behinderte Menschen neu zu strukturieren und auszubauen.

Die Paritätischen Gesellschaften betreiben Einrichtungen und bieten viele verschiedene Dienstleistungen für ältere und behinderte Menschen an. Insgesamt

nehmen rund 5 000 Kundinnen und Kunden pro Jahr die Dienstleistungen der Paritätischen Gesellschaften in Anspruch.

In den 10 Jahren konnten die Paritätischen Gesellschaften ihre Mitarbeiterzahl von 150 auf 450 steigern. Wichtig für die Expansion war sicher die Einführung der Pflegeversicherung; denn erst mit der Pflegeversicherung konnten viele pflegerische Hilfen aufgebaut werden.

Stärkere Spezialisierung und Orientierung am Kunden

Paritätische Gesellschaften bestehen seit zehn Jahren

Von unserem Mitarbeiter
Thomas Andre

Die Paritätischen Gesellschaften in Bremen werden zehn Jahre alt. Sie beschäftigen mittlerweile über 450 Mitarbeiter in Bremerhaven und Bremen und werden im kommenden Jahr mit dem Projekt „AkzentWohnen“ über die Landesgrenze hinauswachsen. Überdies wollen sich die Tochtergesellschaften des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Zukunft mehr spezialisieren und auf die Bedürfnisse ihrer Kunden eingehen.

Wer innerhalb von zehn Jahren die Zahl der Beschäftigten verdreifacht, der schreibt wohl an einer Erfolgsgeschichte. Als der Bremer Landesverband des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes 1994 die Paritätischen Tochtergesellschaften gründete, hatte er 150 Mitarbeiter. „Der Ausbau unserer Dienstleistungsangebote war notwendig. Unser Rückblick gestaltet sich positiv“, sagt Jürgen Wäcken, der Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Die Kernaufgaben des Verbandes finden sich in der Arbeit eines Dachverbandes.

Der „Paritätische“ koordiniert im Land Bremen die Interessen seiner 184 Mitgliedsorganisationen. Das größte Mitglied ist die Bremer Heimstiftung. Dazu kommen viele kleine und größere Einrichtungen. Und eben die fünf Paritätischen Tochtergesellschaften: die Paritätische Gesellschaft für

Soziale Dienste (PGSD), die Paritätischen Pflegedienste (PPD), die Paritätischen Dienste und der Hanse Service/Paritätische Dienste. In allen Organisationen sind insgesamt 5500 hauptamtliche und 2600 ehrenamtliche Mitarbeiter beschäftigt.

Nicht nur aufgrund des steten Anstiegs der Mitarbeiterzahl herrscht im Haus an der Eduard-Grunow-Straße Zufriedenheit. „Alle Tochter-Organisationen setzen unterschiedliche Schwerpunkte“, erklärt PPD-Geschäftsführer Wolfgang Müller. Die Dienstleistungen der Paritätischen Gesellschaften nehmen in Bremen 4870 Kunden in Anspruch. Es gibt sieben Dienstleistungszentren im Bremer Stadtgebiet, in denen niedrigschwellige Hilfen wie die „Organisierte Nachbarschaftshilfe“ angeboten werden. Außerdem sind die Paritätischen Gesellschaften beispielsweise in den Bereichen „Häusliche Pflege“, „Essen auf Rädern“ oder in Tagesbetreuungsangeboten für demenzkranke ältere Menschen aktiv. Dabei sind alle Dienstleistungen ambulant – „das ist unserer Meinung nach die menschlichste und auch am meisten gewünschte Art der Betreuung“, so Wäcken.

Das erfolgreiche Projekt „AkzentWohnen“ werde mit dem geplanten Haus Brinkum erstmals in Niedersachsen angeboten. Insgesamt gelte es, in Zeiten verstärkter Selbstzahlung noch kundenorientierter zu werden, so der Geschäftsführer.

5 Fachbereiche des Landesverbandes

5.1 Entgelte und Zuwendungen

Themen des Referates Entgelte und Zuwendungen sind alle Vergütungsfragen, die sich aus den verschiedenen Sozialgesetzen ergeben: dem SGB XI (Pflegeversicherung), dem SGB XII (Sozialhilfe), dem SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe), dem SGB V (Gesetzliche Krankenversicherung) und dem SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen). Weiteres Thema sind Finanzierungen nach dem Zuwendungsrecht. Der zuständige Referent vertritt die Mitgliedsorganisationen des Verbandes in den verschiedenen Arbeitskreisen der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG) und in den jeweiligen Verhandlungs-, Vertrags- und Empfehlungskommissionen. Er unterstützt die Träger auf Wunsch in Einzelverhandlungen und Schiedsstellenverfahren. Intern stimmen die Mitglieder ihre Positionen im Arbeitskreis „Entgelte und Pflegesätze“ ab. Die Verbindung zur Bundesebene erfolgt durch die Teilnahme des Referenten am Arbeitskreis Pflegesatzfragen des Gesamtverbandes.

Wichtigstes Thema im gesamten Berichtszeitraum waren die hohen **Kürzungsvorgaben des Landes Bremen für alle sozialen Arbeitsfelder**. So war vom Senat eine Projektgruppe „Sozialleistungen“, bestehend aus Vertretern des Finanzressorts, des Rechnungshofes sowie des Sozialressorts, beauftragt worden, Kürzungspotenziale bei allen Sozialleistungen zu ermitteln. Nach einem ersten Zwischenbericht im Herbst 2004 sollten zunächst 90 Millionen Euro eingespart werden, die Wohlfahrtsverbände protestierten.

„Horror-Bericht“ löst Eiszeit aus Wohlfahrtsverbände über Sparvorschläge entsetzt / Gespräche vorerst abgesagt

Von unserem Redakteur
Christian Dohle

Seit Monaten verhandeln Wohlfahrtsverbände und Sozialressort über Einsparungen bei den Sozialleistungen. Möglicherweise ohne Erfolg: Denn die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege zieht sich bis auf weiteres vom Verhandlungstisch zurück. „Man fühle sich missbraucht und ausgenutzt“, heißt es dort, nachdem die „Projektgruppe Sozialleistungen“ einen Zwischenbericht vorgelegt hat. Die dort aufgelisteten Vorstellungen seien „mehr als absurd“.

Das gut 50 Seiten starke, maßgeblich im Haus von Finanzsenator Ulrich Nußbaum erstellte Papier belastet offenkundig das Verhältnis zwischen Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) und Sozialressort. Denn, so heißt es bei der LAG: Wenn die dort aufgelisteten Maßnahmen offizielle Politik des Senats werden sollten, sehe man keine Möglichkeit mehr für Verhandlungen.

Wie berichtet, hat die aus Mitarbeitern

des Finanzressorts und des Rechnungshofs bestückte Projektgruppe kürzlich einen ersten Zwischenbericht vorgelegt und das Einsparpotential darin mit jährlich 90 Millionen Euro beziffert. Während Sozialexperten nicht mit Kritik sparten, verteidigte das Finanzressort den Bericht. „Die Vorschläge sind nur ein Denkmodell für den internen Gebrauch“, sagte Sprecher Hermann Pape.

Bei der LAG hält sich indes auch nach Tagen die Empörung. Was die Mitarbeiter besonders erbot: Die Projektgruppe habe sich zwar vorher bei den Fachleuten der LAG informiert, so heißt es, dann aber keinen der Hinweise übernommen. Von einem „Horror-Bericht“ ist die Rede.

Exemplarisch prangert man am Rembertiring den Umgang mit Behinderten an. Würden die veranschlagten Kürzung umgesetzt, fielen von den landesweit derzeit 2500 in Wohnheimen betreuten Behinderten rund 800 aus der Förderung heraus – für die LAG ein untragbarer Zustand.

Schon Ende Juni hatte die Projektgruppe für Wirbel gesorgt. Unter dem Stichwort

„ebay für Jugendliche“ spricht man heute über den Vorschlag, künftig im Internet nach einem Erziehungsheim für schwer erziehbare Jugendliche zu suchen. Das Sozialressort solle, so die Überlegung, die Jugendlichen samt sozialer Probleme anonymisiert im Internet präsentieren. Aus den daraufhin unterbreiteten Angeboten der Erziehungsheime könne man letztlich das günstigste auswählen. Das Finanzressort wies diese Darstellung damals zurück und sprach von einem Missverständnis.

Nachdem der Zwischenbericht der Projektgruppe nun auf dem Tisch liegt, fordert die LAG dringend eine Vorgabe des Senats. „Wenn das die offizielle Politik werden sollte, sehen die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege keine Möglichkeit mehr, die sozialen Systeme zu erhalten.“ Und: Man sei nicht bereit, weiterhin über Rationalisierungen und Einsparungen bei Eingliederungshilfen und anderen sozialen Leistungen zu verhandeln.

Die Projektgruppe beschäftigte sich auch mit Ergebnissen eines Bundesländer-Benchmarks.



Einsparungen im Sozialressort treffen freie Träger – PARITÄTISCHER bewertet Vorschläge der Projektgruppe Sozialleistungen kritisch

Kurz vor der Sommerpause 2004 wurde der bremische Doppelhaushalt 2004/2005 von der Bürgerschaft beschlossen. Das Sozialressort muss zusätzliche Einsparungen hinnehmen. Wie diese Einsparungen umzusetzen sind, prüft derzeit eine „Projektgruppe Sozialleistungen“, die im Mai 2004 einen Zwischenbericht mit verschiedenen Vorschlägen vorgelegt hat und im Herbst zu abschließenden Empfehlungen kommen will. So rät die Projektgruppe, die Vergütungen für Pflegeheime und andere Einrichtungen abzusenkten. Um Plätze in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) einzusparen, müsse man, so der Vorschlag, behinderte Menschen mehr auf normale Arbeitsplätze vermitteln. Zudem müssen die WfbM sich stärker auf Standorte in Niedersachsen konzentrieren, um zu verhindern, dass behinderte Menschen nach Bremen ziehen und hier Sozialhilfe beantragen.

Die Vorschläge der Arbeitsgruppe werden vom PARITÄTISCHEN sehr kritisch gesehen. So sei die Idee, behinderte Menschen stärker in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, weder neu noch – angesichts fehlender Jobs – praktikabel. „Den Zuzug behinderter Menschen nach Bremen als ‚Kostenrisiko‘ zu beschreiben, ist angesichts des erheblichen Aufwandes, mit dem Bremen um neue Mitbürger wirbt, schon recht zynisch“, so Wolfgang Luz, Pflegesatzreferent im PARITÄTISCHEN. Auch seien in der Vergangenheit nur sehr vereinzelt niedersächsische Werkstatt-Mitarbeiter nach Bremen gezogen.

Bei den Vergütungen für die Heimunterbringung liege Bremen im Vergleich zu anderen größeren Städten wie Hamburg, Berlin, Dortmund und Hannover bereits am unteren Ende der Skala. Auch würden hier vorgenommene Reduzierungen nicht vorwiegend den öffentlichen Haushalt entlasten, da in den Alten- und Pflegeheimen zu einem großen Teil Menschen leben, die die Leistungen selbst bezahlen. Bei der Bremer Heimstiftung, so ein Rechenbeispiel, würde bereits eine Kürzung der Entgelte um fünf Prozent zu finanziellen Einbußen von zwei Mio. Euro führen, von denen nur 600 000 Euro von der Sozialhilfe bezahlt würden. 50 Arbeitsplätze müssten abgebaut, die Qualität der Pflege und Betreuung müsste eingeschränkt werden. „Wir hoffen, dass die Pflegekassen einem Qualitätsabbau in den Pflegeheimen nicht zustimmen werden“, sagt Wolfgang Luz.

Auch bei der Betreuung von behinderten Menschen liegt Bremen im Vergleich mit den anderen Stadtstaaten bereits am unteren Ende der Vergütungen. So hat eine Untersuchung zum Vergleich der Entgelte in den Stadtstaaten ergeben, dass für das Wohnen und die Betreuung von geistig oder körperlich behinderten Menschen in Berlin durchschnittlich rund 79 Euro, in Bremen nur 65 Euro ausgegeben werden. Ebenso ist die Bremer Ausstattung der Einrichtungen mit Personal erheblich schlechter.

Nachrichten Parität 4/2004

Auch wenn diese Vorschläge der Projektgruppe nicht direkt übernommen wurden, so wurden doch während des gesamten Berichtszeitraumes hohe Kürzungsquoten von den Verbänden erwartet. Die Wohlfahrtsverbände antworteten mit Protesten und mobilisierten Tausende von Betroffenen zu einer Demonstration am 1. April 2005.

Sozialhilfe (SGB XII)

Zu Beginn des Jahres 2004 wurde das Sozialhilferecht (bis dahin im Bundessozialhilfegesetz – BSHG – geregelt) in das Sozialgesetzbuch als Buch XII eingefügt.

Nach langjährigen Verhandlungen um einen **Landesrahmenvertrag** (nach § 93 BSHG, ab 2004 nach § 79 SGB XII) lag zur Jahresmitte 2006 ein unterschrittsreifer Vertragsentwurf vor. Die Verhandlungen waren vor allem ab Mitte 2005 durch die Drohung des Landes belastet worden, eine Rechtsverordnung gemäß § 81 SGB XII zu erlassen und damit einseitig die Bedingungen der Beziehungen zwischen Leistungserbringern und Kostenträgern festzulegen. Der Vertrag beinhaltet eine Typisierung der Leistungsangebote und die Umstellung der bislang einheitlichen Maßnahmepauschalen. In Einrichtungen der stationären Eingliederungshilfe gibt es künftig Maßnahmepauschalen, die nach Hilfebedarfsgruppen differenziert

werden. Diese Pauschalen sollen sich bis zum Ende einer Anpassungs- oder Konvergenzphase den sog. Landesorientierungspauschalen annähern. Das bedeutet, dass Menschen mit quantitativ ähnlichem Hilfebedarf auch etwa gleich viel Geld zur Verfügung gestellt bekommen, um ihren Hilfebedarf zu befriedigen. Die qualitativen Gesichtspunkte des Hilfebedarfs sowie die unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen der Einrichtungen finden dann keine Berücksichtigung mehr. Ebenso werden die Grundpauschalen an einheitliche Landeswerte angepasst.

Die Investitionsbeträge der Einrichtungen, die jahrelang fortgeschrieben wurden, werden auf der Grundlage der tatsächlichen aktuellen Investitionsfolgekosten der Einrichtung neu berechnet, was zu einer weiteren Veränderung der Einnahmesituation führen wird.

Rettungsringe für Kinder, Jugendliche, Behinderte

Kundgebung mit 2000 bis 3000 Teilnehmern gegen Kürzungen im Sozialbereich / Freie Träger fordern



Von unserer Redakteurin
Elke Gundel

BREMEN. „Spezielles Kind bald nur noch im Zoo zu sehen“, „Geistig behindert ist auch normal“, „Sozialabbau nicht mit uns“ – mit solchen Transparenten, mit Trillerpfeifen und Trommelwirbel haben gestern auf dem Marktplatz 2000 bis 3000 Kinder, Behinderte, alte Menschen, Sozialarbeiter, Erzieher und Betreuer gegen den Sparkurs im Sozialbereich protestiert. Nach der Kundgebung gaben die Demonstranten vier Rettungsringe – für die Betreuung der Kinder, der Jugendlichen, der Behinderten und der Alten – im Rathaus ab. Bürgermeister Henning Scherf (SPD) war aber noch im Urlaub, das erhoffte Gespräch fiel also erstmal aus.

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Freien Wohlfahrtspflege, also der Dachverband der freien Träger, hatte zu der Aktion unter dem Motto „5 nach 12 – Höchste Zeit für Gerechtigkeit“ aufgerufen. Grund des Protestes ist der Beschluss des Koalitionsausschusses, bis 2009 insgesamt 25 Millionen Euro im Sozialetat einzusparen.

„Das ist nicht zu verkraften“, sagte Dieter Stegmann, stellvertretender Vorsitzender der LAG „Hilfen für Behinderte“. Diese Vor-

Um derart massive Strukturveränderungen einleiten und umsetzen zu können, hätten die Träger eigentlich zusätzliche Finanzmittel benötigt. Angesichts der Haushaltsnotlage des Landes hatte sich die LAG nach schwierigen Verhandlungen jedoch auf eine Kürzung des Landesbudgets für die stationäre Eingliederungshilfe von 8 % über einen Zeitraum von fünf Jahren eingelassen. Von dieser Vereinbarung nicht betroffen sind Ausgabeerhöhungen aufgrund von steigenden Platzzahlen oder Hilfebedarfen und Kostensteigerungen aufgrund von Tarifierhöhungen. Bei diesen Kostensteigerungen sind Neuverhandlungen möglich.

Die Umsetzung dieser Kürzungen, die daraus folgende Strukturreform der Vergütungen sowie die Bildung von Hilfeempfängergruppen mit vergleichbarem Hilfebedarf sind für die Einrichtungsträger mit hohen Risiken und bislang unabwägbaren Auswirkungen auf die Leistungserbringung verbunden.



3000 Menschen protestierten am 1. April 2005 gegen Kürzungen im Sozialbereich

und Alte

deutliche Nachbesserungen

gabe bedeute massive Verschlechterungen bei der Betreuung. „Manche Behinderte brauchen 24 Stunden am Tag Hilfe“, machte Stegmann klar. Werde diese Zeit gekürzt, bedeute das: Der Betroffene bleibt morgens im Bett, weil niemand da ist, um ihm in den Rollstuhl zu helfen. Fehlt das Personal, um ihn zur Toilette zu bringen, „dann macht er ins Bett“.

Die LAG der Freien Wohlfahrtspflege repräsentiert etwa 800 Einrichtungen und Dienste mit zirka 20000 Mitarbeitern. Würden die Kürzungen wie geplant umgesetzt, seien 1000 Jobs gefährdet, betonte Hans-Jürgen Wiesenbach, Geschäftsführer des Diakonischen Werkes Bremen. Sein Kollege aus Bremerhaven, Eberhard Muras, warf der großen Koalition außerdem vor, mit bremsischem Geld Arbeitsplätze in Niedersachsen zu fördern: Etwa 3300 Bremerinnen und Bremer lebten derzeit in Altenheimen des Nachbarlandes, weil die Plätze hier zu Lande nicht ausreichten.

LAG-Vorsitzender Burkhard Schiller forderte die Politik zu deutlichen Nachbesserungen bei der finanziellen Ausstattung des Sozialbereichs auf. Erste Ansprechpartner sind für die LAG dabei Bürgermeister Scherf und Landtagspräsident Christian We-



ber (SPD) – schließlich beschließt der Landtag den Haushalt. Dass Bremen sparen müsse, sei klar. Die Sparvorschläge der LAG würden aber nicht aufgegriffen, kritisierte Schiller. So habe die LAG ihr Angebot erneuert, die städtischen Kitas zu übernehmen – und jährlich um 1,6 Millionen Euro günstiger betreiben. „Wir haben keine Antwort bekommen.“ Auch der LAG-Vorschlag, die städtischen Jugendfreizeitheime zu übernehmen – sie sollen privatisiert werden –, sei ohne Resonanz geblieben.

Weniger Geld für Behinderten-Betreuung

Wohlfahrtsverbände und Sozialressort einigen sich auf Kürzung der Eingliederungshilfe / Acht Jahre verhandelt

Von unserer Mitarbeiterin
Karina Skwirblies

BREMEN. „Der Tiger ist durch den brennenden Reifen gesprungen.“ Bildhaft umschrieb Burkhard Schiller von der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG) den Kompromiss mit dem Sozialressort. Nach acht Jahren Verhandlung haben sich die Partner geeinigt: Die Eingliederungshilfe für Behinderte in stationären Einrichtungen wird in den kommenden fünf Jahren um acht Prozent gesenkt.

Nachdem vor einem halben Jahr noch von Kürzungen in Höhe von 14,8 Prozent die Rede war, zeigte sich der Vertreter der LAG im Pressegespräch erleichtert. Insbesondere die schrittweise Anpassung und ein

Sonderfonds für erheblich Pflegebedürftige fanden seine Zustimmung: „Das ist der Personenkreis der Ex-Blankenburger.“

Insgesamt betrifft der ausgehandelte Landesrahmenvertrag 1132 Plätze im stationären Wohnen. In dem Vertrag, den die Länder laut Bundesgesetz abschließen müssen, sind Betreuungsstandards festgeschrieben. „Das heißt gleiche Vergütung und gleiches Leistungsniveau für alle“, erklärte Sozialstaatsrat Arnold Knigge.

Nach einer einheitlichen Begutachtung würden die Behinderten in fünf Hilfebedarfsgruppen eingeteilt. Der Betreuungsschlüssel könne zwischen 1 zu 10 und 1 zu 1 liegen. Bislang erhielten die Einrichtungen die Eingliederungshilfe pauschal. Nun zähle der individuelle Hilfebedarf. „Die sozi-

alhilferechtlichen Grundsätze der Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit können auf diese Weise besser verwirklicht werden“, sprach sich Knigge für das neue System aus.

Er kündigte moderate Anpassungen der Vergütung an. Ab Juli 2006 soll der Rahmenvertrag umgesetzt werden. Eine Kürzung in Höhe von einem Prozent ist für dieses Jahr vorgesehen. Unterm Strich bedeutet der Kompromiss für das Ressort Einsparungen von 3,3 Millionen Euro. Bislang standen für die Eingliederungshilfe jährlich 46,3 Millionen Euro zur Verfügung.

„Wir werden es mit Standardabsenkungen zu tun haben, nicht mit Erhöhungen“, betonte Burkhard Schiller. Sparen können die Träger der Wohlfahrtspflege vor allem

an den Personalkosten, die 80 Prozent ausmachen. Von einem Personalmix verspricht sich der Vorsitzende der LAG Einsparpotenzial. Hoch bezahlte Spezialisten und andere, die nicht so viel verdienen, sollten in der Betreuung zusammen arbeiten.

Auch Staatsrat Knigge sieht die Möglichkeit, über einen Personalmix kostengünstiger zu arbeiten. Eine schlechtere Versorgung der Behinderten befürchtet er nicht. „Die Fachkraftquoten sind bundesweit vorgegeben.“ Letztlich liegt die Umsetzung der Sparmaßnahmen jedoch in den Händen der Einrichtungen selbst. Denn diese erhalten die Leistungen für ihre Klienten. Den gefundenen Kompromiss zum Landesrahmenvertrag muss noch die Deputation für Soziales absegnen.

Weser Kurier vom 12.04.2006

Pflegeversicherung (SGB XI)

Als Voraussetzung für den Abschluss von Pflegesatzvereinbarungen wurde zwischen der LAG und den Pflegekassen eine Leistungs- und Qualitätsvereinbarung (LQV) gemäß § 80a SGB XI verhandelt.

Nachdem die Pflegesätze und Kosten für Unterkunft und Verpflegung im Land Bremen ausschließlich in Einzelverhandlungen ermittelt oder verändert werden, hat die **Empfehlungskommission SGB XI** eher praktische Umsetzungsprobleme der entsprechenden Vereinbarungen verhandelt. Im Berichtszeitraum fanden bei den bestehenden Einrichtungen nur wenige Einzelverhandlungen statt, bei denen dann auch kaum Veränderungen der Entgelte erreicht werden konnten.

Nach der Vereinbarung der Personalanhaltswerte im Jahr 2004 findet auch im Bereich des SGB XI eine starke Vereinheitlichung der Pflegesätze statt.

Infrage gestellt wurde von den Pflegekassen die bisherige Praxis in der **Kurzzeitpflege**, Plätze „eingestreut“ in Einrichtungen der Dauerpflege vorzuhalten. Die Kassen wollen zukünftig diese „eingestreuten Betten“ nur noch bei sog. „Urlaubspflege“ akzeptieren und belegen. Für die Kurzzeitpflege nach einem Krankenhausaufenthalt (§ 42 Abs.1 Satz 1 SGB XI) wollen die Kassen ausschließlich Kurzzeitpflegeeinrichtungen mit separatem Versorgungsvertrag belegen. Dies würde eine Stärkung der Einrichtungen mit gesondertem Versorgungsvertrag bedeuten, bei den Einrichtungen der stationären Dauerpflege aber die Auslastungssituation verschärfen.

Die Bürgerschaft des Landes Bremen hat in einer Gesetzesänderung im Frühjahr 2006 beschlossen, die Förderung der **Investitionsfolgekosten für Heime** der stationären Langzeitpflege in mehreren Schritten zu beenden. Damit wird es ab Januar 2008 keine Förderung dieser Kosten mehr geben, die vollen Beträge müssen dann von den Bewohnerinnen und Bewohnern selbst aufgebracht werden. Die Investitionsfolgekosten der Kurzzeit- und Tagespflege dagegen werden vollständig gefördert. Das vorgegebene Budget reicht allerdings nicht aus, um weitere Einrichtungen zu fördern, obwohl aufgrund eines vom Paritätischen Wohlfahrtsverband unterstützten Klageverfahrens bereits geklärt wurde, dass alle Einrichtungen eine Förderung erhalten müssen. Hier werden weitere Auseinandersetzungen erwartet.

Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII)

Im Berichtszeitraum wurden in der Vertragskommission SGB VIII vor allem die **ambulanten familienunterstützenden Maßnahmen** wie Intensive Sozialpädagogische Einzelfallhilfe (ISE), Erziehungsbeistandschaft (EB), Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH), Begleiteter Umgang und weitere Erziehungshilfen verhandelt. Als Ergebnis wurde ein Katalog von Rahmenleistungsvereinbarungen sowie einheitliche Kalkulationsverfahren vereinbart. Insgesamt fand eine Absenkung der fachlichen Standards statt. Angebote, die bisher von SozialpädagogInnen erbracht wurden, sollen nunmehr auch von geringer qualifizierten Kräften (ErzieherInnen, Hauswirtschaftskräften) geleistet werden. Gleichzeitig wurden die Leistungszeiten reduziert. Durch eine Umsteuerung des Amtes für Soziale Dienste hin zu Pflegefamilien, leiden die stationären Angebote der Erziehungshilfe in Bremen inzwischen unter erheblicher Unterauslastung.

Eine spezielle Problematik wurde bei der **Finanzierung von Notaufnahmeeinrichtungen** deutlich: die bisherige, belegungsabhängige Finanzierung über Entgelte führte bei den Trägern zu völlig unabwägbaren Einnahmesituationen, da Krisen weder steuerbar noch kalkulierbar sind. Grundsätzlich müsste die Kommune ihren Bedarf an Krisenplätzen definieren und eine entsprechende Zahl, unabhängig von deren Inanspruchnahme, finanzieren.

Intensiv verhandelt wurde auch die Finanzierung der neu zu schaffenden **Interdisziplinären Frühförderstellen (§ 30 SGB IX)**. In diesen Frühförderstellen sollen medizinische, sozialpädagogische, psychologische, heilpädagogische und psychosoziale Leistungen fachübergreifend als Komplexleistungen erbracht werden. Diese Strukturveränderungen betreffen nicht nur die bisherigen Frühförderstellen, sondern auch die integrative Arbeit in den Kindertageseinrichtungen.

5.2 Kinder- und Jugendhilfe

Der Arbeitskreis Kinder- und Jugendhilfe tagte im Berichtszeitraum regelmäßig einmal im Monat, der Arbeitskreis Kindertageseinrichtungen tagte alle zwei Monate.

Der Fachbereichssprecher Kinder- und Jugendhilfe vertrat die Position des DPWV innerhalb der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Weiterhin vertrat er den Verband in den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII und in weiteren Gremien. Auch Vertreterinnen und Vertreter weiterer Mitgliedsorganisationen arbeiteten für den Verband in verschiedenen Gremien im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe mit.

Nachdem der Fachbereichssprecher Hardmuth Groß (Hans-Wendt-Stiftung) im Oktober 2004 sein Amt zur Verfügung gestellt hatte, wurden im Arbeitskreis und im Vorstand des Landesverbandes drei Optionen zur **Weiterentwicklung des Fachbereiches** diskutiert.

1. Der Fachbereich Kinder- und Jugendhilfe wird mit einem hauptamtlichen Referenten/einer hauptamtlichen Referentin besetzt (20 Stunden). Die Besetzung erfolgt aus der vorhandenen Mitarbeiterschaft.
2. Das Referat Kinder- und Jugendhilfe (20 Stunden) wird extern besetzt.
3. Die Stelle der Fachbereichssprecherin/des Fachbereichssprechers wird neu besetzt mit einer neutralen Persönlichkeit, die den Kinder- und Jugendhilfebereich kennt.

Der geschäftsführende Vorstand des Verbandes entschied sich im April 2005 für die dritte Option. Die Mitglieder des Arbeitskreises blieben bei ihrer Forderung nach einer hauptamtlichen Besetzung der Funktion. Da trotz intensiver Suche keine neutrale Persönlichkeit gefunden werden konnte, entschied man sich nach längerer kontroverser Debatte für einen Vertreter aus dem Fachbereich. Helmut Landberg (AfJ Kinder- und Jugendhilfen) wurde Fachbereichssprecher. Der Arbeitskreis Tageseinrichtungen für Kinder wird weiterhin von Herbert Förster (PGSD) geleitet.

Tagesbetreuung für Kinder

Im November 2004 verabschiedete die Deputation für Soziales gemeinsam mit der Deputation für Bildung den **Rahmenplan für Bildung und Erziehung im Elementarbereich**. Im Herbst 2005 wurde der Rahmenplan um individuelle Lern- und Entwicklungsdokumentationen ergänzt. Von den Trägern wurde erwartet, dass sie den Rahmenplan innerhalb der nächsten Jahre verbindlich umsetzen. Zur Unterstützung der Mitglieder führte der Landesverband im November 2005 eine „Open Space“-Tagung mit dem Titel „Auf uns kommt es an! Pädagogische Fachkräfte zwischen eigenem Handeln und beruflicher Identität!“ durch. Die Mitgliedsorganisationen nutzten die Gelegenheit, sich gegenseitig über ihre Fortschritte bei der Einführung des Rahmenplans zu informieren.

Das Tagesbetreuungsausbaugesetz – kurz TAG, trat Ende 2004 in Kraft. Die Bundesregierung plant, bis 2010 **Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren** zu schaffen. In Bremen kritisierte der Verband die zunächst zögerliche Umsetzung. Zudem sollten die Plätze nur den Kindern von Berufstätigen vorbehalten sein.

„Die Kleinen lernen von den Großen“

Wohlfahrtsverband: Geburtenrückgang nutzen, um mehr Plätze für Kinder unter drei zu schaffen

Von unserem Redakteur
Bernd Schneider

BREMEN. Im Sommer will die Sozialbehörde 150 Kindergartenplätze streichen, im Jahr darauf nochmals 250. Grund: Immer weniger Kinder werden geboren. Der Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) fordert nun, die Plätze nicht zu streichen, sondern umzuwidmen für Kinder unter drei Jahren.

Die Bundesregierung wolle diese Gruppe ohnehin besser fördern, sagte DPWV-Sprecherin Anke Teebken. 20 Prozent der Kinder unter drei sollen danach bis 2010 einen Platz in einer Krippe oder einer Krabbelgruppe haben, damit Eltern Familie und Beruf besser unter einen Hut bringen können. „Nur gut sieben Prozent sind es zurzeit in Bremen“, sagte Teebken. Der Rückgang der Geburtenzahlen müsse daher genutzt werden, Plätze für die ganz Kleinen in den Kindergärten zu schaffen. Teebken: „Es ist viel günstiger, vorhandene Plätze umzuwandeln, als neue zu schaffen.“ Da ist noch viel zu tun.

Weser Kurier vom 15.02.2005

Mit der Umwidmung würden dann Kinder zwischen anderthalb und sechs Jahren gemeinsam in einer Gruppe betreut. Die bisherige Unterteilung in Krippen (für Kinder unter drei Jahren) und Kindergärten (für Kinder über drei) entfielen damit. Auf einer Fachtagung in der vergangenen Woche haben sich die Mitgliedseinrichtungen des DPWV intensiv beraten lassen, welche Vorteile diese Zusammenlegung beider Altersgruppen haben kann und an welche Voraussetzungen sie geknüpft ist.

Zwei Erzieherinnen plus eine Vertretungsreserve für fünf kleine plus zehn größere Kinder – das sei nach Empfehlungen von Fachleuten ein guter Personalschlüssel, so Herbert Förster vom DPWV-Fachbereich Kindertageseinrichtungen. Auch die Räume müssten den Bedürfnissen der Kleineren angepasst werden – angefangen beim Wasseranschluss für die Wickel-Ecke bis zu Kuschel- und Ruhezonen.

Pädagogisch, so Förster, biete die größere Altersmischung vor allem Vorteile. „Die Kleinen lernen von den Großen“, meint er,

„und entwickeln sich viel schneller.“ Auch die Größeren würden profitieren. Sie würden Verantwortung und Rücksicht einüben sowie fürsorgliche Züge ausleben.

Soziale Fähigkeiten, die viele Ein-Kind-Familien kaum vermitteln könnten, würden so erworben, meint Ingrid Breiting, Leiterin der Kindertagesstätte „Quirl“ in Walle. Dort ist die „große Altersmischung“ bereits seit 1998 Praxis. Und noch mehr: Selbst Schulkinder würden dort nach dem Unterricht noch betreut.

Zwei Drittel der Kinder seien über, ein Drittel unter drei Jahre alt. 2,5 Erzieherinnen-Stellen bei 17 Kindern – dieser Personalschlüssel ergebe sich aus der regulären staatlichen Förderung, so Breiting. Teurer sei das Modell also nicht. Auch deshalb sieht Anke Teebken darin die Zukunft.

Beim DPWV, dessen Mitgliedsverbände etwa 1300 Kinder betreuen, würden viele Gruppen am liebsten sofort nach diesem Modell arbeiten. Meist sei das sogar ohne größere Umbauten möglich. Teebken: „Aber die Behörde hat das immer abgelehnt.“

Auch inhaltlich beschäftigte sich der Arbeitskreis mit diesem Thema und führte im Februar 2005 eine Fachtagung durch.



Ist der Kindergarten reif für Zweijährige?

Am 10.02.2005 veranstaltete der Paritätische Wohlfahrtsverband, Landesverband Bremen e.V. eine Fachtagung zum Thema „Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren – was müssen Träger bedenken?“

Die im Tagesbetreuungsbaugesetz geforderte Schaffung von Plätzen für Unter-Dreijährige stößt bei den im DPWV organisierten Kindertageseinrichtungen auf große Resonanz. Rund 50 Fachkräfte, Erzieherinnen und interessierte Vorstände aus den Kindergruppen beschäftigten sich mit der Frage, wie man bereits zweijährige Kinder in den Kindergarten integrieren kann, ohne sie zu überfordern. Sehr wichtig, so die Hauptreferentin des Tages, Gabriele Haug-Schnabel, sei eine gute Eingewöhnungsphase. „In der Regel müssen zwei Personen, nämlich Mutter und Kind, eingewöhnt werden“, so die Freiburger Verhaltensbiologin. Vielfach sei nämlich die Mutter noch gar nicht emotional bereit, das Kind abzu-

geben und bräuchte ebenso wie das Kind Unterstützung und Sicherheit. Da Kinder in diesem Alter sich hauptsächlich an vertrauten Erwachsenen orientieren, müssen die gewohnten Erzieherinnen auch ständig ansprechbar sein. Wenn man den Kleinen aber genügend emotionalen Rückhalt böte, würden rasch große Lernfortschritte gemacht. Selbständig essen, mit der Kinderschere schneiden, mit anderen Kindern spielen – dies seien so geförderten Kindern möglich. Allerdings – so einhellige Meinung der Fachkräfte – um Kinder unter drei Jahren gut zu betreuen, brauchen Einrichtungen mehr Personal, kleinere Gruppen und Räumlichkeiten, die die Bedürfnisse der kleinen Kinder nach Kuscheln, Schlafen und Spielen berücksichtigen.

Bereits seit 6 Jahren betreut die Fraueninitiative quirl Kinder im Alter zwischen 1–10 Jahren gemeinsam. In dieser sog. großen Altersmischung, so Ingrid Breiting, Leiterin des Kinderhauses quirl, übernehmen ältere Kinder Verantwortung für die Kleinen und kleinere Kinder lernen durch Nachahmung. Wichtig sei auch hier ein guter Personalschlüssel. „Für eine Gruppe mit 17 Kindern haben wir 2 1/2 Erzieherinnen und Praktikanten“, so Breiting. „Nur so kann man jedes Kind entsprechend seinem Entwicklungsstand betreuen und fördern.“



Kleine lernen von Großen

Das Bundesland Bremen stellt bislang 1460 Plätze inklusive Spielkreise und Tagespflege für die Betreuung der Unter-Dreijährigen zur Verfügung, rund doppelt so viele Plätze müssten es sein, um die Pläne der Bundesregierung zu verwirklichen. Laut Tagesbetreuungsbaugesetz sind die Bundesländer verpflichtet, jeweils zum 15. März eines Jahres zu berichten, wie viele Plätze sie bereits geschaffen haben, bzw. welche Ausbauschritte sie für das jeweilige Jahr planen. Bislang hat sich Bremens Sozialsenatorin Karin Röpke noch nicht geäußert, wie und in welchem Zeitrahmen der Ausbau der Betreuungsplätze für Kleinkinder in Bremen realisiert werden soll. Im Gegenteil: Derzeit werden Plätze abgebaut, da es weniger Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren gibt. Die Forderung des DPWV: Plätze, die für diese Altersstufe nicht mehr gebraucht werden, sollen in Plätze für kleinere Kinder umgewandelt werden. So kann man die bereits vorhandenen Räumlichkeiten nutzen und einen Einstieg in die Betreuung der Kleinen schaffen.

Nachrichten Parität 2/2005

Im Mai 2006 entschied die Deputation für Soziales, dass in einer ersten Ausbaustufe ab August 2006 181 Plätze für Kinder unter drei Jahren in betriebsnahen Kindertageseinrichtungen und Elternvereinen sowie alterserweiterten Kindergartengruppen eingerichtet werden. Weitere jährliche Ausbaustufen werden bis 2010 folgen.

Bereits am 1. Juli 2003 wurde die „Verordnung zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder (**Frühförderverordnung** – FrühV) durch die Bundesregierung verabschiedet. Sozialhilfeträger, Krankenkassen und die Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege verhandeln seither eine Landesrahmenvereinbarung, deren Abschluss aber nicht vor Frühjahr 2007 erwartet wird. In diesem Zusammenhang wurde auch das System der Integrativen Hilfen für Kinder mit Beeinträchtigungen verändert. Kinder mit besonderem Förderbedarf sollen ab Kindergartenjahr 2006/2007 in

Schwerpunkteinrichtungen betreut werden. Einzelne Kindertageseinrichtungen der Elternvereine bewarben sich als Schwerpunkteinrichtung, weil sie die Trägervielfalt im zukünftig eingeschränkten integrativen System gewährleisten wollten. Es wurden allerdings nur größere Einrichtungen ausgewählt. In 58 Schwerpunkteinrichtungen werden künftig 1065 Plätze für Kinder mit besonderem Förderbedarf zur Verfügung stehen.

Im Mai 2004 startete die von Bremens Sozialsenatorin Karin Röpke initiierte **Qualifizierungs- und Beschäftigungsinitiative Pro Kita**. Ziele dieser Initiative waren die Qualifizierung sowohl von Fachkräften aus Kindertageseinrichtungen als auch von arbeitslosen Menschen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband beteiligte sich neben der Arbeiterwohlfahrt, dem Roten Kreuz, dem Katholischen Gemeindeverband, dem Verbund Bremer Kindergruppen und Kita Bremen an der Trägerschaft für dieses Projekt, das vom Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert wurde. Verschiedene Qualifizierungslehrgänge wurden entwickelt. Es wurden langzeitarbeitslose Menschen in 24-monatigen Lehrgängen je nach Vorqualifikation zu KinderpflegerInnen, SozialassistentInnen oder ErzieherInnen ausgebildet. Arbeitslose ErzieherInnen erhielten die Möglichkeit einer halbjährigen Zusatzqualifikation und Fachkräfte aus den Kindertageseinrichtungen wurden ein Jahr lang berufsbegleitend geschult.

26 Mitgliedsorganisationen beteiligten sich an diesem Projekt. Sie stellten Fachpraxisplätze für die Auszubildenden zur Verfügung oder entsandten sozialpädagogische Fachkräfte in die Weiterbildungen.

Das Projekt wird Ende 2007 abgeschlossen. Seit Juni 2005 konnten bereits über 100 Absolventinnen und Absolventen als zusätzlich Fachkräfte von den Trägern angestellt werden. Die dadurch entstehenden Kosten wurden nicht aus den laufenden Zuwendungen für die Kindertageseinrichtungen abgedeckt, sondern von der Senatorischen Behörde zusätzlich zur Verfügung gestellt. Damit konnte die lange geforderte Personalverstärkung in Kindertageseinrichtungen realisiert werden.

Thema sowohl der LAG als auch des Landesverbandes waren die **Platzzahlen in den Kindertageseinrichtungen**. 2006/07 sollen 400 Kindergartenplätze abgebaut werden, da die Anzahl der Kinder in dieser Altersstufe sinkt. Das Amt für Soziale Dienste wollte deshalb für das kommende Kindergartenjahr die Finanzierungspraxis ändern. Grundlage der Finanzierung sollten nicht mehr die ursprünglich genehmigten Plätze sein, sondern nur noch die Plätze, für die bis Ende April Anmeldungen vorlagen. Damit wären den Einrichtungen dauerhaft Plätze verloren gegangen bei gleichzeitig gleich bleibenden Kosten. Die LAG protestierte, weitere Verhandlungen stehen noch aus.

Hilfen zur Erziehung

Die Auswirkungen der Sparbeschlüsse des Senats waren Anlass zu Diskussionen in vielen Gremien. Der Arbeitskreis Jugendpolitik der LAG entwickelte im Mai 2005 eine Stellungnahme, die den Kostendruck und die daraus entstehenden Einsparungen und Fehlentwicklungen kritisierte. Vor allem im Bereich der Jugendfreizeitheime und im Bereich der Erziehungshilfen wurden Kürzungen befürchtet. Kritisiert wurde, dass in Bremen die Kinder- und Jugendhilfe nicht qualifiziert weiterentwickelt wurde. Als Beispiele wurden die fehlende Jugendhilfeplanung und fehlende Vereinbarungen zur Sicherung der Qualitätsentwicklung genannt. Vertreter des paritätischen Arbeitskreises waren an der Erstellung des Papiers beteiligt.

Der Arbeitskreis Kinder- und Jugendhilfe beschäftigte sich im gesamten Berichtszeitraum mit den **Steuervorgaben des Bremischen Haushaltes im Bereich Jugend**. So sollten zum Beispiel im Rahmen der Sozialpädagogischen Familienhilfe (SPFH) im Jahr 2006 statt 380 nur noch 350 Fälle betreut werden. In Heimen sollten im Jahr 2006 statt 602 nur noch 569 Kinder und Jugendliche untergebracht werden, im Jahr 2004 waren es noch 642 Unterbringungen. Stattdessen war die Vorgabe des Amtes für Soziale Dienste, Kinder und Jugendliche bevorzugt in Pflegefamilien unterzubringen. Im Arbeitskreis wurde mehrfach diskutiert, ob diese Umsteuerung tatsächlich stattfand

oder ob nicht mehr Kindern und Jugendlichen die notwendigen Hilfen versagt blieben bzw. Fallbearbeitungen verzögert wurden. Die Vergabep Praxis des Amtes hatte Auswirkungen auf freie Träger: Die stationären und ambulanten Wohnangebote waren nicht mehr ausgelastet.

Die **Rahmenleistungsvereinbarungen und die Kalkulationsverfahren für ambulante und stationäre Maßnahmen der Erziehungshilfe** waren ebenfalls Thema vieler Beratungen. So wurden bei der SPFH die Fachleistungsstunde und die individuelle Bedarfsbestimmung für die einzelne Familie aufgehoben und durch eine Fallpauschale ersetzt. Die Fallpauschale ist nur dann kostendeckend, wenn neben SozialpädagogInnen auch niedrigqualifiziertere Berufsgruppen eingesetzt werden. Da aber bislang fallführende Sozialarbeiter in den Ämtern für Soziale Dienste vorwiegend den Einsatz von SozialpädagogInnen in den SPFH-Maßnahmen erwarten, können die Träger sozialpädagogische Familienhilfe derzeit kaum kostendeckend anbieten.

Weiteres Thema war die **Sozialpädagogische Diagnostik und die Entwicklung einer elektronischen Fallakte**. Mit Hilfe der Sozialpädagogischen Diagnostik wird geklärt, welche Risiken und Ressourcen innerhalb einer Familie vorliegen und welche Hilfsangebote notwendig sind. Zwei freie Träger haben ein elektronisches Dokumentationssystem im Bereich SPFH entwickelt. Die Ergebnisse dieser Dokumentation sollen künftig in eine elektronische Fallakte einfließen, mit deren Hilfe der fallführende Sozialarbeiter das Hilfeplanverfahren überwacht. Damit dieses Verfahren funktioniert, müssen einheitliche Kriterien zur Beschreibung der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität entwickelt werden. Dies war die Aufgabe einer Arbeitsgruppe zur Sozialpädagogischen Diagnostik, an der eine Vertreterin des Arbeitskreises teilnahm.

Schließlich beschäftigte sich der Arbeitskreis mit der **Finanzierung der Inobhutnahme**. Kritisiert wurde die ausschließlich einzelfallbezogene Finanzierung, d. h., dass nur jeder belegte Platz bezahlt wurde. Dies führte dazu, dass Träger bei einer geringen Auslastung sofort in finanzielle Probleme kamen. Das Mädchen-

Kein Platz mehr für Mädchen in Not

Anonyme Kriseneinrichtung schließt am 12. Mai

Von unserer Mitarbeiterin
Karin Osmers

ÖSTLICHE VORSTADT. Die einen sind empört, andere fassungslos, wieder andere wütend. Grund: Nach 15 Jahren sieht sich der Verein Mädchenhaus gezwungen, die anonyme Kriseneinrichtung zu schließen (wir berichteten im Hauptteil). Hier finden Mädchen zwischen zwölf bis 17 Jahren Schutz und Hilfe vor sexueller, körperlicher oder seelischer Gewalt. Ab dem 12. Mai nicht mehr.

Das Mädchenhaus hat seit 1992 mit der Kriseneinrichtung, der Wohngruppe, der Anlauf- und Beratungsstelle, der Online-Beratung und dem Tag und Nacht besetzten Mädchennotruftelefon ein umfangreiches und qualifiziertes Angebot für von Gewalt betroffene Mädchen geschaffen und zur Verfügung gestellt. Allein in der Kriseneinrichtung haben in dieser Zeit 1117 Mädchen, Zuflucht gefunden, wie Geschäftsführerin Sabine Weber berichtet. Doch damit soll jetzt Schluss sein und damit wird es im Jugendhilfesystem der Stadt Bremen keine anonyme Mädchenspezifische Notaufnahme mehr geben. Die Entscheidung, die Kriseneinrichtung zu schließen, begründet sich zum einen in der Finanzierungsart durch die Stadt Bremen und zum anderen in der veränderten Praxis seitens des Amtes für Soziale Dienste, wie es in der Presseerklärung der Einrichtung heißt.

In der Kriseneinrichtung wurden bisher acht Plätze für Mädchen bereitgestellt. Die Stadt Bremen zahlt für jedes Mädchen, das aufgenommen wird, ein Entgelt pro Tag.

Aber dieses Entgelt reicht zur Deckung der anfallenden Kosten der Kriseneinrichtung nur, wenn alle Plätze belegt sind. Doch die Not der Mädchen ist weder steuerbar noch planbar. „Eine Notaufnahme muss grundsätzlich finanziert sein, auch wenn nicht alle Plätze belegt sind“, sagt Sabine Weber.

Seit Anfang 2004 sei das Amt für Soziale Dienste aufgefordert, Hilfen verstärkt in Familien oder im sozialen Nahbereich einzusetzen. Immer weniger Mädchen werde eine Unterbringung in der Kriseneinrichtung überhaupt noch gewährt. Entweder würden Mädchen von vorneherein aus Kostengründen nicht mehr untergebracht oder die Verweildauer nicht an den Notlagen ausgerichtet. Dieser veränderte Umgang zeige sich auch darin, dass von Seiten des Amtes für Soziale Dienste die Fachlichkeit und Erfahrung der Mitarbeiterinnen der Kriseneinrichtung kaum noch in die weitere Hilfe- und Perspektivplanung des jeweils betreuten Mädchens einbezogen wird.

Schon 2004 und 2005 stand die Kriseneinrichtung aus diesen Gründen kurz vor der Schließung. Unbestritten ist, dass Mädchen eine geschlechtsspezifische anonyme Kriseneinrichtung brauchen, in ihrer Not ernst genommen werden müssen. Das sieht Wolfgang Luz, der Geschäftsführer des Landesverbandes Paritätischer Wohlfahrtsverband, ebenso. „Eine solche Einrichtung ist unbedingt notwendig, um Mädchen in extremen Situationen aufzufangen und ihnen Mut zu machen, sich gegen Gewalt zu wehren.“ Er fürchtet, dass Mädchen in Not künftig wieder schwerer haben werden, sich gegen häusliche Gewalt zu wehren.

Weser Kurier vom 27.04.2006

und so die Mittel für die Jugendförderung effektiver zu nutzen. Nachdem man an einem Standort die Privatisierung erprobt hatte, fand im Frühjahr 2005 ein Interessenbekundungsverfahren für insgesamt 18 Jugendfreizeitheime statt. Im Anschluss an die Trägerauswahl erfolgte die Klärung, unter welchen Bedingungen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bislang städtischen Einrichtungen weiterhin in den Jugendfreizeitheimen arbeiten. Entschieden wurde, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin im öffentlichen Dienst beschäftigt bleiben und dem freien Träger im Rahmen einer Personalüberlassung für die Tätigkeit zur Verfügung stehen.

haus Bremen konnte diesem finanziellen Druck nicht mehr standhalten und musste im Mai 2006 die Notaufnahme schließen. Der Verband forderte eine auslastungsunabhängige Finanzierung auf der Basis einer festzulegenden Platzzahl.

Der Arbeitskreis beschäftigte sich auch mit den **Schnittstellen zwischen SGB II und SGB VIII**. So haben Jugendliche, die in einer stationären Einrichtung leben, keinen Anspruch auf Leistungen nach SGB II. Ihnen kann zum Beispiel keine niedrigschwellige Arbeitsgelegenheit vermittelt werden. Zu diesem Thema fanden Gespräche mit Vertretern der BAGIS statt. Eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedsorganisationen entwickelte ein Projekt zur Berufsfindung für Jugendliche in stationären Einrichtungen.

Jugendförderung

Hauptthema in diesem Arbeitsfeld war die **Übertragung der Jugendfreizeitheime in freie Trägerschaft**. Bereits im Herbst 2003 machte die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege der Stadt das Angebot, die Jugendfreizeitheime zu übernehmen

Die Rahmenbedingungen zur Übernahme der Jugendfreizeitheime wurden zwischen LAG und Amt für soziale Dienste verhandelt. Die LAG forderte zunächst den Abschluss von Zuwendungsverträgen über eine Laufzeit von fünf Jahren. Diese Forderung konnte aber aufgrund der Regularien des Anpassungskonzeptes nicht durchgesetzt werden. Auch die Frage, wie die entstehenden Verwaltungskosten finanziert werden, war zunächst strittig. Man einigte sich schließlich auf eine Pauschale. Ergebnis der Verhandlungen ist ein Rahmen- und Kooperationsvertrag sowie ein Mietvertrag. Alle Details müssen noch in Einzelverhandlungen mit den Trägern geklärt werden, so dass voraussichtlich erst Anfang 2007 die Freizeitheime in freie Trägerschaft übergehen.

Als fachübergreifende Veranstaltung führte der Landesverband eine **Fachveranstaltung zu den Änderungen im SGB VIII** durch. Am 1. Januar 2005 traten das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) und am 1. Oktober 2005 das Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz (KICK) in Kraft. Die Veranstaltung bot einen Überblick über die wesentlichen Neubestimmungen und beschrieb die Auswirkungen auf freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe.



Mitglieder des Arbeitskreises Behindertenhilfe/
Sozialpsychiatrie diskutieren mit dem
Vorstandsvorsitzenden Gerd Wenzel

5.3 Sozialpsychiatrie und Behindertenhilfe

Im Arbeitskreis Sozialpsychiatrie und Behindertenhilfe wurden im Berichtszeitraum viele Themen behandelt: von neuen Entwicklungen bei einzelnen Mitgliedsorganisationen bis hin zu sozialpolitischen Themen.

Ein Schwerpunkt der Diskussionen war die Auseinandersetzung um die Einführung des Persönlichen Budgets. Das **Persönliche Budget** ist mit dem SGB IX eingeführt worden und soll die Ausführung von Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe neu regeln. Bis Ende 2007 werden verschiedene Modelle erprobt, ab 2008 soll das Persönliche Budget in ganz Deutschland angewendet werden. Mittlerweile gibt es eine große Anzahl von Tagungen, Veröffentlichungen sowohl aus den Modellversuchen wie auch in Fachzeitschriften, Stellungnahmen von Fachverbänden und Berichten des Paritätischen Kompetenzzentrums. Diese Fülle an Informationen erschwerte die Positionsfindung im Arbeitskreis. Im Januar 2006 nahmen einige Mitglieder des Arbeitskreises an einer vom Paritätischen Kompetenzzentrum veranstalteten Regionalkonferenz „Das Persönliche Budget und seine Auswirkungen auf die soziale Versorgung“ in Lübeck teil. Die Anregungen aus dieser Veranstaltung wurden weiter diskutiert. Interessant ist insbesondere die Frage, wie Träger sich auf die Entwicklung adäquater Angebote vorbereiten können, welche Strukturen für die Differenzierung und Angebotsausweitung zu schaffen sind, wie unter veränderten Bedingungen die Qualität der Angebote gesichert werden soll und wie man sich auch gegen Billiganbieter behaupten kann. Im Rahmen eines Klausurtages im Herbst 2006 wollen die Mitglieder des Fachbereichs sich mit diesen und anderen Fragen beschäftigen und eine Fachveranstaltung für Frühjahr 2007 vorbereiten.

Die lange offene Frage nach der **Umsatzsteuerpflicht in Angeboten des ambulanten Betreuten Wohnens** konnte zu Beginn des Jahres 2006 geklärt werden. Mit einem Schreiben vom 26. Januar 2006 hat das Bundesministerium der Finanzen mitgeteilt, dass die Steuerbefreiungsvorschrift des § 4 Nr.16 e UStG auf

ambulante Leistungen der Eingliederungshilfe gem. §§ 53, 54 SGB XII bundesweit angewendet werden soll und sie somit umsatzsteuerfrei sind.

Ebenfalls häufiges Thema waren die langwierigen Verhandlungen zum Landesrahmenvertrag nach § 79 Abs.1 SGB XII und die damit in Verbindung stehenden Anpassungen der bremischen Standards der Sozialleistungen (siehe S. 44).

Ebenso auf der Tagesordnung des alle zwei Monate tagenden Arbeitskreises standen Umsetzungsschwierigkeiten und Auswirkungen der neuen Sozialgesetze SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und SGB XII (Sozialhilfe), die zum 1. Januar 2005 in Kraft traten.

Ausgelöst durch die Diskussion der Thesen des Vorstandes „Wir sind dafür“ haben sich die Mitglieder im Jahr 2006 in mehreren Sitzungen mit ihren Erwartungen und Zielen innerhalb des Verbandes und des Arbeitskreises beschäftigt. Fragen wie die nach dem Auftrag des Arbeitskreises, nach dem Selbstverständnis und der Selbstverpflichtung zur verbindlichen Teilnahme an den Sitzungen und zur inhaltlichen Gestaltung der Themen, der Entwicklung von gemeinsamen fachlichen Stellungnahmen und zu Verbandspositionen wurden diskutiert. Eine eindeutige Festlegung der Ziele und Inhalte der Arbeit im Fachbereich konnte bislang noch nicht erreicht werden.

Die Fachbereichssprecherin nahm an den zweimal jährlich stattfindenden Sitzungen der Arbeitskreise „Soziale Psychiatrie“ und „Behindertenhilfe“ beim Gesamtverband teil und vertrat dort die Interessen der Bremer Mitgliedsorganisationen. Sie vertrat auch die Positionen des DPWV innerhalb der LAG sowie in den Sitzungen der Vertragskommission SGB XII und den dazugehörigen Unterkommissionen.

5.4 Altenhilfe und Pflege

Im Arbeitsbereich Altenhilfe und Pflege sind große stationäre Träger ebenso vertreten wie ambulante Pflegedienste und Träger offener Angebote. Während im Arbeitskreis „Entgelte und Pflegesätze“ vorwiegend Finanzierungs- und Vergütungsfragen der sozialen Dienstleistungen behandelt und politische und finanzielle Forderungen entwickelt wurden, so wurden im Arbeitskreis „Altenhilfe und Pflege“ die Erfahrungen der leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu aktuellen Themen und zur Weiterentwicklung von Versorgungsstandards ausgetauscht, Stellungnahmen und Forderungen formuliert und veröffentlicht.

Der Arbeitskreis beschäftigte sich mit einer Vielzahl von Fachthemen, von denen in diesem Bericht einige herausgegriffen werden.

Eines der Themen war **Ehrenamtlichkeit in der Altenhilfe**. Schwerpunkte der Diskussion waren Fragen wie: Verdrängen Ehrenamtliche perspektivisch Fachkräfte und reguläre Arbeitsplätze oder wird die ambulante wie stationäre Altenhilfe zukünftig gar auf ehrenamtliche Mithilfe angewiesen sein? Wie viel und welche Unterstützung brauchen die freiwilligen Helfer? Klar wurde, dass der Aufbau einer längerfristig tätigen Ehrenamtlichengruppe viel Engagement und professionelle Unterstützung braucht. Den Mitgliedern wurde die Unterstützung des Landesverbandes bei der Gewinnung von ehrenamtlichen Kräften in Form von individuellen Beratungen und Drittmittelfinanzierungen angeboten.

Der Arbeitskreis verabschiedete eine Resolution zu den seinerzeit anstehenden Gesetzesänderungen des SGB XII zum Thema **Leistungskürzungen für Bewohnerinnen und Bewohner von Heimen**.



Montagsdemo von Heimbewohnern: aus Mobilitätsgründen verworfen!
Arbeitskreis Altenhilfe/Pflege im Paritätischen Wohlfahrtsverband kritisiert Kürzungen für Heimbewohner durch neue Gesetzgebung

Veränderungen für Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen sind derzeit in aller Munde. Relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit sind durch die Gesetzesänderungen auch einige Veränderungen der Leistungen für HeimbewohnerInnen vorgenommen worden. Der Arbeitskreis Altenhilfe/Pflege im Paritätischen Wohlfahrtsverband kritisiert diese Veränderungen, weil sie das ohnehin schmale Budget von HeimbewohnerInnen noch zusätzlich kürzen. Über die Veränderungen informiert der Senat heute die Bremer Sozialdeputation.

Unter anderem sind zum 1. Januar 2005 folgende Änderungen vorgesehen:

1. Wegfall der Weihnachtsbeihilfe in Höhe von 31,19 Euro. Betroffen sind zurzeit ca. 4.500 sozialhilfebedürftige HeimbewohnerInnen im Lande Bremen.
2. Wegfall des „Zusatzbetrages“ (in Höhe von max. 44,50 Euro monatlich), den – zusätzlich zum Taschengeld in Höhe von 89,70 Euro monatlich – diejenigen HeimbewohnerInnen erhalten, die ihr gesamtes Einkommen für die Heimkosten aufbringen müssen. Die Höhe dieses Betrages ist (war) einkommensabhängig. Betroffen sind ca. 2.400 Menschen in Bremen, ca. 760 in Bremerhaven.

Damit werden die Bremer HeimbewohnerInnen gezwungen, ihren Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen beizutragen. Die Haushaltseinsparungen durch diese „Nicht-Leistungen“ beziffert der Senat für das Land Bremen auf 1,7 Mio. Euro jährlich.

Insbesondere durch den Wegfall des Zusatzbetrages werden auch Rentner mit einer mittleren Rente beim Einzug in ein Pflegeheim auf ein Sozialhilfeniveau eingestuft.



Tagesbetreuung für altersverwirrte Menschen im Dienstleistungszentrum Blumenthal

Dies ist umso bitterer, weil seit dem Inkrafttreten des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes (GMG) zum 1. Januar 2004 die Heimbewohnerinnen auch die Zuzahlungen zu den Krankheitskosten (z. B. Brillen) von dem Taschengeld zahlen müssen.

Der Arbeitskreis Altenhilfe/Pflege im Paritätischen Wohlfahrtsverband weist darauf hin, dass durch diese Maßnahmen ein ganz wehrloser Teil der Gesellschaft ungefragt zur Kasse gebeten wird. Der kleine Spielraum dieser Menschen für ein selbstbestimmtes Leben wird weiter eingeschränkt.

Aus dem Arbeitskreis erfolgte auch eine Stellungnahme zu einer **Empfehlung zur Kommunikation zwischen der ambulanten ärztlichen Versorgung, der Pflege und den Krankenhäusern**. Der Arbeitskreis begrüßte, dass in einem vernetzten Gesundheitssystem alle Akteure organisatorische Pflichten haben und dass bei der Krankenhausentlassung verbindliche Standards formuliert werden. Zum Beispiel muss die Klinik vor der Entlassung eines Patienten klären, wer die Kosten für die anschließende ambulante Krankenpflege übernimmt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit war die Vorstellung ausgewählter Projekte von Mitgliedsorganisationen. So wurde die Modellkonzeption des Sozialwerks der Freien Christengemeinde „Pflegezentrum am Oslebshauer Park“ präsentiert, zwei Einrichtungen des Betreuungs- und Erholungswerks (BEW) in Bre-

merhaven wurden besucht. Hier ging es insbesondere um die Zusammenarbeit mit Wohnungsbauträgern bei der ambulanten Versorgung von älteren und behinderten Menschen. Zudem stellte die Gesellschaft für ambulante psychiatrische Dienste mbH (GAPSY) ihr Konzept zur ambulanten psychiatrischen Pflege vor.

Etliche Mitgliedsorganisationen bieten mittlerweile ambulante Dienstleistungen an, die über die „normale“ häusliche Pflege hinausgehen. Für diese Mitglieder bot der Arbeitskreis einen Informationsaustausch **Ambulante Alternativen zur Heimversorgung** an. Beteiligt waren die Bremer Heimstiftung (quartiersbezogene Versorgungskonzepte und Senioren-WGs in Kooperation mit Wohnungsbaugesellschaften), Die Woge e.V. (Dementen-WG in der Neustadt), Paritätische Dienste Bremen gGmbH (Akzent-Modell für jüngere Behinderte), Paritätische Pflegedienste Bremen gGmbH (Wohn-Pflege-Angebot in einem Hochhaus der GEWOSIE in Bremen-Blumenthal) sowie das Betreuungs- und Erholungswerk (Kooperation mit GEWOBA).

Themen des Arbeitskreises im Jahr 2006 waren **Aufgaben und Selbstverständnis des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK)**. Zwei Beschäftigte des MDK aus Hannover und Bremen informierten insbesondere über die seit dem Jahresbeginn geltenden neuen „Qualitätsprüfungs-Richtlinien“ (QPR) für die Prüfung von Pflegeeinrichtungen. Die Mitgliedsorganisationen äußerten auch ganz konkrete Wünsche zu den Prüfungsschwerpunkten, v. a. die Berücksich-

In Bremen entstehen vier betreute Senioren-WGs

Träger wollen im Bündnis neue Wohnformen entwickeln

Von unserer Mitarbeiterin
Karina Skwirblies

BREMEN. Der Verein „Die Woge“ war der Vorreiter: Im „Haus in der Neustadt“ wohnen seit zwei Jahren Demenzerkrankte in einer betreuten Wohngemeinschaft zusammen. Nun haben auch etablierte Institutionen die kleinräumige Wohnform für ältere und erkrankte Menschen entdeckt. Vier Projekte entstehen zur Zeit in Bremen, wo den Senioren höhere Lebensqualität bei guter Pflegeleistung angeboten werden soll.

In Walle plant der Pflegedienst Paritätische Dienste ein Stiftungsdorf. In Huchting legt die Gewoba vier Wohnungen zusammen, um acht Zimmer für überwiegend Demenzerkrankte zu schaffen. Mitte September soll das Projekt an den Start gehen, das der Bremer Dienstleistungsservice betreut. Der Pflegedienst Pflegeimpulse ist in Arbergen aktiv. Hier soll die Arberger Mühle sieben Bewohner aufnehmen. Und im Steintor sind die Umbauarbeiten der Bremer Heimstiftung beim alten Fundament schon lange im Gange. Dort entsteht unter dem Dach eine Wohngemeinschaft für Demenzerkrankte inklusive Dachterrasse.

„Das ist kein Weg zum Kostensparen“, betonte Alexander Künzel, Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung. „Der Aufwand ist sehr hoch. Es ist leichter ein Heim mit 100 Wohnungen gebaut.“ Doch die Träger versprechen sich eine Verbesserung für die Betroffenen.

„Man kann die Individualität besser wahren“, erzählte Dagmar Katz vom Verein „Die Woge“. „Wir haben flexible Früh-

stückszeiten. Die Angehörigen beteiligen sich stärker. Sie bepflanzen die Balkone oder erledigen die Einkäufe.“ Die Wohngemeinschaften bieten mehr Mitspracherecht, denn Betroffene und Angehörige schließen sich in Nutzergemeinschaften zusammen. „Die Reaktionen von Angehörigen waren sehr positiv“, berichtete Stefan Loch, der das Projekt in Huchting betreut. „Die Leute wollen überall hin, nur nicht ins Heim.“

Um die Projekte voranzubringen, haben sich die Träger zu einem Bündnis zusammengeschlossen. Sie wollen „zukunftsweisende Wohn- und Betreuungsformen für Senioren entwickeln“. Es soll eine Expertengruppe geben, gemeinsame Weiterbildungsveranstaltungen und eine Börse. Über die Börse können auch freie Plätze in Wohngemeinschaften vermittelt werden.

„Die Wohnraumbeschaffung war unser größtes Problem“, sagte Dagmar Katz über das „Haus in der Neustadt“. 200 Quadratmeter und mehr sind nötig, wenn im Durchschnitt acht Bewohner zusammen leben sollen. Die Qualität in der Pflege sei gesichert, sagte Ronald Meißner vom Pflegedienst AKS, der im „Haus in der Neustadt“ die Pflege übernommen hat. Zwar sei nicht die Heimaufsicht zuständig, doch der medizinische Dienst kontrolliere die Qualität.

Auch die Sozialbehörde unterstützt die neuen Bestrebungen. Sie entsprechen dem Entwurf des Altenplans, den das Amt ausgearbeitet hat. In dem Konzept heißt es: „Wohngemeinschaften für dementiell erkrankte Menschen sind zu unterstützen und zu fördern, wenn sie eine Alternative zur stationären Versorgung darstellen.“

Weser Kurier vom 08.06.2006

tigung von Präventionsleistungen im ambulanten Bereich. Ebenfalls in 2006 wurde das Thema **Risk-Management in der Pflege** behandelt. Hier stellte die Bremer Heimstiftung ein neues Konzept vor, das dazu dient, frühzeitig Risikokonstellationen in der stationären Pflege zu identifizieren, um dann bewohnerbezogen entsprechende Maßnahmen einleiten zu können.

Neben der fachlichen Arbeit in den regulären Sitzungen wurden immer wieder Abstimmungsprozesse zu aktuellen (Kosten)verhandlungen und Fachfragen mit den Mitgliedsorganisationen koordiniert.

Der Fachbereichsprecher „Altenhilfe und Pflege“ vertrat die Position des DPWV sowohl innerhalb der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrts-pflege (LAG-Arbeitskreis „Ambulante Dienste“) als auch im Landespflegeausschuss. Der LAG-Arbeitskreis

„Ambulante Dienste“ hat die Aufgabe, gemeinsame Positionen der gemeinnützigen Pflegedienste zu entwickeln. Folgende Themen wurden unter anderem bearbeitet: Kostensatzverhandlungen mit den Pflegekassen, Abstimmung bei Qualitätsanforderungen der Kranken- und Pflegekassen, Kooperationen mit Krankenhäusern.

Außerdem nahm der Fachbereichsprecher regelmäßig am „Diskussionsforum Gesundheitsrecht“ des Instituts für Gesundheits- und Medizinrecht (IGMR) der Universität Bremen teil. In diesem Gremium ging es – unter Beteiligung aller wesentlichen Träger im bremischen Gesundheitswesen – insbesondere um die Formulierung von Anforderungen an ein Überleitungsmanagement zwischen Kliniken, Ärzten und Pflegediensten.

5.5 Armut und Sozialhilfe

Im Arbeitskreis Armut und Sozialhilfe kommen Mitgliedsorganisationen zusammen, die sozialhilfeberechtigten und arbeitslose Menschen, aber auch drogenabhängige oder wohnungslose Menschen beraten und sich für die Interessen von sozial benachteiligten Personen einsetzen. Auch Organisationen, die nicht Mitglied im Verband sind, nehmen teil. Der Arbeitskreis traf sich im Berichtszeitraum monatlich, um aktuelle Themen zu diskutieren, Deputationsvorlagen zu beraten und zu planen, wie die Fachöffentlichkeit und die allgemeine Öffentlichkeit über ständig neue Kürzungen in der Sozialhilfe informiert werden können.

Der Arbeitskreis beschäftigte sich vor allem mit der Umgestaltung des Leistungssystems. Seit dem 1. Januar 2005 gilt die Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) für alle Personen, die mindestens 3 Stunden am Tage erwerbsfähig sein können. Menschen über 65 Jahre oder dauerhaft erwerbsgeminderte Personen erhalten weiterhin Leistungen der Sozialhilfe (SGB XII). Für viele Empfängerinnen und Empfänger der früheren Arbeitslosenhilfe reduzierte sich das Leistungsniveau, da sich die Leistungen nicht mehr am früheren sozialversicherungspflichtigen Einkommen orientieren.

Nach den Aussagen der rot-grünen Bundesregierung sollte die **Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe** nicht zu Leistungskürzungen führen. Die

Regelleistung wurde zwar von 296 Euro auf 345 Euro angehoben, die Bekleidungspauschale und nahezu alle einmaligen Leistungen fielen aber weg.

Der Paritätische Gesamtverband berechnete im Dezember 2004 und nochmals im Mai 2006, dass der Regelsatz beim Arbeitslosengeld II und bei der Sozialhilfe um 19 % bzw. 20 % zu niedrig ist. Er kritisierte, dass sich der Regelsatz nicht an den tatsächlichen Lebenshaltungskosten orientiert und dass die spezifischen Bedarfe für Kinder nur ungenügend berücksichtigt werden. Auch der Landesverband Bremen protestierte gegen die unzureichende Höhe des Regelsatzes.

Die Mitglieder des Arbeitskreises führten diverse Gespräche mit dem Sozialressort, dem Amt für Soziale Dienste und der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAGIS), um die Veränderungen zu diskutieren und auch zu kritisieren. So wurden insbesondere die komplizierte Erhebung von Daten und unverständliche Bescheide kritisiert. Dies erschwert es betroffenen Menschen, die Bescheide zu verstehen oder Bescheiden zu widersprechen.

Ein weiteres Thema des Arbeitskreises war die neue **Verwaltungsanweisung zu den Unterkunftskosten** im Herbst 2005. Betroffene Menschen, deren tatsächliche

Sozialhilfesatz soll nicht steigen

Wohlfahrtsverband kritisiert anstehende Senatsentscheidung

Von unserem Redakteur
Bernd Schneider

BREMEN. Bremen will den Sozialhilfesatz von 345 Euro pro Monat bis Juli 2007 fortzuschreiben. Die Entscheidung soll voraussichtlich am Dienstag nach Pfingsten im Senat fallen. Der „Paritätische“ kritisiert diese Absicht und fordert eine Anhebung um 20 Prozent auf 415 Euro – nicht nur bei der Sozialhilfe, die Bremen zahlt, sondern auch beim Arbeitslosengeld (Alg II), das aus den Kassen des Bundes fließt.

Immer zum Juli eines Jahres sollen die Kommunen künftig über die Höhe der Sozialhilfe entscheiden. So will es das Gesetz. Die Höhe der Sozialhilfe – für nicht Arbeitsfähige ohne eigenes Einkommen – orientiert sich an einer bundesweiten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die alle

fünf Jahre gezogen wird. Auf der Grundlage der Daten von 1998 will Bremen Haushaltsvorständen und Alleinstehenden weiterhin 345 Euro pro Monat zahlen. Kinder bekommen 207, ab dem 14. Geburtstag 276 Euro. Diese Sätze sollen auch bundesweit für das Alg II unverändert weiter gelten, heißt es.

„Viel zu niedrig“, kritisiert Wolfgang Luz, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Bremen. Der Bund habe die Regelsätze auf Grundlage der EVS 2003 berechnet und dabei Kürzungen vorgenommen, „die fachlich nicht zu begründen sind und mit dem tatsächlichen Bedarf der Betroffenen nichts zu tun haben“. So seien keine Kosten für Kinderbetreuung eingerechnet. Auch bei Gesundheit, Nachrichtenübermittlung und Transport habe es „nicht vertretbare Abschlüsse“ gegeben. Zudem sei die Inflation von drei Prozent seit 2003 nicht be-

rücksichtigt. Bremen, so Luz weiter, orientiere sich „sogar noch“ an der EVS 1998. Dabei lägen aktuellere Zahlen bereits vor. Sozialhilfe, so Luz, solle schließlich nicht nur das Überleben sichern, sondern „in bescheidenem Umfang“ auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. „Dies ist immer weniger gewährleistet“, so Luz.

Die nackten Zahlen der EVS 2003 lägen zwar vor, heißt es im Sozialressort. Sie seien aber noch unbewertet. Daher könnten sie nicht Grundlage für die Berechnungen sein.

Rund 14 200 Bremer beziehen derzeit Sozialhilfe, zudem bekommen 1800 Asylbewerber den verminderten Regelsatz. Insgesamt hat das Land für diese Leistungen im Jahr 2005 rund 43 Millionen Euro ausgegeben.

> Infos zum Thema „Zum Leben zu wenig?“, www.paritaet.org

Mietkosten über dem grundsätzlich aus der Sozialhilfe anerkannten Niveau liegen, sollten aufgefordert werden, ihre Mietkosten durch Umzug in eine preiswertere Wohnung oder durch andere Maßnahmen zu senken. Die Mitglieder des Arbeitskreises protestierten gegen diese Verwaltungsanweisung, da nach ihrer Auffassung zu wenig preisgünstige Wohnungen zur Verfügung stehen.



Neue Verwaltungsanweisung zu Unterkunftskosten beseitigt nicht soziale Härten

Am 24. November 2005 haben die Deputationen für Soziales und Bau einer neuen Verwaltungsanweisung zur Angemessenheit von Mieten zugestimmt. Vorausgegangen war die Absicht der Behörde, rund 9500 Haushalte, die Arbeitslosengeld II beziehen und die zu teuer wohnen, zum Umzug aufzufordern. Basis des neuen Verwaltungshandelns war ein entsprechendes Gutachten der Firma GEWOS. Nach vielfältigen Protesten von Betroffenen und nach Kritik aus den Parteien wurde die ursprüngliche Verwaltungsanweisung entschärft. Dennoch: „Etwa 5500 Haushalte werden in den nächsten zwei Jahren trotzdem umziehen müssen. Und viele, die keine günstige Wohnung finden, werden einen Teil der Mietkosten aus ihrem ohnehin knappen Arbeitslosengeld II-Budget bestreiten müssen“, sagt Thomas Beninde, Fachbereichssprecher Armut und Sozialhilfe im DPWV.

Vorgesehen ist jetzt, dass die Betroffenen zeitlich gestaffelt – vom 1. Januar 2006 bis 30. Juni 2007 – aufgefordert werden, ihre Mietkosten zu senken. Haushalte, bei denen die Kosten der Unterkunft bis zu 10 Prozent über der Angemessenheitsgrenze liegen, bekommen keine Aufforderung. Von Menschen, die behindert oder schwer krank sind, wird kein Umzug verlangt, ebenso nicht von Alleinerziehenden mit mehreren Kindern, bei langer Wohndauer ab 10 Jahren und bei Schwangerschaft.

Strittig ist, ob überhaupt genügend preiswerter Wohnraum zur Verfügung steht. Laut GEWOS-Gutachten sind die durchschnittlichen Bruttokaltmieten in Bremen zwischen 1999 und 2004 um ca. 8 % gestiegen, die festgelegten Mietobergrenzen orientieren sich aber weiterhin an den Zahlen von 1999. Besonders Alleinwohnende werden künftig viel Mühe haben, eine Mietwohnung innerhalb dieses Budgets zu finden. Skeptisch ist Thomas Beninde, ob die Einzelfallregelungen auch von den BAGIS-Mitarbeitern korrekt umgesetzt werden können, da viele Mitarbeiter in der Anwendung der Sozialgesetze und Verwaltungsanweisungen noch unzureichend geschult sind. Neben den Mietkosten bleibt auch die Finanzierung der Heizkosten für die Betroffenen problematisch. Pro qm Wohnraum soll künftig 1,10 Euro für Heizkosten gezahlt werden. Zu wenig, meint Thomas Beninde, mindestens 1,30 Euro seien notwendig, um die drastisch gestiegenen Energiepreise aufzufangen. Auch die GEWOBA habe ihre Heizkostenpauschale um 30 % erhöht.

Der Arbeitskreis Sozialhilfe im DPWV fordert, dass schon im Sommer 2006 überprüft wird, welche Auswirkungen die Neuregelungen haben.

Nachrichten Parität 1/2006

Sowohl der Gesamtverband als auch der Landesverband Bremen haben ihre Bereitschaft erklärt, entsprechende Klagen gegen Umzugsaufforderungen oder zur Höhe des Leistungsniveaus zu unterstützen.

Ein weiteres Thema, das Mitgliedsorganisationen aus dem Arbeitsfeld Sozialhilfe sowie der Drogenhilfe, der Straffälligenhilfe und der Schuldnerberatung betraf, waren die **Eingliederungsleistungen nach SGB II und SGB XII**.

Die Organisation persönlicher Hilfen für drogenabhängige, straffällige oder wohnungslose Menschen hat sich nach Einführung des SGB II verändert. In der Praxis ist es häufig unklar, ob Hilfesuchende Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für



Großes Interesse an der Fachtagung zum Thema Eingliederungsleistungen

Arbeitssuchende) oder nach dem SGB XII (Sozialhilfe) haben, welche Hilfeleistungen wann gewährt werden und wie individuelle Rechtsansprüche gesichert werden können.

Vier Organisationen aus der Straffälligen- und Drogenhilfe hatten deshalb ein Gutachten in Auftrag gegeben, um das Verhältnis beider Rechtsbereiche zueinander zu klären. Das Gutachten wurde von der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e. V. (GISS) erstellt und auf einer sehr gut besuchten Fachveranstaltung am 6. Juli 2005 präsentiert.

Zunächst haben Personen, die mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig sein können, Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II. Diese Personen können auch Leistungen zur Eingliederung wie Schuldnerberatung, psychosoziale Hilfe und Suchtberatung erhalten. Diese Leistungen sind aber Kann-Leistungen, d. h. sie können vom Sachbearbeiter in der BAgIS (Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales) gewährt werden, wenn sie zur Integration in Erwerbsarbeit dienen. Wenn allerdings die Hilfe wegen geringer Aussichten auf eine Vermittlung in Erwerbsarbeit versagt werden, bedeutet das nicht, dass der Hilfebedürftige nun keinerlei Anspruch auf Leistungen mehr hat. Vielmehr können entsprechende Hilfen nach SGB XII gewährt werden. Damit aber gerade besonders benachteiligte Menschen auch diese Hilfen bekommen, schlugen die Wohlfahrtsverbände vor, die Aufgaben zur Eingliederungshilfe nicht auf die BAgIS zu übertragen, sondern sie für diese Zielgruppen beim Amt für Soziale Dienste zu lassen. Leider zeigte sich das Sozialressort für diese Argumente nicht zugänglich. Die Sozialdeputation stimmte der Übertragung der Gewährung von Eingliederungsleistungen nach SGB II auf die BAgIS zum 1. Januar 2006 zu.

Der Arbeitskreis Armut und Sozialhilfe beschäftigte sich weiterhin mit den Themen Ein-Euro-Jobs, Benchmarking in der Sozialhilfe und mit Niedriglöhnen. Das Thema Kombilöhne wird den Verband noch weiterhin beschäftigen, da die Bundesregierung im Herbst entsprechende Fördermodelle einführen will.

Der Fachbereichssprecher unterstützte im Herbst 2005 ein Projekt der Gesamtschule Ost zum Thema Kinderarmut. Die Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Jahrgangsstufen nutzten die Regelsatzberechnungen des Gesamtverbandes als Grundlage und stellten tatsächliche Kosten für Nahrung, Kleidung oder Körperpflege dem jeweils vorgesehenen Sozialhilfesatz gegenüber. Das Fazit: Kinder und Familien, die von Sozialgeld leben müssen, können kaum ihren Lebensunterhalt bestreiten und sind als arm zu bezeichnen. Im Land Bremen leben fast 30 % aller Kinder unter 15 Jahren von Sozialgeld.

Auch durch die Initiative des Bremer Arbeitskreises konnte erreicht werden, dass im Gesamtverband der Arbeitskreis Sozialhilfeberatung wieder aktiviert wurde und sich viermal im Jahr trifft. Themen waren die Entwicklungen der Bundessozialgesetze, Anhörungen bei Landesgesetzen oder Musterklagen.

Aus dem Arbeitskreis Armut und Sozialhilfe nahmen Christa Bruns (Solidarische Hilfe) und Jens E. Schröter (AGAB) die Aufgabe wahr, in der Deputation für Soziales als sozial erfahrene Personen die Interessen von benachteiligten Menschen zu vertreten. Margot Müller (Solidarische Hilfe) engagierte sich im Widerspruchsausschuss BSHG – SGB XII, trat aber zurück, da sie keine Möglichkeiten einer sinnvollen Interessenvertretung mehr sah. Dieses Gremium wird derzeit vom DPVV nicht besetzt.

5.6 Bürgerengagement und Selbsthilfe

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, Landesverband Bremen ist **Netz und Lobby für professionelle Soziale Arbeit und Bürgerengagement**. Mitgliedsorganisationen erhalten deshalb Beratung, wenn sie ihre Konzepte, Strategien und Maßnahmen zur Gewinnung von Freiwilligen sowie von Geld- und Zeitspenden überprüfen oder neu erstellen wollen. Auch Initiativen und Gruppen ohne Vereinsstatus, die deshalb (noch) gar nicht Mitglied im DPWV sind, können Unterstützung bei organisatorischen und anderen Fragen erhalten.

In den gut 190 Mitgliedsorganisationen des Paritätischen sind etwa 1500 ehrenamtlich engagierte Menschen aktiv. Etwa ein Drittel der Aktiven üben Vorstandsämter aus, zwei Drittel leisten freiwillige soziale Arbeit in unterschiedlicher Form. Die Mitarbeit von unentgeltlich engagierten Menschen ist für immer mehr Organisationen ein Qualitätsmerkmal für die eigene Arbeit: Je mehr Menschen für ein freiwilliges Engagement gewonnen werden können, umso attraktiver und offener präsentiert sich eine gemeinnützige Organisation in der Öffentlichkeit. Dabei gewinnen nicht nur unsere Mitgliedsorganisationen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im günstigsten Fall profitieren die Freiwilligen davon ebenso wie die betreuten Menschen in Einrichtungen und Beratungsstellen.

Gleichwohl werden die Möglichkeiten und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements immer wieder auch kontrovers diskutiert. Freiwillige lassen sich nicht „rekrutieren“. Freiwillig engagierte Menschen haben eigene Interessen und engagieren sich nach eigenen Wünschen und Vorstellungen. Folgende Faktoren unterstützen die Engagementbereitschaft: Wohnortnähe, zeitliche Flexibilität, Projektbezogenheit, Mitgestaltungsmöglichkeiten, Nähe zur eigenen Lebenswelt, z. B. zur Rolle als Eltern, Mieter. Engagement von Freiwilligen ist also keine beliebig verfügbare und einsetzbare Ressource, sondern in erster Linie das Produkt von Eigensinn. Diesen Eigensinn auch nutzbar zu machen für gemeinschaftliche Interessen, ihm Gelegenheiten zur Entfaltung zu bieten und einen organisatorischen

Rahmen zu setzen – dies ist weiterhin eine zentrale Aufgabe von gemeinnützigen Organisationen.

Aktivitäten im Arbeitsfeld Bürgerengagement und Selbsthilfe

Vortrags- und Diskussionsreihe Bürgerengagement: Vor diesem Hintergrund organisiert der Landesverband seit inzwischen sieben Jahren – zusammen mit Kooperationspartnern – die Vortrags- und Diskussionsreihe Bürgerengagement.

Die Themen drehen sich rund um das freiwillige Geben von Geld und Zeit. Die Facetten sind zahlreich: Ehrenamtlichkeit, freiwilliges bürgerschaftliches Engagement, Spenden, Sponsoring und Stiftungen. Diese Vielfalt zeigt sich auch in den Vortragsthemen, beispielsweise:

- » „Versicherungsschutz im Ehrenamt“
- » „Engagierte Nachbarinnen und Nachbarn“
- » „Aufgaben einer Freiwilligen-Koordinatorin“

Der DPWV führte diese Veranstaltungen gemeinsam mit dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (Referat Bürgerengagement, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe), mit der Bremer Volkshochschule und der Bürgerstiftung Bremen durch.

Freiwilliges Geben von Zeit und von Geld: Unter Bürgerengagement werden sowohl Selbsthilfeaktivitäten als auch alle Varianten des freiwilligen Gebens von Zeit und Geld verstanden.

Der „Fundraising-Ratschlag“ ist das Forum für Mitgliedsorganisationen, die sich mit diesem Thema beschäftigen wollen. Ein Newsletter mit einem Verteiler für etwa 35 Organisationen dient dem Informationsversand. Zusätzlich fanden mehrmals im Jahr Treffen zum Erfahrungsaustausch und zur „kollegialen Beratung“ statt.



Die Bremer Freiwilligen-Tage und der „Day of Caring“: An den Freiwilligen-Tagen 2004 und 2005 die von der Freiwilligen-Agentur Bremen organisiert wurden, beteiligten sich auch Mitgliedsorganisationen. Gäste für einen Tag konnten bei Renovierungs- oder anderen Arbeiten mithelfen und auf diese Weise eine ihnen unbekannt Organisation von innen kennen lernen. Der DPWV wird auch für die nächsten Freiwilligen-Tage Werbung machen und seine Mitglieder bei Bedarf unterstützen.

Die Freiwilligen-Agentur Bremen organisiert parallel dazu auch einen „Day of Caring“. Dabei spenden Unternehmen einen Tag lang die Arbeitskraft von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wahlweise als „alternativer Betriebsausflug“ oder als Maßnahme zur Teamentwicklung werden an diesem Tag unentgeltlich die Räume gemeinnütziger Organisationen renoviert, Ausflüge mit behinderten Menschen begleitet oder andere Aktivitäten durchgeführt. Der Verband unterstützte auch dieses Angebot und begleitete bei Bedarf seine Mitglieder bei der Organisation und Durchführung.

Freien machen und das Kinderheim kennen lernen“, sagt Jens Köster. Ganz wichtig war es den Männern, im Gesamtteam eine Arbeit gemeinsam zu tun. „In der Regel arbeitet jeder von uns allein beim Kunden. So eine Arbeit stärkt den Teamgeist“, so Köster. Auch Uschi Fröhlich-Heidenreich vom Hermann-Hildebrand-Haus war von dem Arbeitseinsatz begeistert. „Allein hätten wir das Spielhaus gar nicht aufstellen können“, so Fröhlich-Heidenreich. Schon am Nachmittag feierten Kinder und Erwachsene die Fertigstellung des Häuschens mit Kaffee und Kuchen.

Genutzt wird das Spielhaus von den sieben Kindern der Außenwohngruppe des Heimes, die auf Dauer in der Einrichtung leben. Sie wollen das Spielhaus auch selbst farbig anmalen und einrichten. „Wenn die Kinder noch Unterstützung brauchen, helfen wir gerne“, meint Jens Köster.

Nachrichten Parität 5/2005



Swb-Mitarbeiter aktiv an Day of Caring – Kinder freuen sich über neues Spielhaus

Schon zum zweiten Mal haben Mitarbeiter des Bremer Energieversorgers swb Messung und Abrechnung GmbH eine Idee umgesetzt, die allen Beteiligten hilft und obendrein noch Spaß macht: Statt wie üblich Stromleitungen zu überprüfen oder Zähler abzulesen, trafen sich die Mitarbeiter morgens im Garten der Kinderwohngruppe des Kinderheims Hermann-Hildebrand-Haus, um an einem Tag ein Spielhaus aufzubauen. „Day of Caring“ heißt diese Aktivität, die ursprünglich aus den USA stammt. Firmen stellen die Arbeitskraft ihrer Mitarbeiter für einen Tag zur Verfügung, um für eine soziale Organisation tätig zu sein.

Teamleiter Jens Köster und seine sechs Kollegen haben sich ganz bewusst für den Spielhausbau entschieden. „Wir wollten gern eine Arbeit im

Bremer Initiative Aktive Bürgerstadt (BIAB)

Der DPWV hatte in den Jahren 2004 und 2005 aktiv in dieser Initiative unter Federführung der Arbeitnehmerkammer und der Bürgerstiftung Bremen mitgearbeitet. Der Verband unterstützte damit die Idee der Aktiven Bürgerstadt Bremen zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Einrichtungen, Vereine, Verbände und Behörden in der Stadt Bremen. Im Jahr 2005 beteiligte sich der Verband darüber hinaus an den Arbeiten für das Projekt der BIAB „Bürgerforum Bremen“. Damit wird eine Diskussions- und Ideenplattform für Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bremen angeboten. Dahinter steckt die These, dass Politik und Verwaltung in Bremen Unterstützung brauchen, um die Herausforderungen der Landespolitik zu bewältigen. Sachverstand und Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger sind dabei unverzichtbar.

6 Serviceleistungen

6.1 Beratungsdienste für Mitgliedsorganisationen

Die Beratungsdienste des Landesverbandes wurden im Berichtszeitraum von vielen Mitgliedsorganisationen in Anspruch genommen. Ob Rechts-, Finanzierungs- oder Organisationsberatung: die Mitglieder profitierten von dem Fachwissen ihres Dachverbandes. In den Bereichen **Satzungsberatung und Beratung in vereinsrechtlichen Angelegenheiten** nahmen nicht nur Mitgliedsorganisationen die Dienste in Anspruch, sondern auch Zusammenschlüsse, die noch nicht Verein sind oder die eine Mitgliedschaft im DPWV anstreben.

Ein Schwerpunkt in der Mitgliederberatung war auch in diesem Berichtszeitraum die **Rechtsberatung**. Im Vordergrund standen Themen wie Vereinsrecht im Zusammenhang mit hauptamtlichen Vorständen und der Haftung ehrenamtlicher Vorstände, Aufsichtsgremien im Verein, Ausgründungen und Umwandlungen in Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Komplexe Fragen des Steuer- und Gemeinnützigkeitsrechts wurden in enger Kooperation mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Hansaberatung bearbeitet. Im Zuwendungsrecht wurden Themen wie Zuwendungen in Abgrenzung zu Leistungs- und Lizenzverträgen und zur unzulässigen Ausschreibung von Zuwendungen bearbeitet. Arbeitsrechtliche Fragen wurden vor allem von kleineren Mitgliedsorganisationen mit wenigen Mitarbeitern gestellt. Hier zeigt sich eine verständliche Unsicherheit von ausschließlich ehrenamtlich verantworteten Vereinen im Umgang mit der Arbeitgeberrolle (Direktionsrecht, Fürsorgepflicht, Kündigung) gegenüber Mitarbeitern.

Auch Fragen, die über die allein rechtlichen Fragestellungen hinausgingen, wurden beantwortet. „Ab wann muss man als Vereinsvorstand Konkurs anmelden?“, „Ist ein hauptamtlicher Vorstand das Mittel der Wahl für die Leitung unserer Organisation?“, „Wie ist das mit der Steuer und der Gemeinnützigkeit, wenn wir unsere Leistungen gegen Rechnung verkaufen?“ Je nach Fragestellung berieten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verbandes selbst oder zogen die Kompetenz externer Expertinnen und Experten hinzu.

Mitgliedsorganisationen nutzen auch die **personalwirtschaftlichen Beratungsleistungen**. Der Landesverband kooperiert in diesem Arbeitsfeld mit der Bremer Gesellschaft für Verwaltungsdienste mbH. Beratungsthemen waren sozialversicherungs- und lohnsteuerrechtliche Fragen, aber auch zum Beispiel Fragen nach der Gestaltung von Arbeitsverträgen, zu Kündigungen oder zum Formulieren von Abmahnungen, zu Eingruppierungen oder Fragen zu Gehaltsbestandteilen. Im Berichtszeitraum wurden rund 40 Mitgliedsorganisationen beraten.

Auch die **Einzelberatung in den Bereichen Entgelte und Zuwendungen** wurde im Berichtszeitraum von etwa 20 Mitgliedsorganisationen intensiv genutzt. Sie umfasste zum Beispiel die Unterstützung beim Antragsverfahren, bei der Formulierung von Leistungsbeschreibungen oder bei der Entgeltkalkulation. Die Mitgliedsorganisationen nahmen auch die Unterstützung des DPWV in Verhandlungen mit den Kostenträgern und in Schiedsstellenverfahren in Anspruch.

Die **Antragsberatung für die Vermittlung von Drittmitteln** ist ein weiterer Schwerpunkt der Serviceleistungen des Verbandes. Dabei handelt es sich um Fördermittel der Stiftung Deutsches Hilfswerk sowie um Mittel von Aktion Mensch e.V. bzw. der damit verbundenen Stiftung Deutsche Behindertenhilfe.

Kirsten Josef ist seit April 2006 für die Rechtsberatung im Verband zuständig



Im Berichtszeitraum 1. Juli 2004 – 30. Juni 2006 wurden 10 Anträge von 7 Mitgliedern an die **Stiftung Deutsches Hilfswerk** gestellt. Bewilligt wurden insgesamt 605.568 Euro.

In 2004 (1. Juli – 31. Dezember) wurden 11 Anträge an **Aktion Mensch e.V.** sowie 1 Antrag auf Zinskostenzuschuss an die **Stiftung Deutsche Behindertenhilfe** gestellt. Außerdem wurde für 10 Vorhaben eine Antragsberatung durchgeführt, ohne dass ein Antrag in 2004 gestellt wurde.

- » Summe der in vom 1. Juli – 31. Dezember 2004 beantragten Zuschüsse: 1.036.038 Euro
- » Summe der in diesem Zeitraum bewilligten Zuschüsse: 412.895 Euro

(jeweils ohne Zinskostenzuschuss)

In 2005 wurden insgesamt 15 Anträge an Aktion Mensch sowie 1 Antrag auf Zinskostenzuschuss gestellt. Für 10 Vorhaben wurden Beratungen durchgeführt, ohne dass ein Antrag in 2005 gestellt wurde.

- » Summe der in 2005 beantragten Zuschüsse: 1.037.790 Euro
- » Summe der in 2005 bewilligten Zuschüsse: 1.225.684 Euro

(jeweils ohne Zinskostenzuschuss)

Im Kalenderjahr 2006 sind bis zum Stichtag 30. Juni 2006 insgesamt 6 Anträge gestellt worden.

- » Summe der im ersten Halbjahr 2006 beantragten Zuschüsse: 95.733 Euro
- » Summe der in 2006 bewilligten Zuschüsse: 159.974 Euro

Insgesamt wurden bis zum Stichtag 16 Antragsberatungen durchgeführt.

Zusammengefasst sind also in dem zweijährigen Berichtszeitraum 32 Anträge gestellt worden mit einer Gesamtantragssumme von 2.169.561 Euro. Bewilligt wurden von Aktion Mensch e.V. in den zwei Jahren 1.798.553 Euro für die Arbeit unserer Mitgliedsorganisationen.



Bauprojekte, Bildung oder Beratung – Mitgliedsorganisation nutzen die vielfältigen Fördermöglichkeiten von Aktion Mensch

Aktion Mensch ist bekannt. Fast jeder hat die Arbeit der 1964 als Aktion Sorgenkind gegründeten Organisation schon mit dem Kauf eines Loses unterstützt. Der Zusammenschluss von ZDF, den Wohlfahrts- und Behindertenverbänden hat sich zu einer der erfolgreichsten Spendenorganisationen im sozialen Bereich entwickelt. Waren es zu Beginn vorwiegend behinderte Kinder, die gefördert wurden, so hat sich mittlerweile das Förderspektrum erweitert. Unterstützt werden Projekte für Menschen mit Behinderungen, für Menschen mit besonderen Schwierigkeiten und – seit 2003 – auch Initiativen für Kinder, Jugendliche und deren Familien. Ob behindertengerechte Wohnprojekte, Beratungsstellen für Familien oder Kunstprojekte für Behinderte und Nichtbehinderte: Allein im Jahr 2004 konnten mehr als 7000 Maßnahmen mit rund 144 Millionen Euro gefördert werden.

Bei den Projektanträgen leistet der Landesverband Unterstützung. „Manche Mitglieder kommen lediglich mit einer Ideenskizze, andere haben schon ein fertiges Konzept und einen Kostenplan“; sagt Detlef Luthe, der gemeinsam mit Nina Burfeindt-Strauß im Landesverband Bremen für eine reibungslose Antragsbearbeitung zuständig ist. Viel Beratungsarbeit wird darauf verwendet, die Anträge auch für Außenstehende plausibel zu machen. Sehr anspruchsvoll ist es auch, das „Finanzierungspuzzle“ zusammenzusetzen. „Bei einem Bauprojekt finanziert Aktion Mensch lediglich 10–30%. Das bedeutet, dass sich das Mitglied um bis zu 10 verschiedene Finanzierungsquellen bemühen muss“, sagt Detlef Luthe. So ist es zum Beispiel schon schwierig, dass sich alle potenziellen Geldgeber auch auf einen gemeinsamen Starttermin einigen. Nach Prüfung aller Unterlagen durch den Landesverband erfolgt noch eine weitere Prüfung durch den Gesamtverband, bevor die Unterlagen bei Aktion Mensch eingereicht werden. Je nach Antrag muss



sich der Antragsteller auf eine Bearbeitungszeit von bis zu einem Jahr einstellen, bevor er sich über eine Zusage freuen kann oder eine Ablehnung hinnehmen muss.

Auch im Jahr 2005 wurden bei Bremer Mitgliedsorganisationen viele spannende Projekte gefördert. Mit großem Erfolg durchgeführt wurden zum Beispiel Theaterproduktionen des Blaumeier-Ateliers. Gespielt wurde eine Version von „Carmen“ oder „Hereinspaziert“. Behinderte und nichtbehinderte Menschen entwickelten gemeinsam Spielszenen, die zu einem Theaterstück zusammengefügt wurden, Maskenspiel, Musik und Gesang ergänzten das Schauspiel. Blaumeier-Produktionen haben sich in Bremen zu einem Publikumsmagneten entwickelt, Vorstellungen sind stets ausverkauft. Gefördert wird auch das Präventionsprojekt „Weil sich kein Kind alleine schützen kann“ des Vereins Schattenriss. Eltern und Erzieher sollen informiert und fortgebildet werden, wie sie sexuellen Missbrauch von Kindern frühzeitig erkennen und wie sie Kinder davor schützen können. Kinder können durch spezielle Gruppenangebote ihr Selbstbewusstsein stärken und auch sie erhalten kindgemäße Informationen über sexuellen Missbrauch. Beim Zentrum für Migranten fördert Aktion Mensch das Projekt „Eltern aktiv“. Migranten wissen häufig wenig über das deutsche Schulsystem. Im Projekt wird zum Beispiel die Bedeutung von Elternabenden und Elternsprechtagen erläutert. Missverständnisse werden beseitigt und die Eltern lernen, wie sie ihre Kinder im schulischen Alltag unterstützen können.

Nachrichten Parität 1/2006

Auch im Berichtszeitraum wurden Mittel der **Wilhelm Kaisen Bürgerhilfe** an Mitgliedsorganisationen zur Durchführung von kleineren Projekten vergeben. Finanziert wurden zum Beispiel Spielplatzgestaltung, Erholungsmaßnahmen für Aids-Erkrankte oder Fortbildungsveranstaltungen für gehörlose Menschen. Rund 45 Projekte wurden innerhalb der zwei Jahre aus Mitteln der Wilhelm Kaisen Bürgerhilfe bezuschusst. Unterstützt wurden vorwiegend kleinere Mitglieder mit geringen Eigenmitteln, ein Schwerpunkt lag in der Finanzierung von Projekten der Kindergruppen und Kindergärten.

Christian Weber, Bürgerschaftspräsident und Vorsitzender der Wilhelm Kaisen Bürgerhilfe besuchte im Sommer 2006 die Mitgliedsorganisation quirl. Die Bürgerhilfe finanzierte dem Kindergarten eine Wasserpumpe und eine Matschstraße.



Der Landesverband bietet neben der Beratung über Drittmittel auch weitere **Fundraising-Beratung** an. Dabei werden zusammen mit den Mitgliedern Antworten auf die Frage gesucht: „Aus welchen privaten Quellen können wir unsere Arbeit mitfinanzieren?“ Sowohl konzeptionelle und strategische Fragen als auch ganz praktische Dinge stehen im Vordergrund: Welche Zielgruppen für die Gewinnung von Unterstützerinnen und Unterstützern hat unser Verein? Welche Instrumente bieten sich an: Spendenbriefe, Fundraising per Internet und E-Mail, Bußgelder oder der klassische Förderverein?

Fundraising ist immer auch ein Prozess der Organisationsentwicklung. Nicht so sehr die Suche nach Adressen von Stiftungen oder einem Unternehmen als Sponsor stehen dabei im Vordergrund, sondern die Erarbeitung einer „institutionellen Bereitschaft“ für das Fundraising. Der Verband bietet deshalb in Beratungsgesprächen, aber auch im Rahmen von ganztägigen Workshops oder Vor-Ort-Beratung von Vorständen oder Geschäftsführungen sein Know-how und seine Informationen an. Für die Organisationen wird dabei klar, dass es sich in der Regel um längere Entwicklungsprozesse handelt. Kontinuität und Systematik erweisen sich jedoch auch bei der Überzeugungsarbeit für Unterstützer/innen als Erfolgsfaktoren.

Aus dem wachsenden Bedarf an Unterstützung heraus ist – neben der Einzelberatung – der „Fundraising-Ratsschlag“ entstanden: Interessierte aus Mitgliedsorganisationen treffen sich in dieser Runde ein- bis zweimal im Jahr, um Informationen und Anregungen untereinander auszutauschen. Zwischen den Treffen stellt ein Newsletter den Informationsfluss sicher.

Die **Arbeitsvertragsrichtlinien (AVR)** des DPWV, die in enger Anlehnung an den BAT des öffentlichen Dienstes entwickelt und gepflegt wurden, sind inzwischen mit der Ablösung des BAT durch den Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst (TVöD) auf dem Stand des Jahres 2005 „eingefroren“ worden und werden nicht weiter gepflegt. An seine Stelle sind die an die Anforderungen der Sozialwirtschaft angepassten Arbeitsvertragsbedingungen (AVB) getreten. Sie stehen den Mitglieds-

organisationen für ihre Einzelarbeitsverträge mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung.

Die Serviceabteilung **Finanzbuchhaltung** hat ihr Dienstleistungsangebot für Mitgliedsorganisationen Ende 2005 eingestellt und ist wieder vorwiegend für die Buchhaltung des Landesverbandes zuständig. Mitglieder werden aber weiterhin zu allen Fragen der Finanzbuchhaltung informiert und beraten.

Mit dem seit Jahren laufenden Abbau der Zivildienstplätze und dem damit verbundenen Abbau der Finanzierung der Verwaltungsstelle durch das Bundesamt war der Landesverband Ende 2005 gezwungen, die **Verwaltungsstelle für den Zivildienst** als Dienstleistung für seine Mitgliedsorganisationen aufzugeben. Die Verwaltung für die Zivildienstplätze der Bremer und Bremerhavener Mitgliedsorganisationen wird seit Januar 2006 vom Landesverband Niedersachsen durchgeführt. Diese Entwicklung war auch deshalb bedauerlich, weil damit der Arbeitsplatz für einen beliebten und erfolgreichen Mitarbeiter entfiel, der über 25 Jahre diese Arbeit für unsere Mitgliedsorganisationen geleistet hatte.

Als weitere Serviceleistung bietet der DPWV seinen Mitgliedern **günstige Einkaufsmöglichkeiten für verschiedene Produkte** an. Der Verband hat mit vielen Bremer und überregional tätigen Firmen Rahmenverträge abgeschlossen, die den Mitgliedern Sonderkonditionen und Rabatte gewähren. Die Produktpalette ist umfangreich und umfasst zum Beispiel Versicherungsdienstleistungen, Fahrzeuge, Stromversorgung, Büromaterialien, Lebensmittel oder Hygieneartikel. Darüber hinaus existieren Rahmenverträge des Gesamtverbandes, zum Beispiel für Fahrzeuge und Hard- und Software.

6.2 Qualitätsmanagement

Die Arbeit im Bereich Qualitätsmanagement umfasste im Berichtszeitraum zwei Schwerpunkte. Neben der intensiven Einzelberatung für Mitgliedsorganisationen wurden Seminare zu Teilaspekten des Qualitätsmanagements durchgeführt. Hinzu kamen Vorarbeiten zur Einführung des Qualitäts-Checks PQ-Sys bei Mitgliedsorganisationen aus dem Bereich Kindertageseinrichtungen. In der Einzelberatung wurde wieder deutlich, dass Qualitätsentwicklung Organisationsentwicklung ist. Wenn Mitglieder ein Qualitätsmanagement-System entwickeln wollen, müssen sie zugleich alle Bereiche ihrer Organisation kritisch untersuchen und Verbesserungen ihrer Arbeitsabläufe planen und durchführen.

Kindertageseinrichtungen müssen künftig verstärkt die Qualität ihrer Arbeit nachweisen. Dies verlangt sowohl das SGB VIII (§ 22a, Qualitätsberichte) als auch der Rahmenbildungsplan für Bildung und Erziehung im Elementarbereich, der ab November 2004 in allen bremischen Kindertageseinrichtungen eingeführt wurde. Deshalb wurde den Mitgliedsorganisationen aus dem Arbeitsfeld Tageseinrichtungen für Kinder das Angebot gemacht, den Qualitätscheck PQ-Sys (Q-Check) als Instrument zur Qualitätsentwicklung zu nutzen. Der Qualitätscheck PQ-Sys ist eine fragebogensgestützte Bewertung der Qualitätsentwicklung innerhalb einer Organisation. Erhoben wird der Ist-Stand der jeweiligen Organisation bezüglich der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität. Die Auswertung ermöglicht sowohl eine individuelle Bestandsaufnahme der Organisation als auch einen Vergleich zwischen teilnehmenden Organisationen. Dieses Projekt soll im Rahmen der Nationalen Qualitätsinitiative für Kindertageseinrichtungen (NQI) durchgeführt werden. Das Projekt konnte im Berichtszeitraum noch nicht begonnen werden, da die Zusage zur Projektförderung noch aussteht.

6.3 EDV und Internet

Seit Januar 2005 beschäftigt die EDV-Abteilung des Landesverbands einen Auszubildenden zum Fachinformatiker. Diese personelle Verstärkung hat es ermöglicht, dass EDV-Dienstleistungen auch für Mitgliedsorganisationen angeboten werden können. Die Mitgliedsorganisationen nutzen folgende Angebote: Schulungen zu verschiedenen Programmen, Softwareentwicklung, Programmierung oder Betreuung der WebSite.

Der Landesverband Bremen hat im Frühjahr 2006 seinen Rundbrief vom Papierversand auf den digitalen Versand per E-Mail umgestellt. Da mittlerweile fast 85 % aller Mitglieder über einen Internetzugang verfügen, war diese Umstellung möglich. Die Mitgliedsorganisationen ohne Internetzugang erhalten weiterhin eine Papierversion.

Das passwortgeschützte Intranet mit Informationen aus den Facharbeitskreisen wird derzeit von 61 Mitgliedsorganisationen genutzt. Der Landesverband betreibt mittlerweile auf einem eigenen Web-Server seinen Internetauftritt sowie die der Paritätischen Gesellschaften. Auf die Seiten des Landesverbandes wurde im Berichtszeitraum insgesamt knapp 600.000 mal zugegriffen. Zählte man im zweiten Halbjahr 2004 noch durchschnittlich 60, waren es im Jahr 2005 schon 78 und von Januar bis Juni 2006 sogar 149 Besucher pro Tag.

Eine im Herbst 2005 durchgeführte Analyse der EDV-Infrastruktur hatte zum Ergebnis, dass die Sicherheit des Computer-Netzwerks gesteigert werden müsse. Entsprechende Investitionen in die Hard- und Software wurden vorgenommen.

6.4 Seminare und Workshops für Mitgliedsorganisationen

In den Jahren 2004 bis 2006 bot der Landesverband seinen Mitgliedsorganisationen verschiedene Fortbildungsveranstaltungen zu Managementfragen in gemeinnützigen Organisationen an. Im Jahre 2004 wurde ein Jahresprogramm herausgegeben. Da leider viele Seminare innerhalb des Jahresprogrammes aufgrund mangelnder Nachfrage wieder abgesagt werden mussten, ging man ab dem Jahr 2005 wieder dazu über, Einzelseminare zu planen und durchzuführen. Dabei wurden immer Themen ausgewählt, die für die praktische Arbeit in den Einrichtungen von Bedeutung sind. Seminare zur betrieblichen Altersvorsorge, zu Managementbewertung in sozialen Organisationen, zu leistungsgerechten Entgelten und zum Insolvenzverfahren im gemeinnützigen Bereich wurden durchgeführt.

Etwa 50 Mitgliedsorganisationen haben sich dem Rahmenvertrag Arbeitsschutz mit den Firmen Worksafe (Arbeitssicherheit) und Workmed (betriebsmedizinische Versorgung) angeschlossen. Je nach Größe der Betriebsstätte sind für die betriebsmedizinischen und arbeitssicherheitstechnischen Untersuchungen bestimmte Zeitkontingente gesetzlich vorgeschrieben. Diese Zeitkontingente sind bei kleinen Einrichtungen jedoch so gering, dass sie eine umfassende Information einzelner Träger nicht möglich machen. Der Verband bietet deshalb in Kooperation mit den Vertragsfirmen regelmäßig Seminare an. Themen dieser Veranstaltungen waren im Berichtszeitraum: Hygiene und Impfschutz, vorbeugender Brandschutz, Rechte und Pflichten des Arbeitgebers sowie die Biostoffverordnung in Kindertageseinrichtungen.

7 Kreisgruppe Bremerhaven

7.1 Aus der Kreisgruppe

Um die Präsenz und die Einflussmöglichkeiten des DPWV in Bremerhaven weiter zu stärken, beschloss der Vorstand im Herbst 2004, die Stelle der Kreisgruppengeschäftsführung, zuvor eine Teilzeitstelle mit 19,25 Wochenstunden, ab Oktober 2004 auf Vollzeitfähigkeit aufzustoßen. Geschäftsführerin der Kreisgruppe Bremerhaven ist weiterhin Viola Müller-Krause, die ihre Tätigkeit für die Kreisgruppe Cuxhaven im Sommer 2004 aufgab.

Ebenfalls auf Beschluss des Vorstandes wurde ab April 2005 die Geschäftsführung der Paritätischen Dienste Seestadt Bremerhaven gGmbH (PDSB), die bisher von Rüdiger Daartz von den Paritätischen Diensten Bremen gGmbH (PDB) ausgeübt wurde, an Viola Müller-Krause übertragen. Die Zusammenführung der Geschäftsleitung der Kreisgruppe und der PDSB hat sich als positiv erwiesen. Es entstanden Synergieeffekte sowie Kooperationen mit Mitgliedsorganisationen.

Die Kreisgruppe Bremerhaven war im Berichtszeitraum mit vielen Aktivitäten in der Öffentlichkeit präsent. Neben den Presseaktivitäten für die regionalen Medien nahm die Kreisgruppe gemeinsam mit den Paritätischen Diensten oder den Mitgliedsorganisationen mit eigenen Infoständen an verschiedenen Veranstaltungen teil: an der Gesundheitswoche Bremerhaven im Herbst 2004, auf der Messe „Senioren und Gesundheit“, bei Veranstaltungen der Bremerhavener Volkshilfe und der Seestadtlotterie. Gemeinsam mit den Paritätischen Diensten ist die Kreisgruppe regelmäßig auf den Festen und Basaren der Elbe-Weser Werkstätten vertreten.

Jeweils kurz vor Weihnachten wurden in beiden Berichtsjahren unter Beteiligung von Besucherinnen und Besuchern des Seniorencafés gemeinsam mit dem MenüService – Essen auf Rädern und in Kooperation mit der integrativen Kindertagesstätte der Elbe-Weser Werkstätten in Langen Tannenbäume geschmückt, die dann als „Weihnachtsbäume auf Rädern“ an ältere und behinderte Menschen ausgeliefert wurden.



Viola Müller Krause, Geschäftsführerin der Kreisgruppe Bremerhaven und Geschäftsführerin der PDSB im Gespräch mit Sozialstadtrat Wilfried Töpfer (l.) und Vorstandsmitglied Johannes Frandsen, Elbe-Weser-Werkstätten

7.2 Mitgliederarbeit und Gremienvertretung

25 Mitgliedsorganisationen sind in Bremerhaven tätig und halten Kontakt zur Kreisgruppe.

Der Solidaritätsverein e.V. ist seit April 2005 das jüngste Mitglied in Bremerhaven.

Im Berichtszeitraum fanden insgesamt acht Sitzungen des Kreisgruppenbeirates und vier Sitzungen der Kreisgruppenversammlung statt. Dem im November 2002 gewählten Kreisgruppenbeirat gehörten weiterhin folgende Beiratsmitglieder an:

Johannes Frandsen

Elbe-Weser Werkstätten gGmbH/Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des Landesverbandes Bremen

Selim Öztürk

Mitglied im Vorstand des Landesverbandes Bremen

Hanns-Carl Engels

Elbe-Weser Werkstätten gGmbH

Klaus Görke

Solidarische Hilfe e.V.

Lutz Grube

Seniorenheime Seestadt Bremerhaven GmbH

Rüdiger Ring

Selbsthilfegruppen für Alkoholgefährdete e.V.

Detlef Schütte

Verein zur Förderung behinderter Kinder und Jugendlicher in Bremerhaven und Umgebung e.V.

Die Geschäftsleitung des Landesverbandes sowie die Referenten und Referentinnen des Landesverbandes informierten im Rahmen der Kreisgruppenversammlung regelmäßig über Schwerpunktthemen des Verbandes. Die nächste Beiratswahl findet im Oktober 2006 im Rahmen der Kreisgruppenversammlung statt.

Die Kreisgruppe Bremerhaven ist durch die Geschäftsführerin in folgenden Gremien regelmäßig vertreten:

- » Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände Bremerhaven
- » Bremerhavener Volkshilfe e.V.
- » Arbeitsgemeinschaft Erziehungshilfen Bremerhaven (AGEB)
- » Arbeitskreis berufliche Perspektiven für Frauen in Bremerhaven
- » Vorstand Betreuungsverein Bremerhaven
- » Forum Frauen und Gesundheit Bremerhaven
- » Forum Frauengesundheit Bremen

Im November 2005 hat sich das **Forum Frauen und Gesundheit** Bremerhaven in Trägerschaft der Kreisgruppe Bremerhaven und mit Förderung des Gesundheitsamtes Bremerhaven konstituiert. Das Forum orientiert sich an dem seit zwölf Jahren bestehenden Forum Frauengesundheit in Bremen und richtet sich an Fachfrauen der Bereiche Frauen und Gesundheit aus den unterschiedlichsten Arbeitsfeldern und Institutionen. In dem Netzwerk sollen die Erfahrungen von Expertinnen aus den verschiedenen Bereichen zusammenfließen. Das Forum, dem rund 35 Teilnehmerinnen angehören – u. a. auch aus Mitgliedsorganisationen des DPVV in Bremerhaven – trifft sich viermal im Jahr. Dazu kommen Treffen von Arbeitsgruppen zu speziellen Fragen. Geplant sind außerdem die gemeinsame Erarbeitung von öffentlichen Stellungnahmen und die Durchführung von Informationsveranstaltungen zu Schwerpunktthemen. Die Organisation und Koordination des Forums ist Aufgabe der Kreisgruppe, die dafür einen Zuschuss des Magistrats von 3 000 Euro pro Jahr erhält.

7.3 Die Kreisgruppe – Sozialer Treffpunkt in Bremerhaven

Mittlerweile werden die Räume der Kreisgruppe vielfältig genutzt: Für die eigenen Angebote und Veranstaltungen der Kreisgruppe sowie für Angebote und Treffen der Mitgliedsorganisationen oder anderer sozialer Organisationen.

Seit Herbst 2003 betreibt die Kreisgruppe ein **Seniorencafé mit Internetangebot**. Neben den Öffnungszeiten des Seniorencafés selbst finden jeweils dienstagnachmittags die Treffen der Seniorengruppe im Seniorencafé An der Allee 2 statt. Die Organisation erfolgt durch die ehrenamtlich tätige Seniorenbetreuerin Marita Poppinga. Die Seniorengruppe besteht aus rund 15 festen Mitgliedern (überwiegend Frauen) und ist für Neuzugänge offen.

Das Internetangebot ist für Senioren und Seniorinnen kostenlos und kann zu den Öffnungszeiten des Seniorencafés oder nach Absprache in Anspruch genommen werden.

Das Seniorencafé ist Montag bis Freitag von 9.00 – 14.00 Uhr und Dienstag zusätzlich von 14.00 – 16.00 Uhr geöffnet. Es wird vom Magistrat der Stadt Bremerhaven mit 2.500 Euro pro Jahr bezuschusst.

Seit 2003 wird ein Teil der Räume der Kreisgruppengeschäftsstelle An der Allee 2 an andere soziale Einrichtungen vermietet. Die Nutzung der vermieteten Räumlichkeiten durch die Kreisgruppe selbst und die angeschlossenen Mitgliedsorganisationen ist nach Absprache wie bisher möglich.

Neben dem Kreisgruppenbüro befindet sich hier auch das Büro des MenüServices – Essen auf Rädern, der außerdem seine Aufbereitungsküche im Untergeschoss betreibt. Außer der Möglichkeit, sich Mahlzeiten nach Hause liefern zu lassen, können diese auch vor Ort im Seniorencafé verzehrt werden.

Bereits seit etlichen Jahren nutzt der Kneipp-Verein Bremerhaven einen Teil der Räumlichkeiten für seine Geschäftsstelle sowie für die Durchführung von Kursangeboten und Seminaren. Einen weiteren Teil der Räume hat der Bremerhavener Topf mit der Selbsthilfberatungsstelle SIKUS angemietet.

Im Berichtszeitraum neu hinzugekommen ist ein Gruppenraum für bis zu 10 Personen, der der Kreisgruppe selbst und nach Absprache den Mitgliedsorganisationen zur Verfügung steht.

Ebenfalls neu hinzugekommen sind seit Anfang 2005 die Einrichtung eines Kontaktbüros des Deutschen Frauenbundes für alkoholfreie Kultur sowie ein angeschlossener Frauenstammtisch des Vereins. Seit Anfang 2006 bietet der Deutsche Diabetiker Bund wieder einmal monatlich Gruppentreffen für seine Bremerhavener Mitglieder an. Der Verein „Raus aus dem Schmerz – Verein für chronisch Schmerzkrankte“ berät regelmäßig zweimal wöchentlich und zweimal monatlich bietet der Sozialverband VDK Sprechzeiten in der Kreisgruppe an.

Das Seniorencafé in der Kreisgruppe wird gern besucht.





Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Bremen e.V.
Eduard-Grunow-Straße 24, 28203 Bremen
Telefon: 0421/79 199-0, Fax: 79 199-99
E-Mail: info@paritaet-bremen.de